Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (30. 03. 2005)

Sand im Getriebe 42

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter www.attac.at/sig.html mail an die Redaktion: sig@attac.de

Zwischenzeiten

Attac wird 5 Jahre alt. "*Fünf Jahre nach der Gründung von Attac und angesichts des Wachsens der globalisierungskritischen Bewegung stellt sich die Frage: Wo stehen wir? Wie können wir unsere Volksbildungsbewegung hin zu Aktionen fortführen und vergrößern*?" In **Frankreich** hatten die Mitglieder des Verwaltungsrats und die Gründungsmitglieder von Attac-F die Debatte vor über einem Jahr eröffnet. Von den vielen Dokumenten haben wir für diese SiG-Nummer zwei ausgewählt. Auch in anderen Ländern (Österreich, Ungarn, Italien, Amerika) **ziehen die Attac-Gruppen Bilanz**. Für Attac-D stellt **Peter Wahl** fest, dass Attac "*zum erfolgreichsten Projekt emanzipatorischer Politik in diesem Land seit Ende des Kalten Krieges geworden ist*". Anderseits sei "*der Bewegungszyklus 2003/2004 …offensichtlich am Ende. Nach der Hochphase liegen jetzt wieder die Mühen der Ebene vor uns*." Auch bei Attac-Ch wird über die Erfolge und Schwächen nach 5 Jahren Attac diskutiert und eine gewisse Entmutigung festgestellt. **Paolo Gilardi** warnt vor der Verführung durch kurze Wege. Er fordert, durch Aktionen, die sich an den Opfern der Globalisierung orientieren, sowie durch dissidentes Denken langfristige Mobilisierungsfähigkeit aufzubauen.



2005 ist das Internationale Einstein Jahr. Regierung und Opposition, BRD, USA und Israel – alle vereinnahmen den Wissenschaftler für ihre eigene Agenda: Es bleibt allerdings eine Seite von Albert Einsteins meistens unerwähnt: **Einstein** war überhaupt kein Freund des Kapitalismus, eines Systems, das er sehr genau kannte und präzise beschrieb. Im Jahre 1949 verfasste er eine Schrift unter dem Titel **"Warum Sozialismus**". Bei genauer Lektüre enthält sie auch schon globalisierungskritische Elemente. Seine scharfe Analyse hat – leider - auch heute nichts an Aktualität eingebüßt.

Inhalt

Stuttgarter Erklärung der Europa-Konferenz "EU global - fatal ?!"



"Für ein anderes Europa, für ein solidarisches Europa" Nein zu dieser EU-"Verfassung"



1. Die Teilnehmer/innen der Europa-Konferenz in Stuttgart lehnen den Entwurf der EU-Verfassung aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Er bedeutet in mehrfacher Hinsicht einen Systemwechsel gegenüber den Festlegungen des Grundgesetzes:

- Der Verfassungsentwurf höhlt das grundgesetzlich garantierte Sozialstaatsprinzip entscheidend aus, die Sozialstaatsverpflichtung wird den privatkapitalistischen Gewinninteressen auf dem Altar der Wettbewerbsfähigkeit geopfert
- Die grundgesetzliche Beschränkung des Militärs auf Landesverteidigung wird ausgehebelt zugunsten einer militärisch-expansiven Interventionsfähigkeit zur weltweiten Sicherung der EU-Wirtschaftsinteressen. Damit schickt sich die EU an, in Konkurrenz zu den USA, selbst zu einer imperialen Weltmacht zu werden und fällt so zurück in die imperialen Traditionen der Kolonialreiche.
- Das im Grundgesetz vorgeschriebene Zustimmungsrecht des Parlaments für Militäreinsätze wird in der EU-Verfassung abgeschafft und zu einem reinen Anhörungsrecht des EU-Parlaments degradiert.

Unsere Kritik richtet sich nicht allein gegen dieses Verfassungsprojekt, sondern darüber hinaus gegen den neoliberal-kapitalistischen Charakter der Europäischen Union. Schon die Festlegung auf den EU-Binnenmarkt 1993 und die Orientierung der Wirtschafts- und Währungsunion vorrangig auf das Ziel der Preisstabilität gingen zu Lasten der sozialen Sicherheit großer und zunehmender Teile der Bevölkerung. Auch die expansive Politik der Steigerung des Wirtschaftswachstums (siehe Lissabon-Strategie) geht massiv auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen.

2. Das Europa, das wir wollen, setzt auf die weltweite Entwicklung demokratischer und sozialer Rechte und die Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen und ordnet wirtschaftliche Interessen den Lebensinteressen der Menschen unter. Wir setzen uns für ein friedliches Europa ein, das militärisch und atomar abrüstet. Dieses Europa wird nur durchzusetzen sein mit einem breiten Bündnis der sozialen Bewegungen.

An die Stelle einer von den herrschenden Eliten formulierten und ohne die direkte Beteiligung der Bevölkerung verabschiedeten EU-Verfassung setzen wir ein Europa von unten, ein solidarisches Europa aller Menschen. Unsere Vision eines demokratischen Europas knüpft an die erkämpften sozialen und demokratischen Rechte an. Wir fordern:

- den Verzicht auf die Privatisierung der Daseinsvorsorge (u.a. in den Bereichen Wasser, Gesundheit, Bildung). Stattdessen fordern wir neue Formen demokratischer Kontrolle von Eigentum an Produktionsmitteln.
- die Durchsetzung von Steuergerechtigkeit anstelle weiteren Steuerdumpings zugunsten der Unternehmen und Vermögenden
- eine solidarische Umverteilung der Erwerbsarbeit mit radikaler Arbeitszeitverkürzung sowie eine Angleichung der Lohn- und Sozialstandards nach oben.
- den Ausbau von Instrumenten und Institutionen ziviler Konfliktlösungen

3. Wir rufen auf zu einem breiten sozialen und politischen Widerstand gegen diese EU-Verfassung. Wir fordern in Deutschland die Aussetzung der Ratifizierung durch Bundestag und Bundesrat und die Vorbereitung und Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag. Wir unterstützen in anderen Ländern, in denen es Referenden gibt, jene Kräfte, die für ein **solidarisches und soziales Nein einstehen**. Wir rufen auf zur Teilnahme am europaweiten Aktionstag gegen die EU-Verfassung am 19. März 2005 in Brüssel!

Stuttgart, den 5. März 2005

Weitere Dokumente zur Kampagne gegen den EU-Verfassungsentwurf: http://www.attac.de/faces-du-non.php
http://www.attac.de/eu-ag/ http://www.attac.fr/ http://www.eu-verfassung.com/

Wir danken den Attacies, die mit ihren Vorschlägen und ihrer Mitarbeit diese Nummer überhaupt erst möglich gemacht haben. Wir danken coorditrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen. -Die Redaktion dieser Nummer: Marie-Dominique Vernhes, Peter Strotmann (Attac Deutschland); Barbara Waschmann (Attac Österreich); Alessandro Pelizzari (Attac Schweiz)

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis **Bezugsbedingungen:** – Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an sig@attac.de	Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:. 1 Heft: 3 ?, 2 Hefte: 5 ?, 3 Hefte: 7 ?, ab 4 Hefte: 2 ? pro Heft, ab 10 Hefte: 1,80 ? pro Heft Abonnement: 14 ? für 6 Ausgaben.	– Das Verschicken erfolgt NACH dem Eingang des Betrags auf das Konto: Förderverein für Attac in Hamburg e.V., Kontonummer: 211 000 000, BLZ: 43 06 09 67 GLS Gemeinschaftsbank eG

Maria Mies

Globalisierung und Krieg gehören zusammen.

Rede bei der Kundgebung gegen US-Präsident George W. Bush am 23.02.2005 in Mainz

“Wir werden nicht zulassen, dass Worte wie Freiheit, Frieden und Demokratie von Leuten wie Herrn Bush so verhunzt werden, dass ein anständiger Mensch nicht mehr wagt, sie in den Mund zu nehmen. Wir werden dafür sorgen, dass sie ihren ursprünglichen Sinn behalten.”

Mr. Bush, You are not welcome!

Gerade jetzt wird George W. Bush, der amerikanische Präsident von Bundeskanzler Schröder hier in Mainz empfangen und willkommen geheißen. Auch wir haben uns hier versammelt, um ihn zu begrüßen. Wenn meine Worte ihn trotz Polizeiabsperrungen erreichen würden, würde ich ihm folgendes sagen:

Herr Bush, Sie sind uns nicht willkommen.

Sie sind ein Lügner.

Sie haben Ihr Volk belogen, als Sie behaupteten, der Krieg gegen den Irak sei notwendig, weil Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen besitze und Terroristen unterstütze. Sie haben Europa und die ganze Welt belogen.

Mehr noch, Sie wussten, dass Sie logen. Als die Wahrheit ans Licht kam, sagten Sie, Ihr Irak-Krieg sei trotzdem notwendig gewesen. Die Welt sei jetzt ein besserer Ort als vor dem Krieg. Er habe Freiheit, Demokratie und Frieden gefördert. Alle wissen, dass das Gegenteil der Fall ist.

Und Sie lügen weiter!

Worum geht es bei Ihrer Reise nach Europa und Ihrem Schmusekurs um die europäischen Staatsoberhäupter? Angeblich wiederum um Freiheit, Freiheit, Freiheit, Frieden und Demokratie in der ganzen Welt. Sie beschwören die unverbrüchliche Einheit zwischen den USA und Europa im Kampf um die Freiheit. Keine Macht der Welt könne die zwei je wieder entzweien. ”Wir sprechen mit einer Stimme!” sagten Sie am Montag in Brüssel. Großartige Worte! Doch wer kann sie glauben? Menschen, die ihren klaren Kopf noch nicht verloren haben, graust es bei der Inflation von Worten wie Freiheit, Demokratie und Frieden aus Ihrem Munde. Alle wissen, dass Sie einer der größten Kriegstreiber aller Zeiten sind. Dass es Ihnen jetzt hauptsächlich darum geht, einen Teil der Kosten für Ihren verkorksten, nicht enden wollenden Krieg im Irak und Afghanistan auf die Europäer abzuwälzen. Sie sollen an Ihrem Kolonisierungsprojekt als Zahlende beteiligt werden. Außerdem sollen die Europäer Ihren längst geplanten weiteren Kriegen gegen den Iran, gegen Syrien und gegen Nordkorea - Ihre berüchtigte Achse des Bösen - zustimmen, ohne große Probleme zu machen.

Allerdings verfolgen Sie dabei eine etwas **andere Strategie** als bei den vorigen Kriegen. Die Europäer sollen sich ruhig zunächst an der diplomatischen Front abarbeiten, z.B. den Iran überzeugen, keine Atomanlagen zu bauen. Wenn diese Strategie nichts fruchtet - was Sie erwarten -, dann werden Sie zuschlagen. Unilateral. Sie halten sich alle Optionen offen, wie gehabt. Mit den Europäern, wenn möglich, ohne sie, wenn nötig. **Denn Sie und der militärisch-industrielle Komplex in den USA, dem Sie dienen, braucht weitere** Kriege, ja, praktisch den Krieg ohne Ende. Und Sie scheinen tatsächlich zu glauben, dass es möglich ist, auch alle Europäer, wie Ihre Landsleute in den USA, einer solchen Gehirnwäsche zu unterziehen, dass sie Ihre neue Sprachregelung tatsächlich akzeptieren, nämlich, dass Frieden Krieg bedeutet, Freiheit Unterwerfung und Demokratie totalitäre Kontrolle nach innen und außen. Glauben Sie wirklich, wir, die europäische Bevölkerung würden Ihnen abnehmen, dass Sie von Gott selbst berufen seien, der ganzen Welt Ihre Heilsbotschaft zu bringen, und sei es durch Kriege?

Aber vielleicht kümmert Sie das Volk nicht, wenn nur die Staatsoberhäupter Europas Ihren Plänen keinen Widerstand entgegensetzen. Und diese Pläne sind dieselben wie eh und je. Sie streben die **Weltherrschaft** über den ganzen Planeten an, **zum Wohl des Kapitals** und, wie Ihr Vater sagte, zur **Sicherung des American Way of Life**, und des ”freien” Weltmarktes. Kriege sind genauso Teil dieser Strategie wie die neoliberale Globalisierung mit ihren **Prinzipien der universalen Konkurrenz**, der Privatisierung und vor allem der ungehinderten Profitmacherei. McDonald’s kann seine Hamburgers nur weltweit anbieten und Coca Cola sein Zuckerwasser nur in allen Erdteilen verkaufen, weil die amerikanische Airforce, die Army, die Navy, und die Marines hinter ihnen stehen. **Globalisierung und Krieg gehören zusammen.**

Doch lassen wir jetzt Herrn Bush mit seinen Lügen. Wenden wir uns den **europäischen** Staatsoberhäuptern zu, die ihn jetzt überall empfangen.

Warum machen sie dieses **unwürdige Spiel** mit Worten mit? Sie kennen doch die Interessen, die hinter den Plänen des Herrn Bush und seiner Regierung stehen. Warum machen Sie dieses verlogene Theater mit? Dreht sich ihnen nicht der Magen um bei ihren gemeinsamen Dinners und Pressekonferenzen? Glauben sie wirklich, Herr Bush sei plötzlich zum Friedensengel mutiert? Und: wie ernst ist es den Herren Chirac, Schröder und Blair mit ihrem eigenen Friedenswillen?

Verfolgen sie nicht letzten Endes dieselben Interessen, wie die amerikanische Regierung? Vergessen wir nicht, sie sind ja eigentlich Vettern. Im Fernsehen konnte man sehen, wie

ihnen Bush, der "große Bruder" überall gönnerhaft auf den Rücken klopfte. **Keiner wagte Bush auf den Rücken zu klopfen**. Ich habe den Eindruck, dass wir uns wieder in Feudalzeiten befinden. Oder lässt sich die politische Elite Europas solche Gesten gefallen, weil sie hofft, letzten Endes mit zu den Kriegsgewinnlern gehören zu können? Die Kriegsbeute soll nicht allein amerikanischen Konzernen wie Halliburton und Bechtel überlassen bleiben. Da sollen auch die europäischen Konzerne ihren Anteil haben.

Wer glaubt, die Herrschenden in der EU seien Friedensengel, dem ist zu raten, den Entwurf der EU-Verfassung gründlich zu lesen. Diese Verfassung verpflichtet die Mitgliedsstaaten der **EU** zur **permanenten Aufrüstung**. **Es ist eine Verfassung zur Militarisierung der EU, in Konkurrenz und in Nachahmung der USA.**
Wie die nicht enden wollenden Kriege der USA, soll auch die Militärverfassung der EU dazu dienen, das bankrotte System der kapitalistischen, globalen Profitmacherei noch etwas länger am Leben zu erhalten. Doch dieses System ist **moralisch** schon **gescheitert**. Alle die Lügen, die Herr Bush und seine Vasallen Non-Stop verbreiten, können ihm keine Glaubwürdigkeit mehr verschaffen. Das ganze Lügensystem soll vor allem der Bevölkerung, aber auch den Politikern, den Verstand vernebeln. **Leider machen die meisten Medien dieses ekelhafte Spiel mit**.

Wir aber sind hier, weil wir uns den Kopf nicht haben vernebeln lassen. Wir wollen offen sagen, dass das System, für das Herr Bush und auch die europäischen Staatsoberhäupter stehen, keine Legitimation mehr hat. Es kann keins der **Probleme** lösen, die **es selbst geschaffen hat**. Es ist weder in der Lage die Arbeitslosigkeit, noch die Umweltzerstörung, noch zunehmende interne wie zwischenstaatliche Konflikte zu lösen. Daher greift man wieder zum Krieg, eventuell auch zu einem Atomkrieg. Die Kriegslogik ist das A und O dieses Systems. **Die Akzeptanz einer solchen Kriegslogik in Wirtschaft und Politik wäre dann wirklich der Bankrott aller Vernunft.**
Das werden wir nicht zulassen. Wir werden nicht zulassen, dass Worte wie Freiheit, Frieden und Demokratie von Leuten wie Herrn Bush so verhunzt werden, dass ein anständiger Mensch nicht mehr wagt, sie in den Mund zu nehmen. Wir werden dafür sorgen, dass sie ihren ursprünglichen Sinn behalten.
Wir werden nicht schweigen. **Wir sind nicht die schweigende Mehrheit**. Wir werden weiter reden, demonstrieren und Widerstand gegen alle Kriegstreiber leisten. Die weltweite Friedensbewegung begnügt sich heute nicht mehr mit bloßen Friedensappellen. Das letzte Sozialforum in Porto Alegre hat gezeigt, dass immer mehr Menschen auf der ganzen Welt den Zusammenhang zwischen Ökonomie und Krieg verstehen, dass sie sich zusammenschließen zu neuen Bündnissen gegen Ausbeutung, Naturzerstörung, Globalisierung und Krieg.
Eine andere, friedliche Welt ist möglich.
Sie wird nicht von Leuten wie Bush gemacht, sondern von Leuten wie wir alle.

Quelle: www.notwelcomebush.de

Lob der Dialektik von Bert Brecht

Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt.
Die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre.
Die Gewalt versichert: So, wie es ist, bleibt es.
Keine Stimme ertönt außer der Stimme der Herrschenden
Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut:
Jetzt beginne ich erst.
Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt:
Was wir wollen, geht niemals.
Wer noch lebt, sage nicht: niemals!
Das Sichere ist nicht sicher.
So, wie es ist, bleibt es nicht.
Wenn die Herrschenden gesprochen haben
Werden die Beherrschten sprechen.
Wer wagt zu sagen: niemals?
An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.
An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird? Ebenfalls an uns.
Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!
Wer verloren ist, kämpfe!
Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?
Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen
Und aus Niemals wird: Heute noch!

Peter Wahl

Zwischenzeiten

Ein politischer Rückblick auf 2004

Attac ist zum erfolgreichsten Projekt emanzipatorischer Politik in diesem Land seit Ende des Kalten Krieges geworden. Wenn man nach Genua noch hätte annehmen können, es handele sich um eine kurze Protestkonjunktur, so wird Attac nach nun fünf Jahren von der Öffentlichkeit, Medien, der etablierten Politik und der Linken als sichtbarste Größe des Widerspruchs zu den neoliberalen Verhältnissen wahrgenommen. Attac ist in Deutschland zwar nicht der einzige, aber doch der gewichtigste Exponent jener neuen globalen “Bewegung der Bewegungen” geworden, die seit Seattle spektakulär ins öffentliche Bewusstsein trat. Bei allen Problemen und Mängeln, mit denen das Unternehmen behaftet ist, und von denen noch zu sprechen sein wird: angesichts des Verwesungsprozesses der Linken mit all ihren Fraktionen in den achtziger Jahren, dem Niedergang von Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung sowie dem Abstieg der Umweltbewegung in die Parlamente ist das nicht wenig.

Denn, vergessen wir nicht, wie es in den neunziger Jahren aussah! Nach dem “Ende der Geschichte” erschien die Präsenz von NGOs bei Gipfeln in Rio, Kopenhagen und Peking als Gipfel von Opposition. Soziale Bewegung erschöpfte sich, zumindest hierzulande, im Hamsterrad lokaler Agenda 21. Die neoliberalen Konterrevolution konnte durchmarschieren, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Ideologisch stand die neoklassische Theologie vor dem totalen Sieg. Hoffnung und Alternativen schimmerten nur im fernen Chiapas.

Gewiss, wir haben den neoliberalen Bulldozer auf seiner zerstörerischen Fahrt in einen globalisierten Manchester-kapitalismus noch nicht stoppen können. Aber immer mehr Menschen erkennen, was da alles niedergewalzt wird und dass es dazu Alternativen gibt. Der ideologische Bann des TINA-Prinzips (There Is No Alternative) ist gebrochen. Attac hat dazu einen beachtlichen Beitrag geleistet. Vor allem mit der Beteiligung an der Protestbewegung gegen Agenda 2010 in den zurückliegenden Monaten hat das Netzwerk eine politische Wirkung entfalten können, die weit über das hinaus ging, was andere emanzipatorische Akteure derzeit auf die Beine zu stellen in der Lage sind.

Gegen Agenda 2010

Die Entscheidung der Attac-Ratstagung in Hannover im Frühjahr 2003, die Themen von Agenda 2010 aufzugreifen, erwies sich als strategisch richtige Weichenstellung. Der Widerstand gegen den offenen Paradigmenwechsel der Bundesregierung rückte ins Zentrum der Attac-Aktivitäten. Zwischen November 2003 und Oktober 2004 entstand eine der bedeutendsten Protestbewegungen in der Geschichte der Bundesrepublik. In der Demo der 100.000 am 1. November 2003 in Berlin, beim Aktionstag am 3. April 2004 mit einer halben Million in Berlin, Köln und Stuttgart und den Montagsprotesten gegen Hartz IV im vergangenen Sommer konnte Attac eine herausgehobene Rolle spielen.

Nicht dass Attac diese Bewegung geschaffen hätte, sie alleine getragen oder gar angeführt hätte. Soziale Bewegung entsteht nicht durch den Willen einer Organisation. Es ist aber das Verdienst von Attac, erkannt zu haben, dass sich eine Unzufriedenheit in der Gesellschaft angestaut hatte, die nur deshalb nicht in Protest umschlug, weil niemand die Initiative ergriff, sie zu bündeln und in politische Aktion zu transformieren. Mit der Demo am 1.11. ist hier der Knoten geplatzt. Das Engagement von Attac an dem Projekt, die mediale Auseinandersetzung mit den Grünen im Vorfeld und das Renommé von Attac in der Öffentlichkeit waren wichtige Erfolgsbedingungen des 1.11.

Attac und Gewerkschaften

Mit dem Bruch des sozialstaatlichen Konsenses sind die Gewerkschaften in einer bis heute ungelösten strukturellen Dauerkrise. Auf dem Hintergrund von jahrzehntelanger Integration in das System der Sozialpartnerschaft, von Bürokratisierung und Verfilzung des Apparates mit der Sozialdemokratie haben sie weder Antworten auf die neuen Problemlagen, noch sind sie in der Lage Mitgliederschwund, Kampfkraftverlust und den sinkenden Einfluss in den Griff zu bekommen. Wenn sie die Probleme nicht lösen, werden sie in 20 Jahren als relevanter Akteur von der Bildfläche verschwunden sein.

Ungeachtet dessen existiert in den Gewerkschaften noch immer das bedeutendste Potential für die Bildung emanzipatorischer Gegenmacht. Bis weit in den Apparat hinein wird der neoliberale Kurs der SPD abgelehnt, Nicht zufällig kommen wichtige Impulse für die Gründung einer neuen Linkspartei aus dem Gewerkschaftsapparat. Wichtige - wenn auch nicht die einzigen - Voraussetzungen einer Wende sind jedoch die Ablösung von der SPD, eine unabhängige und konfliktfähige Interessenvertretung, Transnationalisierung und die Öffnung zu Themen wie Umwelt, Nord-Süd, Genderproblematik, Entkopplung von Lohnarbeit und sozialer Sicherung, u.a.

In diesem Kontext eröffnete der Erfolg der Demo am 1.11. die Möglichkeit, den DGB ein Stück weit in diese Richtung zu schieben. Jene Strömungen, die eine kämpferischere Linie wollen, bekamen Oberwasser und setzten schließlich gegen heftigen Widerstand die Beteilung am europäischen Aktionstag durch. Der 1.11. wirkte als Katalysator für die folgende Protestwelle.

Attac hatte daran einen nicht zu unterschätzenden Anteil. So waren die Verankerung eines europäischen Aktionstages im Programm der sozialen Bewegungen beim Europäischen Sozialforum in Paris durch Attac Deutschland, die Kooperation mit der Gewerkschaftslinken an der Basis sowie Gesprächsvorstößen in die Gewerkschaftsspitze hinein Elemente unseres Konzepts.

Teil der Kooperation mit den Gewerkschaften waren auch der Perspektivenkongress in Berlin sowie die gemeinsame Erarbeitung und öffentlichkeitswirksame Präsentation des Konzepts einer solidarischen Einfachsteuer. Schließlich lieferte die Vodaklau-Kampagne dazu einen effektvollen Aktionshintergrund.

Der Aktionstag am 3.4. brachte die größten Demonstrationen zu

einem solchen Thema in der Nachkriegsgeschichte. Einmalig auch, dass der DGB so massiv gegen eine sozialdemokratisch geführte Regierung auf die Straße ging. Insofern kann es nicht überraschen, dass nach den Demos die SPD-Führung und ihre gewerkschaftlichen Ausleger in die Offensive gingen. Unter dem Vorwand, auch die Massenaktion habe Hartz IV nicht gestoppt, setzte bei den Gewerkschaften ein Roll back ein. Damit wird allerdings keineswegs die Kooperation mit Gewerkschaften obsolet. Vielmehr zeigt sich wie schwierig und widerspruchsvoll Veränderungsprozesse in solchen Institutionen sind. Unterm Strich ist es Attac in dieser Phase jedoch gelungen, in der "ganz großen Politik" mitzumischen.

Die Montagsdemonstrationen

Das Roll back im DGB machte sich dann bereits sehr schnell bemerkbar, als in den Sommerferien die Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV im Osten begannen. Die Gewerkschaftsspitzen gewährten keine Unterstützung. Die Proteste waren u.a. deshalb ein interessantes Phänomen, als sie tatsächlich von unten, ohne organisatorischen Rahmen entstanden. Zwar gab es dann lokale Gewerkschaftsstrukturen, einige Attac-Lokalgruppen und ein diskretes Engagement der PDS, die an zahlreiche Orten die Demos unterstützten, aber der Charakter als Aktion der unmittelbar Betroffenen blieb erhalten.
Die Hoffnung, dass die Bewegung auf den Westen übergreifen würde, hat sich nicht erfüllt. Dabei war nicht nur die distanzierte Haltung der Gewerkschaften von Bedeutung, auch West-Attac und andere Akteure konnten und/oder wollten sich nicht anschließen. Im Westen blieben die Proteste folglich marginal. Die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg dienten dann auch im Osten als Ventil zur Artikulation von Protest. Zum einen schnitt die PDS recht gut ab, zum anderen gelang es den Neonazis, einen erschreckend hohen Teil der Unzufriedenheit auf ihre Mühlen zu lenken.

Dem Versuch, mit einer abschließenden, zentralen Demonstration in Berlin einen geordneten Rückzug anzutreten, war nur ein bescheidener Erfolg beschieden. Mit der Teilnahem von ca. 50.000 Menschen wurde deutlich, dass die Bewegung sich erschöpft hatte.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass eine statistische Auswertung des Medienechos zutage förderte, dass die Proteste im Osten die häufigsten Nennungen von Attac in seiner fünfjährigen Geschichte brachten. Zurückzuführen ist diese im Vergleich zur tatsächlichen Rolle von Attac überproportionale Öffentlichkeitswirksamkeit auf den organisationsfernen Charakter der Bewegung und dem Bedürfnis der Medien, solche Ereignisse mit einem einigermaßen bekannten Namen und Gesicht zu versehen.

Am Ende eines Bewegungszyklus

Die Herbstaktionen gegen Agenda 2010, darunter eine Demo mit 10.000 Teilnehmern in Nürnberg, der "Tag der Aneignung" im November und die Aktionen zum Agenturschluss hatten dann keinen Massencharakter mehr. Der Bewegungszyklus 2003/2004 war offensichtlich am Ende. Nach der Hochphase liegen jetzt wieder die Mühen der Ebene vor uns.

Hauptursache für das Abflauen der Bewegung war das knallharte Durchziehen der "Reform". Nach dem Motto "die demonstrieren, wir regieren" setzten Schröder und Clement auf Ermüdung und Resignation der Proteste und die Neutralisierung der Gewerkschaften. Die Rechnung ging bisher auf. Die neoliberale Einheitsfront im Bundestag steht, und die Medien sind mit wenigen Ausnahmen wieder auf einer Linie. Die SPD ist wieder aus ihrem historischen Umfragetief heraus. Das "man kann ja doch nicht machen" ist gegenwärtig zur entscheidenden Handlungsblockade geworden. Das hat zu einem Verlust an Dynamik geführt.
Aber so wenig die Bewegung von Attac "gemacht" wurde, so wenig kann ihr Abflauen durch Attac gestoppt werden, etwa dadurch, dass man in Aktionismus verfällt. Eine kluge Einteilung der eigenen Kräfte ist Voraussetzung für langen Atem. Ein Grund, in Resignation zu verfallen ist dies nicht. Denn abgesehen davon, dass soziale Bewegungen nie permanent auf einem gleich hohen Niveau oder gar als stetiger Aufstieg verlaufen, sondern immer in Konjunkturzyklen, bleiben die strukturellen Ursachen für die Entstehung von Widerstand unverändert bestehen.

An der Analyse, dass den neoliberalen Umbrüchen eine generelle Tendenz zur Instabilität und jähen Wendungen inhärent ist, hat sich nichts geändert. In der Sache haben die "Reformen" keinerlei Problemlösung gebracht. Zum einen versagen sie vor ihren selbstgesteckten Zielen – Rückgang der Arbeitslosenquote, Kostensenkung. Zum anderen verschärfen sie auch die bestehenden Widersprüche. So führt Hartz IV zu einer weiteren Schwächung der Massenkaufkraft. Die Nachfrage sinkt weiter. Das führt wiederum zu neuer Arbeitslosigkeit. Folglich sinken die Beiträge für die Sozialsysteme. Daraus folgen neue Einschnitte bzw. Belastungen für die Versicherten. Ein deflationärer Teufelskreis.

Insofern werden die Grundlagen für Protest nicht verschwinden, und es kann jederzeit und unvorhersehbar – ähnlich wie bei den Montagsdemonstrationen - Bewegung entstehen. Allerdings wird die Bundesregierung mit Hinblick auf die Landtagswahlen in Schleswig Holstein und vor allem in NRW sowie bis zur Bundestagswahl 2006 alles tun, um keine Anlässe für Protest zu geben. Größere "Reformen" werden auf die Zeit nach der Wahl vertagt. Vorher wird mit dem einen oder anderen Köder für die Stimmabgabe zu rechnen sein.

In derart unübersichtlichen Zwischenzeiten macht es wenig Sinn, langfristig zu planen. Vielmehr kommt es darauf an, eigene Kapazitäten aufzubauen, die dann im richtigen Augenblick flexibel eingesetzt werden können, sowie an Schwächen zu arbeiten, die in der zurückliegenden Phase sichtbar geworden sind. Der nächste Bewegungszyklus kommt bestimmt.

Klassische und neue Attac-Themen

Angesichts der intensiven Bewegungsphase traten klassische Themen von Attac, wie WTO oder internationale Finanzmärkte naturgemäß etwas in den Hintergrund. Dennoch ging die Arbeit auf diesen Gebieten weiter, und es gelang auch immer mal wieder damit in die Öffentlichkeit durchzudringen. Mit der Ministerkonferenz 2005 der WTO in Honkong, sowie dem G 7 in Schottland und seinen Themen, darunter Verschuldung und Entwicklungsfinanzierung, werden diese Fragen 2005 wieder eine stärkere Rolle spielen.

Auch neue Themen wurden aufgegriffen, wie der Start einer Kampagne gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Direktive), die Positionsentwicklung zum europäischen Verfassungsentwurf, oder die Arbeit zu Patent- und Urheberrechten unter dem Stichwort "Wissensallmende".

Probleme

Einige Schwächen die im vergangenen Jahr deutlich wurden sind:

- genereller Verlust an Dynamik vor allem aber in vielen Lokalgruppen.
- Umgang mit Erfolg und Misserfolg
- Ungenügende Qualität mancher inhaltlicher Positionen
- ungenügende eigenständiges, globalisierungskritisches Profil
- Mobilisierungsschwäche von Gesamt-Attac
- Mangelnde internationale Handlungsfähigkeit
- Defizite in der Attac-spezifischen politischen Kultur

Es können hier nicht alle Punkte im Detail abgehandelt werden. Sie sind ohnehin in einer generellen Strategiedebatte in den kommenden Monaten zu bearbeiten, in den Gremien, beim Ratschlag und publizistisch. Deshalb an dieser Stelle nur zu drei Punkten:

Mobilisierungsschwäche. Ein Grund – wenn auch nicht der einzige - für die Mobilisierungsschwäche bei Hartz IV, war sicher auch, dass es selbst nach innen nicht hinreichend gelungen ist, deutlich zu machen, was das mit Globalisierungskritik zu hat. Teile von Attac fremdeln mit diesem Themenfeld. Von einigen wurde es auf Sozialpolitik und Innenpolitik reduziert. Es gab sogar Austritte mit dieser Begründung. Das verweist darauf, dass Grundzüge des Globalisierungsprozesses noch nicht präsent sind.
So ist gerade der Bedeutungs- und Funktionswandel des Nationalstaates eine der besonderen Qualitäten der gegenwärtigen Globalisierungswelle. In der "postnationalen Konstellation" wie Habermas das formuliert, in der Grenzen für Kapital, Güter, Dienstleistungen und Kommunikation immer durchlässiger werden, entsteht ein transnationaler Raum, der die Unterscheidung zwischen national und international tendenziell obsolet werden lässt. Dies führt zu einer neuen Wettbewerbssituation, in der einerseits einzelne Unternehmen auf dem Weltmarkt viel stärker und direkter in Konkurrenz zueinander treten – mit entsprechenden Konsequenzen in Form von Kostensenkungsstrategien bei Löhnen, Steuern und Sozialabgaben. Andererseits werden die Nationalstaaten zu Wettbewerbsstaaten, die ihre Gesellschaften "für die Globalisierung fit machen". Dazu sind kostenträchtige Sozialsysteme nur Ballast. In diesem Lichte ist Agenda 2010 nichts anderes als ein aus der neoliberalen Globalisierung hervorgehendes Strukturanpassungsprogramm. Daher ist sie keine traditionelle Innen- oder Sozialpolitik, sondern gehört zum Zentrum neoliberaler Globalisierung.

Europäische Handlungsfähigkeit. Der europäische Aktionstag am 3.4. war de facto ein deutscher Aktionstag. Das lag nicht an bösem Willen von irgendjemandem, sondern wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die gesellschaftlichen Kämpfe auch in Europa nicht synchron laufen sondern nach wie vor in hohem Maße von nationalen Gegebenheiten bestimmt. Als in Italien, Frankreich und selbst Österreich Generalstreiks gegen Sozialabbau und Privatisierung stattfanden, blieb es in der Bundesrepublik still. Umgekehrt vermochte der 3.4. keine Mobilisierung in Italien oder Frankreich zu entfalten.
Daher ist die Herstellung von Handlungsfähigkeit vor allem in EU-Rahmen eine der vordringlichsten Aufgaben. Die Gegenseite ist hier inzwischen viel weiter. Immer mehr Kompetenzen wandern von nationaler Zuständigkeit in supranationale Kompetenz. Die EU wird in immer stärkerem Maße der Bezugsrahmen für politisches Handeln. Die europäische Vernetzung von ATTAC hat zwar deutliche Fortschritte gemacht, wie bei dem Treffen im Dezember 2004 in Innsbruck deutlich wurde, aber es wird noch einiger Anstrengung bedürfen, bis wirklich europäische Kampagnen funktionieren, die gegenüber Entscheidungsprozessen in Brüssel Interventionspotential haben. In diesen Kontext gehört auch, das Europäische Sozialforum, das eine hervorragende Rolle bei der Konstituierung eines europäischen Akteurs spielen sollte haben, so umzugestalten, dass es den Anforderungen gerecht wird.

Politische Kultur. Auf dem Hamburger Ratschlag im Oktober 2004 entstand erheblicher Frust. Durch "Meinungsbilder" am Fließband, immer wieder aufbrechende Geschäftsordnungs-debatten und ein für viele nicht mehr nachvollziehbares Ping-Pong zwischen Antragsformulierungskünstlern entstand eine Atmosphäre wie auf Parteitagen - mit Mehrheitsprinzip, Abstimmungsmaschinerie und Antragsflut. Das für ein Netzwerk zentrale Konsensprinzip wurde auf ein alternatives Abstimmungsverfahren reduziert und damit diskreditiert.
So kam im Verlauf des Ratschlags bei so manchen Krisen- oder gar Untergangsstimmung auf. Auch wenn die These einer generellen Attac-Krise völlig überzogen ist, so besteht doch Übereinstimmung, dass die aufgebrochenen Probleme zu bearbeiten sind. Zu diesem Zweck haben sich noch in Hamburg Diskussionszusammenhänge gebildet. Letztlich ist es gut, wenn die Probleme jetzt aufgebrochen sind, ehe sie sich zu einem unüberwindbaren Massiv aufbauen. Vor uns liegt also eine Prozess, in dessen Verlauf wir eine gründliche Analyse vornehmen müssen: wo stehen wir, fünf Jahre nach Gründung von Attac? Wohin wollen wir, und wie machen wir das? Welche Strukturen und Arbeitsweisen brauchen wir, die mit unseren emanzipatorischen Ansprüchen kompatibel sind?

Zu den Fragen, über die wir reden müssen, steht an zentraler Stelle die Klärung dessen, was wir unter Konsenskultur verstehen. Was steckt hinter Begriffen wie Partizipation, Inklusion, Eigenverantwortung, Autonomie, Diskursorientierung, Pluralität und Konsens? Was heißt Horizontalität, Dezentralität und Netzwerkcharakter? In welchem Verhältnis stehen sie zu Repräsentativität, Delegation, Mehrheitsentscheidungen, zu Effizienz, Basis und Führung? Wie steht's mit Professionalität und ehrenamtlicher Arbeit? Welche Strukturen und Verfahren motivieren und aktivieren politisches Engagement? Welche produzieren Passivität und politische Konsumhaltung?

Es geht also nicht nur um Strukturen und Verfahren, sondern um unsere Strategie, um die Weiterentwicklung einer politischen Kultur, um die Ausgestaltung eines innovativen Projekts, das sich in ständigem Selbstreflexionsprozess stets erneuert. Es geht darum, überkommene Politikstile und die politische Unkultur der Machtpolitik in den eigenen Reihen hinter uns zu lassen, ohne Differenz und Widerspruch in Eiapopeia einzulullen. Schließlich ist Attac auch der Versuch historisches Neuland zu betreten. Vor dem Hintergrund des historischen Scheiterns traditioneller Organisationskonzepte geht es um nicht mehr und nicht weniger als um die Schaffung eines neuen Organisationstyps unter Bedingungen von außerordentlicher Heterogenität und Pluralismus im emanzipatorischen Lager.

Attac Frankreich
Neue Dynamik für Attac:

"Fünf Jahre nach der Gründung von Attac und angesichts des Wachsens der globalisierungskritischen Bewegung stellt sich die Frage: Wo stehen wir? Wie können wir unsere Volksbildungsbewegung hin zu Aktionen fortführen und vergrößern?" Die Mitglieder des Verwaltungsrats und die Gründungsmitglieder haben die Debatte vor über einem Jahr eröffnet. Von den vielen Dokumenten haben wir für diese SiG-Nummer zweiaus gewählt. Wer der französischen Sprache mächtig ist, kann alle Texte unter der Adresse http://france.attac.org/r421 lesen.

Strategiepapier von Attac Frankreich für 2005

Mitteilung des Verwaltungsrats von Attac Frankreich an die Mitglieder und Ortsgruppen, 23.10.2004

(...) Die Strategie von Attac muss im Rahmen der Entwicklung der sozialen und altermondialistischen Bewegung gesehen werden. **Ziel der Strategie** ist es, Wissen zu vermitteln und den Meinungsaustausch zu fördern, und zwar entsprechend der von Attac propagierten Volksbildung, **um ein Kräfteverhältnis zu entwickeln, das es erlaubt, den Neoliberalismus zu bekämpfen sowie alternative Lösungen in Gang zu setzen**, gemäß dem Aktionsanspruch von Attac.

Die Strategie von Attac Frankreich muss immer dem Anspruch verpflichtet sein, alle Initiativen einer breiten Gesellschaftsschicht und der Jugend zu öffnen, den Frauen, Arbeitslosen und Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen sowie denjenigen, die trotz Arbeit arm und die ersten Opfer der neoliberalen Globalisierung sind. Diese Strategie wird in Zusammenarbeit mit dem internationalen Netzwerk von Attac entwickelt.

Es wird vorgeschlagen, dass die Strategie von Attac Frankreich in nächster Zeit fünf Themenschwerpunkte umfasst:

Schwerpunkt 1: Wider den neoliberalen Geist beim Aufbau Europas

In den nächsten Monaten (...) besteht das Ziel von Attac Frankreich darin, deutlich zu machen, dass **der europäische Verfassungsvertrag** in seiner vorliegenden Form inakzeptabel ist. Dieser Vertrag erhebt nämlich den völlig abwegigen Anspruch, die von der EU durchgeführte neoliberale Politik in Zukunft dadurch zu zementieren, dass er ihr quasi Verfassungsrang verleiht. Die Anwendung des allgemeinen Wahlrechts zu Gunsten politischer Alternativen zum Neoliberalismus in einem bestimmten Land würde dann im Keim erstickt, mit der Begründung, dass diese Alternativen den EU-Vertragsbestimmungen, die juristisch der nationalen Gesetzgebung übergeordnet sind, widersprechen. Die Neoliberalen versuchen somit, eine "eingeschränkte" Demokratie einzuführen.

Der Kampf gegen den Inhalt dieses Vertrages hat folglich für Attac Frankreich in nächster Zeit in strategischer Hinsicht absolute Priorität. Unter "absoluter strategischer Priorität" ist zu verstehen, dass die Mobilisierung des gesamten Netzwerkes von Attac Frankreich in diesem Punkt vordringlich ist.

(...) Bis zum Referendum muss alles in die Wege geleitet sein, damit diejenigen, die für ein Europa sozialer Rechte, ein Europa der Solidarität kämpfen und sich dem Neoliberalismus widersetzen, sich auch durchsetzen. Und das ist möglich! Um diese Kampagne für ein anderes Europa in der sehr kurzen Frist, die uns durch den Referendumstermin aufgezwungen wurde, durchführen zu können, erfordern zwei entscheidende, sich ergänzende Ereignisse unsere ganze Aufmerksamkeit.:

1. Die gemeinsame Demonstration am 19.03.2005 in Brüssel

Der Beschluss zu dieser Demonstration wurde anlässlich des ESF in London gefasst. In Frankreich haben bereits mehrere Gewerkschaftsorganisationen ihre Teilnahme zugesagt, wie beispielsweise die FSU, Union Syndicale und G10 Solidaires. Auf europäischer Ebene plant die Konföderation Europäischer Gewerkschaften (CES) ebenfalls eine Initiative im Rahmen der Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs.

Der Kampf gegen den Krieg ist ein permanentes Anliegen der sozialen Bewegung und insbesondere von Attac. Wenn man jedoch bedenkt, dass der 19.März der Tag ist, an dem der Europäische Rat zusammentritt, um die Strategie von Lissabon neu zu bewerten und ihr neuen Schwung zu verleihen, was dazu dient, den neoliberalen Charakter der EU-Politik zu verstärken, dann liegt der Schwerpunkt der Demonstration in Brüssel an diesem Tag auf der Forderung nach einem Europa sozialer Rechte und der Solidarität, das nichts mit dem Gegenmodell zu tun hat, das man uns aufzwingen wird.

Der Verwaltungsrat ist der Meinung, dass diese Demonstration zu einer gewaltigen europäischen Mobilisierung führen muss, bei der die Organisationen, die zur Teilnahme aufrufen, sich nicht bloß damit zufrieden geben, Appelle zu unterschreiben, sondern dass sie gemeinsam und mit Nachdruck handeln, damit Hunderttausende von Bürgern auf die Straße gehen. Das heißt: Ohne eine gemeinsame Vorbereitung werden wir unsere ehrgeizigen Ziele nicht erreichen. (...)

2. Die europäische und internationale Großversammlung von Attac Frankreich am 30. April 2005 in Paris

Eine besondere Initiative des Verwaltungsrats von Attac betrifft eine Großveranstaltung mit mehreren tausend Teilnehmern, die am 30.04.05 in Paris stattfindet. Zirka eine Woche vor dem Referendum (wenn es denn beim 8.Mai bleibt), geht es bei dieser europäisch/internationalen Großveranstaltung vor allem um zwei Themen: das Europa, das wir wollen, und das Europa, auf das die Welt hofft.
In unserer Kampagne gegen den inakzeptablen Verfassungsvertrag geht es nicht nur darum, der Stimme von Attac Frankreichs und der Welt Gehör zu verschaffen, sondern auch darum, die Vertreter vieler anderer Länder zu Wort kommen zu

lassen, die an Europa bestimmte Erwartungen knüpfen. (...)

Schwerpunkt 2: Die vier ständigen Kampagnen (GATS, Steueroasen, Schulden und globale Steuern) werden parallel zu den genannten Initiativen fortgesetzt.

(...)

1. Für ein Moratorium von GATS

Im Augenblick geht es darum, den Erfolg der Generalversammlung der Gebietskörperschaften zu GATS (Bobigny am 13. und 14.November) zu sichern. (...)Wir können es bewerkstelligen, dass die französische Regierung ihre Position in dieser Frage ändert und dass das Mandat des für die WTO-Verhandlungen zuständigen EU-Kommissars modifiziert wird.
Nach dieser (...) Generalversammlung eröffnen sich für Attac Frankreich mehrere Perspektiven: unter anderem, gemeinsam mit den anderen europäischen Attac-Organisationen auf eine europäische Generalversammlung der Gebietskörperschaften hinzuarbeiten; an der Basis auf die Gebietskörperschaften Druck auszuüben und sie dazu zu bringen, es nicht bei der Unterzeichnung von Appellen zu belassen, sondern darüber hinaus aktiv zu werden, das heißt, die Bevölkerung zu informieren und zu mobilisieren sowie praktische Maßnamen zum Schutz und Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen zu ergreifen.(...)

2. Für die Beseitigung der Steueroasen

Die am 9. Oktober 2004 europaweit durchgeführten Demonstrationen für die Beseitigung der Steueroasen sind in Frankreich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Der Grund besteht wahrscheinlich in unseren Schwierigkeiten, eine Verbindung herzustellen zwischen einerseits den Steueroasen – die eine dem Ancien Régime würdige, im Grunde jedoch unglaubliche Ungerechtigkeit darstellt, bei dem der Adel keine Steuern bezahlte – und andrerseits der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Es ist schon ein Paradox: In den Augen vieler Bürger ist das “Finanzloch” der Renten- und Krankenversicherung nicht mehr zu stopfen, während auf der anderen Seite die konsequente Austrocknung von Steueroasen – wenn die Regierungen sich ernsthaft darum bemühen würden, anstatt die Steueroasen zu begünstigen – Einkünfte in zweistelliger Milliardenhöhe einbrächte, die reichen würden, um die Sozialpolitik finanzierbar zu machen. Selbst unter den Gründungsmitgliedern von Attac (Gewerkschaften und Arbeitslosenorganisationen) ist das Problem der Steueroasen noch nicht in seiner vollen Tragweite bewusst geworden.

Durch die Einrichtung einer Kommission, in der alle Mitglieder der Attac-Bewegung vertreten sind, werden wir 2005 endlich über ein schlagkräftiges Instrument verfügen, um diese Kampagne führen zu können. Eine entsprechende Initiative wird zusammen mit den europäsichen Attac-Verbände im Juni in das Europaparlament eingebracht.

3. Streichung der Auslandschulden der Dritte-Welt-Länder

Die Streichung der Schulden ist für die neue Weltordnung von entscheidender Bedeutung. Im Gegensatz zu den Ortsgruppen hat das “Büro” von Attac Frankreich diesbezüglich nur selten Aktivitäten entwickelt, weil es über keine entsprechende operative Struktur verfügt, um derartige Kampagnen durchführen zu können. Der Verwaltungsrat hat deshalb die Schaffung einer solchen Kommission beschlossen. Der Wissenschaftsrat wird in der Zwischenzeit seine Arbeiten auf diesem Gebiet fortsetzen. Attac Frankreich wird sich bei europaweiten Kampagnen zu diesem Thema engagieren.

4. Für globale Steuern

Die Behandlung dieser Frage ist weit fortgeschritten. Die Erklärung von 110 Staatschefs auf der UN-Generalversammlung belegt das. Während wir noch im Zusammenhang mit der Tobinsteuer als Traumtänzer tituliert wurden, setzt sich nun die Idee einer globalen Steuer langsam durch und erscheint immer überzeugender. An uns liegt es jetzt, konsequent daran weiterzuarbeiten und uns die nötigen intellektuellen und operativen Instrumente zu verschaffen.

Schwerpunkt 3: Die laufenden Aktionen fortsetzen und ausweiten

Die Kampagnen gegen den Inhalt des EU-Verfassungsvertrages und die vier aktuellen Kampagnen mögen, strategisch gesehen, absoluten Vorrang haben. Das bedeutet jedoch nicht, dass alle anderen Initiativen von Attac, von denen einige vor langer Zeit ergriffen wurden, nun abgebrochen werden. (...)
Zu diesen Aktionen gehören:

1. Punktuelle Initiativen
Sie erfordern aktualitätsbezogene Reaktionsfähigkeit. Themenschwerpunkte sind die Medien, Wasser, GVO, Erziehung und die geplante Bolkestein-Richtlinie der EU.

2. Anpassung und Vertiefung
Es wurden Arbeiten, vorwiegend auf interner Ebene, an neuen Themen begonnen. Ihre Diskussion wird fortgesetzt. Dabei handelt es sich um den Themenschwerpunkt “Recht und Globalisierung” (juristischer Arbeitskreis von Attac), die Schaffung eines Rates für kulturelle Belange, religiöse Neutralität, Wohnraum und Staat.

3. Diskussionen über umstrittene Fragen
Diese Themen beschränken sich auf Attac-Mitglieder oder sonstiges spezielles Publikum; dabei geht es zum Beispiel um Fragen wie “Was ist partizipative Demokratie?”, ziviler Ungehorsam, Energie, Wachstum und Schrumpfung, Entwicklung im weitesten Sinne unter Einschluss von Ökologie und Handel.

Schwerpunkt 4: Alternativen entwickeln, die stimmig sind und mit der neoliberalen Politik brechen

Der Verwaltungsrat hat in Arles anlässlich der Sommerakademie im August eine Entscheidung von großer Tragweite getroffen: die Präzisierung unserer Alternativen. Seit sechs Jahren hat Attac viele Vorschläge gemacht. Nun ist aber der Augenblick gekommen, sie abzugleichen und eine konkrete, verständliche Übersicht dieser Vorschläge zu erstellen. Daneben ist festzustellen, dass wir äußerst wichtigen Themen, wie etwa Alternativen zum Freihandel, Aktionen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und prekärer Arbeitsverhältnisse nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt haben.
(...) Um dieses umfangreiche Projekt in die Tat umzusetzen, wurde eine AG “Alternativen” gebildet, die bereits die Arbeit aufgenommen hat.

Danach stellt sich die Frage, wie die Mobilisierung der Bürger aussehen soll, nicht nur im Hinblick auf die Unterstützung der Alternativen, die wir aufgezeichnet haben, sondern auch im

Hinblick darauf, dass die Bürger ihre eigenen Alternativen, insbesondere auf lokaler Ebene, entwickeln. In diesem Zusammenhang wird in Attac zur Diskussion gestellt, ob die Einberufung einer “Versammlung der Generalstände für den Wechsel”, wo Beschwerdeschriften zusammengetragen würden, sinnvoll wäre. Wenn sich eine solche Orientierung durchsetzt, würden die gesamten Aktivitäten der Ortsgruppen umgekrempelt. Aber alles zu seiner Zeit. Diese Idee muss noch reifen; nach dem Referendum werden wir wieder darauf zurückkommen.

Schwerpunkt 5: Für eine Erneuerung des Europäischen Sozialforums und die Durchführung eines nationalen Sozialforums in Frankreich.

1. Ein neues Konzept für das Europäische Sozialforum

(...) (*Anm. der Redaktion: Die Ausführungen dieses Textes sind in späteren Dokumente weiterentwickelt worden, s. Sand im Getriebe Nr. 40, S. 18-19 http://www.attac.at/951.html)*

(...)Der Verwaltungsrat hat beschlossen, eine AG zu bilden, die sich mit Organisationen befassen soll, die sich auf den Islam berufen,. Bei diesem für uns völlig neuen Thema soll die AG herausfinden, mit welchen Organisationen wir zusammenarbeiten könnten und mit welchen nicht.

2. Planung eines nationalen Sozialforums in Frankreich

Ein Sozialforum, auf welcher Ebene es auch durchgeführt werden soll (lokal, kontinental, international), verfolgt immer die gleichen Ziele: Kampf gegen die neoliberale Politik, Erarbeitung von Alternativen, Mobilisierung und Aktionen.
(...) Warum sollte das, was auf lokaler, europäischer und internationaler Ebene das gemeinsame Prozedere begünstigt, nicht ebenso auf nationaler Ebene funktionieren? Warum wurde in Frankreich bisher noch kein einziger Versuch unternommen, gemeinsame Vorschläge zu erarbeiten, um der neoliberalen Politik zu widersprechen und gemeinsame Kampagnen durchzuführen, wie es sie bisher in diesem Land noch nie gegeben hat?

Andrerseits haben wir zwei Jahre intensiver Auseinandersetzungen insbesondere zur Renten- und Krankenversicherung hinter uns. Trotz eines außergewöhnlichen Widerstands gegen die Zerschlagung des Rentensystems, trotz der Demonstrationen, die in einigen Städten außerhalb des Ballungsraums Paris so groß waren, wie wir sie seit 68 und sogar seit der Befreiung von 1944 nicht mehr erlebt haben, trotz alledem haben diese Kämpfe nicht die Zerschlagung der Sozialsysteme aufgehalten. Aber die Regierung und der Arbeitgeber-Verband MEDEF sind noch weit von ihrem Ziel entfernt. Das ist der Grund dafür, dass wir heute mit der so genannten “Modernisierung” des Arbeitsgesetzbuchs, die der MEDEF vorantreibt, wahrscheinlich an einem Wendepunkt zum Ultraliberalen angekommen sind. Diese “Modernisierung” bedeutet in Wirklichkeit die Abschaffung von Tarifverträgen und Kündigungsschutz sowie den Eintritt in eine Gesellschaft, in der Arbeitsplätze als Erpressungsmittel benutzt werden.
Vor diesem Hintergrund wird sich Attac Frankreich für die Durchführung eines nationalen Sozialforums in Frankreich einsetzen.

Schlussbemerkung

Um diese ehrgeizige Strategie umzusetzen, muss Attac gestärkt werden. Dabei geht es zunächst um eine quantitative Stärkung durch die neue Mitgliedschaft Tausender Jugendlicher, Arbeiter, Angestellter, Bürger jeglicher sozialer Herkunft, die sich wirkungsvoll für eine andere Welt einsetzen wollen. Wir sollten zehnmal mehr sein! Dann brauchen wir eine qualitative Stärkung, um unsere Organisation und ihre Funktionsfähigkeit zu perfektionieren, damit wir effektiver werden. Zu diesem Zweck wurde eine Kommission gebildet, in der Vertreter aller Gruppierungen des Attac-Netzwerkes sitzen und die Ende März 2005 einen ersten Bericht vorlegen dürfte.

Die “neue Dynamik” ist mehr als ein Diskussionsthema. Sie ist bereits in vollem Gange.

Quelle: http://france.attac.org/a3654

Beginn einer neuen Etappe: Attac innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung

Autoren: Azam Geneviève - Brugvin Thierry - Chesneaux Jean - Corcuff Philippe - Cossart Jacques - Coutrot Thomas - Drezet Vincent - Flipo Fabrice - Gadrey Jean - Gourévitch Guy - Harribey Jean-Marie - Jouary Jean-Paul - Kervella Bernard - Khalfa Pierre - Le Quéau Serge - Massiah Gustave - Menahem Georges - Mühlstein Philippe - Nikonoff Jacques - Plihon Dominique - Richez Albert - Roy De Menditte Juan (Mitglieder des Wissenschaftlichen Rats)
Dieser Text wurde den weiteren Mitgliedern des Wissenschaftlichen Rats zur Unterzeichnung vorgelegt. Die Liste der Mitglieder und deren Veröffentlichungen können unter , http://france.attac.org/r39 eingesehen werden.

Dieser Text soll die gegenwärtige Phase einordnen, die zum einen der Neoliberalismus, zum anderen die globalisierungskritische Bewegung durchläuft, um die mögliche Positionierung und die Ziele von Attac in einem neuen Entwicklungsabschnitt, den unsere Vereinigung anstrebt, besser definieren zu können.

1. Die Zuspitzung der Politiken

In drei Hauptbereichen, der Wirtschaft, dem Schutz des Lebens und der Umwelt, vervielfacht der neoliberale Kapitalismus, wenn er seinem eigenen Lauf überlassen wird, die Risiken und schränkt die Demokratie ein. Der Aufbau einer zukunftsträchtigen Widerstandsbewegung, die Alternativen aufzeigt, ist eine stetig dringender werdende Notwendigkeit.

1.1 Die neoliberale Radikalisierung

Der Neoliberalismus ist eine Glaubenslehre und ein Gebilde von Politiken, mit denen beabsichtigt wird, die Hemmnisse des Kapitalismus abzubauen, welche ihm durch die sozialen Kämpfe und die durchgesetzten Kompromisse aufgezwungen wurden. Dank dem Neoliberalismus vergrößert die Profitlogik

ihre Macht über die Gesamtheit der menschlichen Tätigkeiten: Produktion, Kommunikation, Bildung, Pflege, Freizeit, bis hin zur Fortpflanzung des menschlichen Lebens... Der Prozess der Vermarktung kennt keine Grenzen und erfasst Zeit und Raum aller Individuen, sowohl das Arbeits- als auch das Privatleben, und verstärkt auf diese Weise die Entmachtung des Selbst, sowie die individuelle und kollektive Entfremdung.

Trotz der auftretenden und sich verstärkenden Widerstände haben die wirtschaftlichen und politischen Eliten kein anderes Ziel, als die neoliberale Offensive zu stärken und jede Wahlmöglichkeit zu Gunsten politischer Alternativen zu unterdrücken. Die "global governance", die von den Vereinigten Staaten, aber auch der Europäischen Union inszeniert und von den internationalen Finanzinstitutionen und der Welthandelsorganisation umgesetzt wird, auferlegt der ganzen Welt das Triptychon des "Konsensus von Washington": Liberalisierung, Privatisierung und Währungsstabilität. Um die Rendite des Kapitals zu sichern oder zu erhöhen und um ihm neue Bereiche zu erschließen, wird unerbittlich versucht, alles was an öffentlichen Dienstleistungen übrig geblieben ist zu privatisieren, jede Form der bäuerlichen Landwirtschaft zu ruinieren, die materielle Unsicherheit der Arbeitnehmer zu erhöhen und die Kosten der Arbeit zu drücken, besonders mit der Erpressung der Betriebsverlagerung ins Ausland. Die Aneignungslogik geht soweit, dass sie die ökologischen Lebensräume und Regulierungsweisen des Planeten, die letzten Garantien der Völker gegen die Prekärisierung, bedroht. Die reichen Länder konzentrieren weiterhin die bedeutendsten Reichtümer und verlagern umweltverschmutzende und Rohstoff intensive Tätigkeiten in den Süden.

Der neue Präsident der Europäischen Kommission, der neoliberale Aktivist José Manuel Borroso und die Kommissare, mit denen er sich umgeben konnte, wollen diese Tendenzen in der erweiterten Europäischen Union vertiefen. Das Verfassungsprojekt versucht, 457 Millionen Einwohner in ein Korsett aus Prinzipien zu pressen, das die in den letzten 20 Jahren durch das Finanzkapital errungenen Privilegien endgültig unantastbar machen würde. Es wird nichts getan, um den ökologischen Fußabdruck durch die Union auf drastische Weise Einhalt zu gebieten, sondern er steigt beständig zu Lasten der Entwicklungsperspektiven der restlichen Welt und verstärken die Gefahr internationaler Spannungen. Auch in Frankreich verfolgt die aktuelle Regierung, trotz der Missbilligung durch die Wähler, eine facettenreiche Offensive gegen die sozialen Errungenschaften unter dem Vorwand ihrer "Anpassung".

1.2 Der Wendepunkt im Bereich der Sicherheit

Der Neoliberalismus kann nur zu verstärkten Ungleichheiten, Ausgrenzung und sozialen Spannungen führen. Er vergrößert die Kluft in jedem Land und zwischen den Ländern und Regionen der Welt, im Norden wie dem Süden. Diese Spannungen nähren eine zunehmende Instabilität, die dazu benutzt wird, eine Verschärfung der repressiven und militärischen Apparate und eine Rückkehr zu einer offen imperialistischen Politik zu rechtfertigen. Es dreht sich in erster Linie darum, die Sicherheit der Investitionen zu gewährleisten, die außerhalb der Metropolen des Nordens betätigt werden. Zweitens sollen die Rahmenbedingungen für die Kapitalmobilität garantiert werden und folglich die Mittel zum Warentransport und die Kommunikationswege gesichert und die Lieferungen von Rohstoffen und Energie kontrolliert werden. Es dreht sich auch darum, die Migration der Arbeiter zu beeinflussen und sie im Dienste der kapitalistischen Verwaltung der Arbeitskräfte geographisch zu kanalisieren.

Die **Hegemonie der Vereinigten Staaten** ist nun so ausgeprägt, dass sie es sich erlauben, auf sogenannte "präventive" Angriffe zurückzugreifen, um ihre Interessen durchzusetzen. Im Namen der Verteidigung der Freiheit von Völkern und Märkten errichten sie ein immer dichter werdendes, flächendeckendes Netzwerk aus Militärstützpunkten. Gleichzeitig will die Europäische Union, unter dem Deckmantel humanitärer Absichten, ihre "schnellen Eingreifstruppen" und ihre Teilnahme an der militärischen Kontrolle der Welt entwickeln. Mangels legitimer internationaler Regulierungsbehörden müsste sich die Konkurrenz zwischen den Ländern des Nordens erhöhen, angesichts der steigenden Nachfrage nach Rohstoffen und Energiequellen, der wachsenden Verknappung, der Zunahme der Umweltverschmutzung und der gravierenden Risiken (wie Radioaktivität usw.).

In diesem Rahmen ist der **"Krieg gegen den Terrorismus"** ein idealer Vorwand, um den Überwachungs- und Kontrollapparat und die Polizei, sowie ihre internationalen Zusammenarbeit, enorm zu verstärken. Die Entwicklung einer Kultur der Angst und der Sicherheit in den Ländern des Nordens wird unterstützt durch den immer größer werdenden Raum, der den Bedrohungen in den Nachrichten der Staatsgewalt und in den von den großen Medien, deren Eigentum sich mehr und mehr in den Händen einiger Gruppen konzentriert, ausgestrahlten Informationen, eingeräumt wird. Der Terrorist, der Ausländer, der Jugendliche aus einem bestimmten "Stadtviertel", der Arme, der das Sozialsystem ausnutzt, sie bilden in subtiler Abstufung eigene, neue Typen des Sündenbocks, die den Konsens neu kitten sollen. Die Völker des Südens, die "unsere Arbeitsplätze wegnehmen" oder "unseren Planeten zerstören", spielen eine ähnliche Rolle. Die Ausstrahlung dieser Stereotypen durch die Medien trägt dazu bei, ein ideologisches Klima zu schaffen, das es erlaubt, die sozialen und ökologischen Rechte zu beschneiden und das im Gegenzug zu einer Stärkung der sicherheitsbezogenen und disziplinarischen Maßnahmen führt. Maßnahmen, die im Übrigen nicht geeignet sind, die Unsicherheit zu reduzieren, weil sie vor allem die Herrschaftsstrukturen in der Gesellschaft schützen, welche selbst eine Quelle der Gewalt und Unsicherheit sind... Die Kritikfähigkeit der Bürger wird stark auf die Probe gestellt, aber sie kann sich dennoch auf die Möglichkeiten zur Äußerung von widersprechenden Minderheitsmeinungen stützen, wie die Entstehung von alternativen Informationsquellen, die häufig mit der sozialen Bewegung verbunden sind.

1. 3. Die Zerstörung der Umwelt

Obwohl sich alle Indikatoren verschlechtern, scheint Untätigkeit angesichts der globalen ökologischen Krise die Hauptantwort der nationalen und internationalen Institutionen zu sein. Die Kohlendioxid-Emissionen haben sich zwischen 1900 und 2000 verzwölffacht. Die Anzahl der "Natur"-katastrophen steigt: in den 80-er Jahren waren 147 Millionen Menschen betroffen, in den 90-er Jahren 211 Millionen. Am Meisten bedroht sind die eine Milliarde **kleiner Bauern**, die direkt von der Landwirtschaft leben, und die Milliarden Menschen, die über keine technischen, organisatorischen und administrativen Mittel verfügen, um mit den zunehmenden Klimaveränderungen fertig zu werden. Das Risiko ist für die **Bevölkerungen der Länder des Südens** am Höchsten, der

stärkste Druck auf die Umwelt des Planeten wird jedoch von den Ländern des Nordens ausgeübt. Jeder europäische Bürger "wiegt" ungefähr 12 Mal mehr als ein Bürger Indiens (wenn man seinen "ökologischen Fußabdruck" betrachtet) und jeder nordamerikanische Bürger etwa das Zwanzigfache.

Weltweit gibt es über 700 Millionen Autos, und dies ist nur der Anfang: Z.B. hat der Verkauf von Autos in China im ersten Trimester 2003 um 80% zugenommen. Allein die durch den zunehmenden Luftverkehr verursachten **Emissionen** werden die schon hypothetischen Reduzierungen kompensieren, die man sich von der Umsetzung des Kyoto-protokolls erhofft. Die verallgemeinerte Mobilität, vor allem der Waren, bedroht das planetarische Gleichgewicht.

Im Jahr 2000 litten 508 Millionen Menschen in 31 Ländern unter **Wasserknappheit.** Bei gleich bleibender Tendenz werden es 2025 3 Milliarden Menschen in 48 Ländern sein. Die Hauptfaktoren für die Verknappung dieser Kostbarkeit sind der Klimawandel, unvernünftige Bewässerung (häufig verbunden mit den Exportkulturen, um den Schuldendienst zu leisten) und der lokale Bevölkerungsdruck. Versteppung, Verschmutzung und Urbanisierung reduzieren die Ackerfläche um etwas 1% pro Jahr. In den 80-er Jahren mussten 94 Millionen Hektar Boden wegen Versalzung, Erosion und aus anderen Gründen aufgegeben werden. Die Versteppung betrifft 41% des Festlands und 900 Millionen Menschen in mehr als 100 Ländern.

Der **Rückgang der Biovielfalt** bedroht alle Lebensräume. 24 % der Säugetiere, 49% der Pflanzen, 30% der Fische, 29% der wirbellosen Tiere, 12% der Vögel gehören zu den bedrohten Arten. Im Laufe der letzten 40 Jahre hat die Waldfläche pro Einwohner um mehr als 50% abgenommen und fiel im weltweiten Durchschnitt von 1,2 Hektar auf weniger als 0,6 Hektar pro Person. Die Waldflächen nehmen weltweit durchschnittlich weiterhin um 0,6% pro Jahr ab, die tropischen Wälder um 2%.

Die **Ressourcen fossiler Energien** werden verschwinden, Erdöl und Gas innerhalb von wenigen Jahrzehnten, und dabei wird kein Programm zur Förderung von erneuerbaren Energien orientiert und vor allem zur Energieeinsparung in den entwickelten Ländern entwickelt.

Jedes Mal, wenn Regulierungsprojekte vorgeschlagen werden, verschwören sich die Industriellen und ihre politischen Mittler, um ihnen jeden Inhalt zu nehmen, wie es vor kurzem das Beispiel des "Klimaplans" von Jacques Chirac zeigte. Die ökologische Unverantwortlichkeit der Regierungen ist nicht das Monopol der amerikanischen Verwaltung, sie prägt die Gesamtheit der Mechanismen zur politischen Entscheidungsfindung, die heute einzig der Wettbewerbslogik und der Marktrentabilität untersteht, ohne Beachtung der elementaren Prinzipien der Vorsorge, die jedoch häufig erwähnt werden.

Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt: die demokratische Debatte in diesen Bereichen beeinflusst immer weniger den Lauf der Ereignisse. Befehligte Medien, Erpressung durch Kapitalflucht und Drohen mit Arbeitsplatzabbau, nationale und supranationale, von der Politik "unabhängige" Institutionen, Länder, die von ihrer Schuldenlast erdrückt werden; es wird alles getan, damit die Mechanismen der Ausübung der Souveränität des Volkes untergraben werden. In allen Bereichen schwächt und umgeht die Politik die sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen. Die so verherrlichte "Good Governance" bedeutet in der Realität den Umgang mit den Spannungen zu Gunsten der Interessen der Besitzhabenden.

Die Legitimität der neoliberalen Ordnung wird dennoch durch die eindrucksvolle Realität und das Bewusstwerden der sozialen, ökologischen und kulturellen Schäden, die sie in der Gesellschaft hervorruft, geschwächt. Sozialbewegungen, die dabei sind sich auf internationaler Ebene zu organisieren, protestieren auf das Heftigste gegen die Wirtschafts-, Sicherheits- und Umweltpolitik.

2. Was ist die globalisierungskritische Bewegung und wo steht sie heute?

Es handelt sich um eine gesellschaftliche Weltbewegung, die dazu beitragen könnte, ein Ziel zu verfolgen, das die Arbeiterbewegung bisher nicht erreichen konnte: eine breite internationalistische, demokratische und ökologische Bewegung zur Befreiung der gesamten Menschheit aufzubauen. Voraussetzung dafür ist, ihre Arbeitsweise und ihre alternativen Vorschläge zu verbessern und sie auf das Niveau der Herausforderungen zu heben, das die neoliberale Radikalisierung vorgibt.

2.1 Eine authentische weltweite soziale Bewegung

Wir haben es hier mit einer gesellschaftlichen Bewegung in seiner eigentlichen Wortbedeutung zu tun. Wie jede andere Gesellschaftsbewegung entwickelt sie sich in der Praxis von Vereinigungen, Netzwerken, Gewerkschaften, die gegenüber Staat und Kapital weitgehend autonom sind. Sie definiert sich zuerst durch einen Grundstock an gemeinsamen Überzeugungen: Sie lehnt es ab, menschliche Tätigkeiten zu Waren verkommen zu lassen. Sie tritt für Gleichheit und Demokratie ein, sowie für die Sicherung der Zukunft unseren Planeten. Diese gemeinsame Grundlage lässt Raum für vielfältige Ziele und Initiativen, wie z.B. soziale Rechte, Frauenrechte, Umweltschutz, Kulturen von Minderheiten, Frieden etc. Die Bewegung verweist auf mehrere ‚Highlights' – das Scheitern des multilateralen Investitionsabkommen MAI von 1998, die Gipfelkonferenz der WTO in Seattle 1999, die Mobilisierung anlässlich des Gegengipfels von Genua 2001 etc - und sie verweist auf "Höhepunkte" wie Chiapas, Porto Alegre und den Larzac.
Alle diese Initiativen, die sich der globalisierungskritischen Bewegung zuordnen, stützen sich gegenseitig, ohne sich zu föderieren oder im Rahmen eines rigiden Organigramms zu erstarren. Eine "Bewegung" charakterisiert sich auch durch ihre ‚Brüche' und ihre Weiterentwicklung, ihre plötzlichen ‚Schübe', die mit Phasen des Abwartens und des ‚geordneten Rückzugs' – wie wahrscheinlich jetzt - alternieren. Andrerseits könnte sie wie andere gesellschaftlichen Bewegungen der Vergangenheit deshalb scheitern, weil sie es nicht vermochte, ein alternatives Projekt zu entwickeln, das in sich stimmig ist und überzeugt.

Die globalisierungskritische Bewegung hat sich seit ihrer Gründung ständig weiter entwickelt. Ihre geografische Basis erweitert sich ständig. Von Europa nach Lateinamerika, dann nach Asien und nun auch nach Afrika. Die Mobilisierungsschwerpunkte sind immer zahlreicher geworden und haben es der Bewegung erlaubt, neue Felder zu besetzen, wie z.B. den Bereich ‚Solidarwirtschaft' und die Mobilisierung gegen den Irakkrieg, und, wie in Paris-St.Denis beim Europäischen Sozialforum geschehen, neue gesellschaftliche Kreise in sich aufzunehmen. Die Ausrichtung der einschlägigen Forderungen

und Parolen veränderte sich im Laufe der Zeit: auf das Anprangern der Globalisierung (‚Antiglobalisierung') folgte die Suche nach alternativen Vorschlägen (globalisierungskritische Phase).

In einem Kontext, der vom politischen Vakuum geprägt ist, das das gescheiterte Modell des real existierenden Sozialismus hinterlassen hat, welches sich als Alternative zum Marktkapitalismus verstand, das von der Schwächung der Gewerkschaften und der sozialistischen Bewegung und der Andockung eines großen Teils der Sozialdemokratie an den Wirtschaftsliberalismus geprägt ist, - in diesem Kontext stellt die globalisierungskritische Bewegung eine Antwort der Gesellschaft auf die vielfältigen Angriffe des Neoliberalismus dar. Um der neoliberalen Globalisierung Paroli zu bieten, musste die globalisierungskritische Bewegung, die ‚Fackel des Internationalismus' ergreifen, die die Arbeiterbewegung nicht auf das erforderliche Niveau heben konnte. Darauf beruht ihr Erfolg sowie die Hoffnung, die historische Rolle spielen zu können, die ihr potentiell zukommt.

2.2 Globalisierungskritik und Arbeiterbewegung

Das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital bleibt eines der entscheidenden gesellschaftlichen Verhältnisse, die das Leben weltweit strukturieren und das Kräfteverhältnis, insbesondere die Verteilung der Reichtümer sowie die Ausrichtung der Gesellschaftsentwicklung bestimmen. Kann vor diesem Hintergrund das Proletariat doch noch weiterhin als treibende Kraft bezeichnet werden, die in der Lage ist, ein emanzipatorisches Gesellschaftsmodell für die gesamte Menschheit zu entwickeln? Die Verteidigung seines Standpunktes und seiner Interessen bleibt mehr als je zuvor legitim, aber kann das Proletariat deshalb immer noch die Hegemonie innerhalb der sozialen Bewegung beanspruchen?
Der herausragende Platz, den die Landarbeiter- und Bauernbewegungen in der Globalisierungskritik und ihren Inhalten gespielt haben, stellt bereits die zentrale Rolle der Arbeiterbewegung in Frage. Bestimmte Leute gehen sogar so-weit zu sagen, dass der Klassenkampf sich auf Kosten einer Vielzahl verstreuter Kämpfe auflöst, wobei die "Mulitude" an die Stelle des Proletariats das revolutionäre Subjekt darstellt.

Ohne jedoch soweit zu gehen, kann man die im historischen Kontext zu überprüfende Hypothese aufstellen, dass die globalisierungskritische Bewegung geeignet ist, die Arbeiterbewegung und andere emanzipatorische Kämpfe (feministische, ökologische, homosexuelle, antirassistische Kämpfe, neue demokratische Bestrebungen, die Förderung kreativer Fähigkeiten etc...) im Rahmen einer pluralistischen Struktur miteinander zu verbinden. Die Lohnempfänger des formellen und informellen Sektors bilden gegenwärtig die ganz große Mehrheit der Bürger der Länder des Nordens und eine wachsende Zahl – wenngleich sie noch in der Minderheit sind - in den Ländern des Südens. Die grundsätzlichen Bestrebungen der Arbeiterbewegung (Gleichheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit) unterscheiden sich immer weniger von denen der übrigen Bürger, selbst wenn die Gewerkschaften sich immer noch mit der Frage der Ökologie schwer tun. Die globalisierungskritische Bewegung definiert sich zunächst als Bürgerbewegung, die die gesamte Gesellschaft für die Verteidigung konkreter Ziele mobilisieren will, die weltweit von Bedeutung sind. Es handelt sich also nicht um eine Klassenbewegung wie z.B. die Gewerkschaften, aber ihre Ziele und Werte ähneln sich sehr. Es wäre für die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung zweifellos sehr vorteilhaft, in ihre Fragestellungen die Interessen von Gesellschaftsschichten außerhalb der Unternehmen einzubeziehen (d.h. Verbraucher, ‚User' aller Art, Umweltschützer etc.) Die globalisierungskritische Bewegung hingegen wird nur dann wirklich Einfluss haben, wenn sie sich auf die noch immer bedeutende und einzigartige Gewerkschaftsbewegung stützt.

Folgt man dieser Hypothese, dann läge die Zukunft der Globalisierungskritik nicht in ihrer Fähigkeit, an die Stelle der traditionellen Klassenkämpfe zu treten, sondern in ihrer Fähigkeit, diese neu zu interpretieren, sie wieder zu beleben und auszuweiten. Die aktuelle Aufgabe würde darin bestehen, traditionelle und neue Kämpfe, die von vorne herein wegen des gegenseitigen Misstrauens zwischen Gewerkschaften/ Vereinigungen, Bewegungen/Parteien etc. wenig miteinander zu tun haben, mit einander zu verbinden. Das setzt voraus, dass Grundsatzdebatten geführt werden, wobei man Abstand von den aktuellen Zwängen gewinnen muss, um Misstrauen, Arglist und kulturelle Differenzen zu überwinden .Die Beziehungen zur Umweltbewegung, die von Beginn der globalisierungskritischen Bewegung an auf Grund der globalen Problematik anwesend war, erfordern eine ganz besondere Aufmerksamkeit.

2.3 Globalisierungskritik und Umweltbewegung

Während die Arbeiterbewegung sich zum Ziel setzte, ein auf mehr Gleichheit angelegte Industrialisierungsmodell zu verallgemeinern, haben die Ökologen eine eigenständige Kritik der technischen Makrosysteme sowie eine langfristige Analyse ausformuliert. Sie haben gezeigt, dass bei jedem emanzipatorischen Versuch der Schutz des Lebensraums und des ökologischen Gleichgewichts unabdingbar sind. Sie stellen das Versprechen einer Emanzipation durch den Konsum und die Technik in Frage; sie verlangen , dass technische Verfahren und Zielvorgaben, die die Allgemeinheit betreffen, nicht länger den Experten anvertraut werden und im nachhinein modifiziert werden, sondern dass deren langfristigen Konsequenzen vor jeder politischen Entscheidung in einem demokratischen Prozeß evaluiert werden. Das führt sie zu einer Kritik an den Stellenwert der Güterproduktion auf Kosten einer längerfristigen und breiteren Sicht.
Sie setzen sich für die Aufwertung kleinräumiger Strukturen ein, für den Schutz von zukunftsfähigen Lebensverhältnissen, die ein friedliches Zusammenleben der Völker garantieren. Sie misstrauen der Macht und den straffen traditionellen Organisationen; bisher haben sie lockeren Organisationen den Vorzug gegeben, die auf der aktiven, engagierten Ausübung der Bürgerrechte basieren. Innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung und in Kontakt mit anderen sozialen Kämpfen können sie die z.T. großen Spannungen zwischen sozialen Forderungen einerseits (wie z.B. den Wunsch von Arbeitnehmern umweltverschmutzender Unternehmen ihren Arbeitsplatz zu behalten) und ökologischen Belangen andrerseits miteinander verknüpfen. Somit besteht eine der Aufgaben der globalisierungskritischen Bewegung darin , gleichzeitig den Widerspruch Kapital/Arbeit und den Widerspruch Kapital/Natur zu überwinden, um die menschliche Tätigkeit in das Gleichgewicht der Biosphäre zu integrieren.

2.4 Ein wirklich neues Vorgehen

Die globalisierungskritische Bewegung ist ein vielseitiges, heterogenes Gebilde, das Bürger und Organisationen zusammenführt, die ihre eigene Geschichte haben und die über unterschiedliche Kampfmittel verfügen. In der Bewegung gibt es mehrere politische Grundhaltungen, die sich ergänzen und die

oft bei denselben Individuen und Organisationen vorhanden sind. Für bestimmte Leute besteht das erste Ziel darin, den Staat als Bollwerk gegen Ungleichheit und soziale Präkarität wieder handlungsfähig zu machen; andere Leute wiederum legen großen Wert auf das Streben nach einer neuen weltweiten sozialen und ökologischen Steuerung, die die Macht der Finanzmärkte und der transnationalen Unternehmen begrenzt. Andere schließlich ziehen es vor, gegenüber den Regierungen und den internationalen Institutionen ein Kräfteverhältnis zu entwickeln, bei dem sie sich auf die Mobilisierung der Gesellschaft stützen, um Alternativen zum Kapitalismus zu erarbeiten.

Aktionen des zivilen Ungehorsams erhalten dank der Bewegung heute wieder Zuspruch. Diese Aktionen erzeugen Vertrauen und Solidarität. Sie sind schon deshalb nötig, weil die Bewegung konkrete Erfolgserlebnisse braucht. So können die AktivistInnen ihrem Leben wieder einen Sinn geben, sie finden Geschmack am Engagement, selbst wenn bestimmte Anhänger der Bewegung manchmal ihre Minderheitsposition bedenklich finden.

Trotz dieser Differenzen ist es der Bewegung dank ihres originellen Vorgehens möglich, Fortschritte zu machen. Sie funktioniert wie ein weitgehend dezentralisiertes, horizontales Netzwerk – im Gegensatz zu den pyramidalen bzw. vertikalen Strukturen der Gewerkschaften und politischen Parteien. Diesbezüglich hat sich die Bewegung auf äußerst effiziente Art und Weise die neuen Technologien der Information und Kommunikation zu Eigen gemacht. Darüber hinaus funktioniert und entscheidet die globalisierungskritische Bewegung nach dem Konsensprinzip, was die Mobilisierung der Bürger begünstigt. Ihr Ziel ist es nicht, sich "abzuklären", zu "reinigen", indem eine Klärung zwischen angeblich antagonistischen politischen Linien erzwungen wird. Ganz im Gegenteil: sie versucht immer mehr, Diskussionen und gemeinsame Aktionen mit einander zu verknüpfen, um auf diese Weise eine Klärung in der Praxis herbei zu führen.
So sind die Widersprüche, die zunächst unüberwindbar schienen, oft gar keine Hindernisse für gemeinsame und weitreichende Initiativen und Aktionen.

Was wir heute brauchen, ist weniger ein ‚Einheits- und Vereinigungsvokabular' als flexiblere Begriffe der Konvergenz und Koordinierung, mit den der Akzent mehr auf die Notwendigkeit gelegt wird, die Analysen Identitäten und Interessen aneinander anzugleichen, ohne die Differenzen unter den Teppich zu kehren. Der Bewegung ist es ebenfalls gelungen, das Streben nach partizipativer Demokratie aufzugreifen, die es sich zum Ziel gesetzt hat, dass sich möglichst viele Leute für öffentliche Angelegenheiten politischer und wirtschaftlicher Natur engagieren. Jüngste Erfahrungen mit der partizipativen Demokratie belegen, dass diese für die Erneuerung der repräsentativen Demokratie, die auch in ihren Hochburgen, den USA und der EU eine tiefe Krise durchmacht, unerlässlich ist.

2.5 Neue Triebkräfte für das Engagement

Vermarktung und Werbung gaukeln jedem einzelnen von uns vor, dass die Güter, die wir kaufen, uns für unsere Anstrengungen im allgemeinen Wettbewerb belohnen und uns eine Identität verleihen würden und dass wir somit unsere Zukunft im Griff hätten. Das Gegenteil ist der Fall. Abgesehen von der unmittelbaren Wirkung, verstärkt die Unterwerfung unter die Marktlogik noch den Wettbewerb, sie untergräbt die Solidarität, uniformisiert die Lebensformen und bringt nur Enttäuschungen mit sich. Kollektive Aktionen sind heute mehr als je zuvor notwendig, wenngleich sie auch Probleme aufwirft.

Heutzutage können die Gesellschaftsbewegungen nicht mehr fordern – und das ist gut so - dass die Individualität geopfert wird und sie in einem angeblich homogenen Kollektiv (Nation, Klasse) aufgeht.
Wenn die globalisierungskritische Bewegung staatsbürgerliches Engagement für kollektive Aktionen zu Gunsten bestimmter Werte oder des Gemeinwohls erzeugen will, so muss sie sich genauso wie andere Bewegungen mit der Herausforderung des Individuums auseinander setzen. Die westlichen Gesellschaften haben insbesondere seit der Renaissance eine lange Phase der Individualisierung durchlaufen. Seit den 60er Jahren hat sich diese Individualisierung beschleunigt und in den USA und dann in den europäischen Gesellschaften neue Formen angenommen und auf eine andere Art und Weise auch die Gesellschaft der südlichen Hemisphäre erreicht.

Der heutige Individualismus ist das Ergebnis vielfältiger interaktiver Grundstrukturen: wirtschaftliche Grundstrukturen des marktkonformen Individualismus, den der Neoliberalismus und das neokapitalistische Management im Laufe der letzten Jahre noch verschärft haben, sowie politische Grundstrukturen von Bürgerinitiativen, die Dynamik individueller Rechte bzw. die gesellschaftlichen Grundstrukturen, die sich insbesondere aus den Veränderungen der Familie und der Intimsphäre ergeben.
Der heutige Individualismus hat sowohl rückwärts gewandte Aspekte (die Auflösung sozialer Bindungen bzw. neue Ich-bezogene Krankheitsbilder) als auch emanzipatorische Aspekte (Erweiterung der individuellen Freiräume bzw. Entwicklung des persönlichen Innenlebens). Somit bedeutet er für die globalisierungskritische Bewegung eine dreifache Herausforderung:
a) beim Kampf gegen den neoliberalen Individualismus (*im Bereich der betrieblichen Organisation, des Konsums und der* Teilnahme am kulturellen Leben);
b) weil die Individualisierung die neuen Formen des Engagements betrifft, was dazu zwingt, neue Aktionsformen zu entwickeln, die mit den traditionellen Prinzipien wie ‚Opferbereitschaft', ‚Disziplin' und die Zugehörigkeit zu einem geschlossenen Denksystem brechen, und Raum für eine Vielfalt und zeitlich begrenzter Formen des Engagements zu schaffen;
c) gerade weil es auch darum geht, die Individualität zu fördern, aber eine soziale, d.h. keine autarke Individualität, muss der Neoliberalismus in Frage gestellt werden.. Die Kritik daran muss im Namen der zerstörten kollektiven Solidarität erfolgen, aber daneben auch im Namen einer individuellen Einzigartigkeit, die durch die Vermarktung menschlicher Tätigkeiten und durch die Entfremdung auf Grund der technischen, medialen und staatlichen Megasysteme vernichtet wurde. Das Individuum darf nicht dem Neoliberalismus überlassen werden. Die Emanzipation, die wir auf den Weg bringen wollen, verbindet kollektive und individuelle Aspekte untrennbar miteinander. In dieser Hinsicht muss ein Teil der libertären Tradition, der geschichtlich gesehen offener gegenüber der Individualität ist, wieder reaktiviert werden. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass die öffentlichen Einrichtungen, die sich aus der Staatsbürgerschaft und dem Sozialstaat ergeben und denen der Neoliberalismus in letzter Zeit schwer zugesetzt hat, geschichtlich gesehen, die Voraussetzungen für die Autonomie des modernen Individuums sind.

2.6 Nach den ersten Erfolgen muss ein zweiter Anlauf gemacht werden.

Wie jede andere gesellschaftliche Bewegung ist auch die globalisierungskritische Bewegung bestrebt, das Milieu, in dem sie sich betätigt, d.h. die Welt, zu verändern. Wenn man unter diesem Blickwinkel eine kurze Bilanz ziehen wollte, könnte man sagen, dass sie angefangen hat, die Wahrnehmung zu verändern, jedoch noch keinen politischen Einfluss ausübt.
Vielleicht ist der wichtigste Fortschritt ideologischer Natur: unsere Gegner haben die Führungsposten, aber was in den Köpfen vorgeht, beherrschen sie nicht mehr völlig. Es wäre ebenso falsch wie gefährlich zu behaupten, dass eine Mehrheit der Weltbevölkerung von den globalisierungskritischen Thesen überzeugt ist. Tatsache aber ist, dass diese Thesen sich weiter verbreiten. Eine Gallup-Umfrage, die im Mai 2004 in Deutschland,, den USA, Frankreich und Großbritannien durchgeführt wurde, gibt eine Reihe von Auskünften, die sicher kontrastreich aber nichts desto weniger interessant sind. So sind z.B. 61% der Befragten der Meinung, dass Handelsverträge zum Schaden armer Länder geschlossen wurden, 56% meinen, dass der internationale Handel zuerst den Interessen der transnationalen Unternehmen dient und 66% der Auffassung sind, dass der Welthandel dem Umweltschutz untergeordnet werden sollte.
Ein anderer Indikator dafür, dass unsere Thesen an Bedeutung gewinnen, besteht darin, dass bestimmte Thesen von den Entscheidungsträgern aufgegriffen werden, wie z.B. am 20.09.2004, als J. Chirac, R. Lagos (Chile) und J.L. Zapatero (Spanien) die Unterstützung von 110 Ländern für das Prinzip einer internationalen Steuer zu Gunsten der Länder der südlichen Hemisphäre erhalten haben. Es handelt sich hierbei um einen ideologischen Sieg der Bewegung und insbesondere von ATTAC, selbst wenn niemand daran glaubt, dass diese Regierungen ernsthaft die Absicht haben, eine solche Steuer auf den Weg zu bringen, weil das zu erheblichen Konfrontationen mit den Finanzkreisen führen würde.
Ebenso ist es eine Tatsache, dass das Scheitern der WTO-Konferenz 2003 in Cancún vor allem auf den Druck der Volksmassen insbesondere der Bauern und Landarbeiter von Via Campesina und der globalisierungskritischen Bewegung zurück zu führen ist – wenngleich China, Indien, Brasilien und Südafrika sich bei ihren Forderungen auf die totale Liberalisierung der Agrarexporte in die Länder des Nordens konzentriert haben, was einen neuen Schritt in die Richtung einer völligen Deregulierung des Welthandels bedeutet hätte. Der sakrosankte Freihandel wird sogar in Kreisen, die den Entscheidungsträgern nahe stehen, allmählich seiner gesellschaftlich destabilisierenden Wirkungen wegen in Frage gestellt.
Aber heute, wo die neoliberale Offensive schärfer wird, tritt die globalisierungskritische Bewegung auf der Stelle und das in einem Augenblick, in dem diese Offensive die Bewegung ganz im Gegenteil dazu herausfordert, in die nächst höhere Kampfphase einzutreten.
Die Sozialforen sind zwar ‚Highlights' der Bewegung, zeigen jedoch repetitiven Charakter, ohne dass dabei etwas Konkretes herauskommt oder signifikante Fortschritte gemacht werden. Nachdem die Bewegung in Seattle und Cancún mobilisierende Siege errungen hat, ist es ihr nicht gelungen, in jüngster Zeit neue Erfolge zu verzeichnen; was dazu geführt hat, dass ihr Nutzen in Frage gestellt wurde und ihre Attraktivität darunter gelitten hat. Es fällt ihr außerdem schwer, von der Antiglobalisierung zur Globalisierungskritik zu übergehen. Ihre Vielseitigkeit, ihre Heterogeneität, ihre vielfältigen Themen zur Mobilisierung, auf der ihre Kraft beruht, erschweren gleichzeitig die Vertiefung ihrer theoretischen und praktischen Arbeit.
Es soll aber nicht den Niedergang der Bewegung bedeuten. Im Gegenteil: Vorausgesetzt, man legt Kreativität an den Tag, dann können die aktuellen Schwierigkeiten sogar die Gelegenheit bieten, die Bewegung wieder ‚in die Gänge' zu bringen. Gerade in diesem Zusammenhang kann die Rolle einer Vereinigung wie ATTAC noch an Bedeutung gewinnen.

3. Attac innerhalb der Bewegung

Attac entstand zeitgleich mit der globalisierungskritischen Bewegung. Unsere Vereinigung fokussierte sich sofort auf einen Kernbereich der neoliberalen Globalisierung, das internationale Finanzwesen. Die spontane Entwicklung auf internationaler Ebene und das Echo auf unsere Themen, z.B. auf die Tobin-Steuer, globale Steuern oder Finanzparadiese, zeigen, dass diese Fragen in der Tat von zahlreichen aktivistischen Kräften als Kernpunkte identifiziert wurden. Attac hat sich jedoch nicht auf eine Thematik beschränkt, sondern konnte mit Recht seine Fähigkeiten zur Analyse und Intervention, ausgehend von der ursprünglichen Problematik, auf zahlreiche andere Gebiete ausweiten (Umwelt, Feminismus, Arbeit, sozialer Schutz...). Unsere Vereinigung spielt eine unersetzbare Rolle innerhalb der Bewegung und kann zu ihrem unbedingt notwendigen Neubelebung beitragen.

3.1 Attac: ein unentbehrlicher Beitrag

In einer Bewegung, die so heterogen und aufgesplittert ist, besetzt Attac in Frankreich naturgemäß einen spezifischen Platz durch seine Fähigkeit, eine große Vielfalt an Thematiken behandeln und Brücken zwischen den einzelnen Bereichen bauen zu können. Diese Fähigkeit verdankt unsere Vereinigung vor allem ihrer ursprünglichen Struktur, die zahlreiche Gewerkschafts- und Vereinsorganisationen, die Gründungsmitglieder, vereint. Jede dieser Strukturen ist in einem bestimmten Sektor verwurzelt und verfügt über wertvolles Expertenwissen, das sie den anderen Bestandteilen der Vereinigung zur Verfügung stellt. Attac ist außerdem reich an lokalen Komitees, die im Leben vor Ort verankert sind, wo sie Initiativen ergreifen, und gestützt auf die Analysen und vorgeschlagenen Kampagnen der nationalen Struktur, Debatten und Aktionen organisieren, die der lokalen Situation angepasst sind.

Allerdings liegt der unersetzbare Charakter von Attac nicht nur in seiner ursprünglichen Struktur und seiner Fülle an kritischer Expertise: er kommt auch aus seiner politischen Fähigkeit, Schlüsselpunkte der neoliberalen Globalisierung, ihre Widersprüche und Sackgassen, zu erkennen. Indem der Schwerpunkt auf die Macht der Finanzwelt gelegt wurde, wie wir es von Anfang an gemacht haben, wurde einer der wesentlichen Gründe des Rückgangs der Demokratie in unseren Gesellschaften identifiziert, der wiederum erklärt, warum eine zahlenmäßig kleine Elite der gesamten Weltbevölkerung ihren Willen und ihr verantwortungsloses Handeln aufzwingen kann.

Diese Diagnose – die ständig aktualisiert werden muss, wie wir es oben vorgeschlagen haben – erlaubte es uns, eine umfassende Vision der Aufgaben der globalisierungskritischen Bewegung auszuarbeiten, eine Vision, die auf der Forderung nach Demokratie basiert ("sich gemeinsam die Zukunft unserer Erde zu Eigen zu machen"). Diese radikale Forderung nach Demokratie begründet unsere Ablehnung der neoliberalen Globalisierung und der sogenannten Gesetze der Wirtschaft, die

man heute am Liebsten in die Verfassung aufnehmen würde, sowie der Instrumentalisierung von Ängsten, die zu einer eigenständigen "Regierungsform" wird.

Attac spielt also in Frankreich und in anderen Ländern eine spezifische Rolle, die weder hegemonisch noch privilegiert ist, jedoch unersetzlich, denn Attac besitzt die Fähigkeit, auf organische und dauerhafte Weise, engagierte Menschen mit vielfältigen Hintergründen, die repräsentativ für alle Strömungen der globalisierungskritischen Bewegung sind, zum gemeinsamen Arbeiten, Nachdenken und Handeln anzuregen. Diese Reichhaltigkeit und Vielfalt muss auf jeden Fall bewahrt werden, wenn wir wollen, dass sich Attac zum Nutzen des Aufbaus der Bewegung weiterentwickelt.

3.2 Wie soll der Aufbau von Attac gestaltet werden?

Unsere Vereinigung gut zu organisieren ist selbstverständlich ein entscheidender Punkt. Der Aufbau von Attac wird jedoch nicht in erster Linie durch strukturelle Maßnahmen (Rekrutierungsmaßnahmen, Kampagnen der Selbstdarstellung...) erzwungen. Unsere Vereinigung baut sich auf, indem sie den Bürgern und den in sozialen Kämpfen engagierten Menschen den Beweis ihres Nutzens liefert, wie es das Beispiel unserer fruchtbaren Beteiligung an der Bewegung gegen Renten- und der Krankenversicherungsreformen gezeigt hat. Unser Nutzen besteht darin, gemeinsames Nachdenken über Analysen und Aktionsvorschläge anzuregen, welche auf unseren theoretischen Analysefähigkeiten und unseren Kenntnissen der Lage basieren.

Attac aufzubauen bedeutet, uns innerhalb der Entwicklung der sozialen und globalisierungskritischen Bewegung nützlich zu machen, Kritiken und Alternativen aufzuzeigen und Allianzen aufzubauen. Dies heißt für Attac, zusammen mit anderen gemeinsame Ideen und Aktionsvorschläge in die Öffentlichkeit zu bringen, welche es erleichtern, die sozialen Kräfte zu bündeln, die an der Mobilisierung und Aufstellung von Alternativen zu den "Reformen" oder der neoliberalen Unverantwortlichkeit interessiert sind.

Aufgrund unserer Eingliederung im internationalen Netzwerk von Attac, unserer Kenntnisse der globalisierungskritischen Bewegung und vor allem wegen unseres weitgefächerten Themenspektrums, haben wir auf internationaler und an erster Stelle europäischer Ebene eine besondere Verantwortung für die Ausarbeitung von kohärenten Kampagnen und Alternativen. Es geht darum, die internationalen Verpflichtungen von Attac zu bestätigen, auch gemeinsam mit unseren Partnern, Themen für internationale (vor allem europäische) Kampagnen zu finden (wie z.B. für einen Katalog von sozialen Forderungen oder rund um die Europäische "Verfassung"), und schließlich uns besser an der Koordination von Attac Europa und Attac weltweit zu beteiligen, ohne sie gegen den Rest der Bewegung zu stellen oder eine Vorreiterrolle zu fordern. Gleichzeit darf die nationale, regionale und lokale Ebene nicht vernachlässigt werden, da dort der demokratische Druck am Wirksamsten ist. Attac muss versuchen, Katalysator für den Zusammenschluss aller demokratischen sozialen Kräfte, die gegen den Neoliberalismus sind, zu sein, wie wir es bereits in den lokalen Sozialforen machen, aber auch indem wir die Versammlung eines französischen Sozialforums vorschlagen, das in großem Maße offen ist (natürlich auch für die Vertreter der ehemaligen Kolonien).

Für seinen Aufbau muss Attac auch fähig sein, seine Fachkundigkeit und die Kohärenz der Alternativen, die unsere Vereinigung der Gesellschaft zur Diskussion stellt, zu vertiefen.

3.3 Die Ausarbeitung strategischer Alternativen vertiefen

Im Laufe der Sozialkämpfe konnten die globalisierungskritische Bewegung und insbesondere Attac zahlreiche Alternativvorschläge zu neoliberalen Entscheidungen aufweisen. Trotzdem bringt es nichts zu leugnen: es gibt noch große Lücken in unserer Kapazität, für viele entscheidenden Bereiche Vorschläge zu formulieren, die den Erfordernissen der Zeit gerecht werden. Zu den wichtigsten Herausforderungen, denen wir in den kommenden Jahren in unseren strategischen Ausarbeitungen besondere Aufmerksamkeit schenken müssen, können gezählt werden:

* <u>die ökologische Herausforderung</u>: die Situation der zukünftigen Generationen, sowie die möglicherweise irreversiblen Schäden an den natürlichen Lebensbedingungen der Gemeinschaft, welche durch heutige Entscheidungen auf dem Spiel stehen, müssen in Betracht gezogen werden. Dies verpflichtet uns, die Forderung nach "Fortschritt", welche die republikanische, sozialdemokratische und kommunistische Tradition kennzeichnete, weitgehend umzuformulieren; die Kompatibilität der sozialen Forderungen mit dem Schutz Umwelt zu bedenken ; eine neue Art der Wirtschaftsentwicklung zu definieren, die weder kapitalistisch (also nicht dem Gesetz des Profits unterworfen), noch produktivitätsorientiert ist (die also den Imperativ des Wachstums der materiellen Produktivitätskräfte ablehnt).
* <u>die feministische Herausforderung</u>: der Kampf für die Gleichheit der Geschlechter hat bisher nur teilweise Fortschritte gebracht, und die Schaffung von neuen Beziehungen zwischen den Geschlechtern bleibt notwendig. In den republikanischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Gruppierungen, wurde der Feminismus häufig nur als "nebensächlicher" und/oder "spezifischer" Kampf verstanden, neben dem, was die "Hauptsache" darstellte. Das Streben nach Gleichheit der Geschlechter muss in die Gesamtheit unserer Ausarbeitungen von Kritiken und Alternativen einfließen.
* <u>die europäische und weltweite Herausforderung</u>: der weltweite Rahmen ist für den emanzipatorischen Kampf weitaus operativer geworden als zu Zeiten des Kosmopolitismus der Aufklärung und des proletarischen Internationalismus. Es bleibt zu überlegen, wie die Beziehungen zwischen den verschiedenen demokratischen Handlungsebenen aufgebaut werden könnten: lokal, regional, national und weltweit. Außerdem muss das europäische Projekt so umgestaltet werden, dass den Menschen, nicht den Finanzen den Vorrang anerkennt wird und eine neue Architektur für Steuem, Wechselkurse, internationale Handelsbeziehungen, etc. definiert werden (indem die Pole von uneingeschränktem Freihandel einerseits und autarkem Protektionismus andererseits überwunden werden)
* <u>die liberale Herausforderung</u>: wir kritisieren den wirtschaftlichen Liberalismus, aber die Bezeichnung "antiliberal" könnte glauben oder sagen lassen, dass wir einige Errungenschaften des politischen Liberalismus relativieren wollen, vor allem den Respekt der Grundrechte, die egalitäre Partizipation der Bürger in Angelegenheiten der Städte und Kommunen, die Pluralität und das Gleichgewicht der Mächte und Gegenmächte. Es handelt sich jedoch im Gegenteil darum, zu zeigen, dass der wirtschaftliche Liberalismus die Rechte und demokratische Partizipation grundlegend ablehnt, und die Grenzen des traditionellen politischen Liberalismus durch eine Radikalisierung der Demokratie zu überschreiten.
* <u>die demokratische Herausforderung</u>: der Kernpunkt ist

zunächst, die Teilnahme aller, und vor allem jener, die häufig ausgeschlossen sind (Frauen, Minderheiten, Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit Bedrohten...), an Debatten und sozialen Entscheidungen zu vergrößern; Wir müssen auch Vorschläge ausarbeiten zur Abschaffung der Arbeitslosigkeit, der Prekärität und des Zwangs, einen Kamp f ums Überleben zu führen, worin die Haupthindernisse für die Entfaltung einer authentischen Demokratie begründet liegen; Darüber hinaus sind Projekte zu definieren und Praktiken zur Radikalisierung der Demokratie zu entwickeln, sowohl politischer (partizipative Demokratie, Bürgerkonferenzen...) als auch wirtschaftlicher Natur (solidarische Wirtschaft, neue Arbeitnehmerrechte, Kontrolle der transnationalen Konzerne durch die Bürger, Aneignung der Wirtschaft durch die Gesellschaft, Eigentumsformen...).

3.4 Attac und die Politik

Die meisten Mitglieder der globalisierungskritischen Bewegung suchen nicht die direkte Übernahme der politischen Macht, sondern ordnen ihre Aktivitäten vorrangig in den Bereich der Gegenmacht ein und bauen hauptsächlich auf der Bürgermobilisierung und der Volksbildung, d.h. auf dem ideologischen Kampf gegen das Einheitsdenken des Neoliberalismus.

Um seiner Berufung zur Bildungsbewegung mit Aktionscharakter treu zu bleiben, darf Attac sich weder in eine politische Partei umwandeln, noch sich von der einen oder anderen, neuen oder alten politischen Gruppierung instrumentalisieren lassen, die sich seinen guten Ruf oder sein Netzwerk zu Nutzen machen will. Diesbezüglich hat uns die unglückselige Episode der Liste "100% altermondialiste" (100% globalisierungskritisch) bei den Europawahlen in Frankreich an Glaubwürdigkeit gekostet, sowohl durch die Vertrauenskrise innerhalb von Attac als auch durch die daraus hervorgegangene Verwirrung, verbunden mit unserer Positionierung gegenüber der politischen Macht.

Attac muss hingegen natürlich in die politischen Debatten eingreifen, einschließlich der Debatten während der Wahlkampagnen, um die Kandidaten und Regierungen zur Rede zu stellen, und Politiken vorschlagen, die mit dem Neoliberalismus brechen und mit den Zielen der Bewegung übereinstimmen. Eine der gegenwärtigen Aufgaben von attac ist, bei den Bürgern ein neues Vertrauen in das politische Handeln zu wecken. Dafür sind politische "Bruchstellen" herauszufinden. Im Bereich der Wirtschaft und des Sozialen wäre vor allem an folgende zu denken:

Reduzierung der Arbeitszeit, zunächst zur drastischen Senkung der Arbeitslosigkeit, später gemäß den Fortschritten der Produktivität
Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung, welche den Sturz in die Prekarität ausschließt;
für alle ein garantiertes Einkommen, das ein anständiges Leben erlaubt;
eine wirksame Garantie für die Gleichheit der Männer und Frauen im Arbeitsleben, Ausweitung der gemeinschaftlichen Strukturen zur Betreuung von jungen Kindem;
sofortige Aufhebung der liberalen "Reformen" der Sozialversicherungen und Finanzierung dieser durch eine bessere Verteilung des Reichtums;
verstärkt progressive Steuersätze zur Sicherstellung einer größeren Umverteilung der Einkommen;
soziale Aneignung öffentlicher Güter: Ressourcen und Wissen, das durch Patente außer Reichweite gebracht wurde;
soziale Aneignung der Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen: Energie, Transport, Kommunikation, Umorientierung der Energieprogramme: Schrittweiser Ausstieg aus der Atomenergie und Entwicklung erneuerbarer Energien mit einer starken Politik der Energieeinsparungen einhergehend;
drastische Neuorientierung der Verkehrspolitik, welche eine energiesparende Mobilität fördern
Besteuerung von umweltverschmutzender Produktion und umweltverschmutzendem Konsum
Unterstützung für Bauern, komplett unabhängig von der Größe des Betriebs und der Produktion, sondern gebunden an Qualität und Respekt des ökologischen Gleichgewichts;
Aufhebung des ungehemmten Freihandels; Freihandel nur so weit, wie das regionale Gleichgewicht aufrechterhalten wird.
Abschaffung der Unabhängigkeit der Zentralbank und deren Unterordnung unter soziale Ziele;
Kontrolle der Kapitalbewegungen, Besteuerung der Finanztransaktionen;
Abschaffung der Finanzparadiese;
Annullierung der Schulden der Dritten Welt ohne Entschädigung der Banken.

Darüber hinaus verpflichtet uns die Tragweite und die Neuheit der von der Bewegung und Attac unterstützten Bestrebungen die Verbindungen zwischen den sozialen Bewegungen und der Politik zu überdenken, zwischen der Entwicklung des Widerstands und der Übernahme von Macht. Die globalisierungskritische Bewegung trägt im Keim eine Politik der Pluralität, die ein Gleichgewicht zwischen einer Vielzahl von nichthierarchischen Institutionen voraussetzt: Gewerkschaften, Bürgerbewegungen, Vereinigungen, NGOs, Formen von Selbstorganisation - und Parteien. Gegenüber den früheren sozialdemokratischen oder leninistischen Modellen (die politische Richtung war den Parteien überlassen , sei es in der parlamentarischen Form oder als eine "revolutionäre Avantgarde"), aber auch gegenüber den anarcho-gewerkschaftlichen Modellen (welche versuchten, den Platz der Parteien in einer umgekehrten Hierarchie auszulöschen und eine totale Abschottung zwischen sozialer Bewegung und Parteien aufrecht zu halten), positioniert sich die globalisierungskritische Galaxie eher durch einen Ausgleich der Spannungen zwischen den vielfältigen Gruppierungen, der die Individualität erlaubt.

Die Frage muss weiterhin gestellt bleiben, wie die Bestrebungen von Attac und der Bewegung auf die institutionelle politische Ebene und in die öffentlichen Politiken übertragen werden können. Als Vereinigung, die tiefgreifende politische Forderungen stellt, können wir uns nicht mit dem Wechsel zwischen antisozialen Liberalismus und Sozialliberalismus zufrieden geben. Sind die gegenwärtigen linken Parteien fähig, ihre Identität und ihre Praktiken zu erneuern, sich von ihrer Geschichte und ihrer respektiven Fehler loszulösen, um wirklich die neuen demokratischen, ökologischen und sozialen Bestrebungen zum politischen Durchbruch zu verhelfen? Oder muss sich die globalisierungskritische Bewegung direkte Mittel zur Eingreifung in die Politik zu Eigen machen, wenn sie das Stadium des Protests und der Gegenmacht hinter sich lassen und ihre Projekte endlich von der Politik in die Tat umgesetzt sehen will? Und wenn schon, was für Mittel ? Eine notwendige Debatte, die erst jetzt gestartet wird. Das Wichtigste ist, dass alles transparent bleibt und mit Geduld passiert .Jeder übereilte Versuch würde zu Spaltungen führen und der gesamten Bewegung schaden.

http://france.attac.org/a3731

Paolo Gilardi

Fünf Jahre Attac: Eine Bewegung, die noch größer werden kann…

[Redebeitrag zum Thema "Welche Zukunft für ATTAC? ", gehalten am 10. September 2004 anlässlich einer im Rahmen der Sommeruniversität von Attac- Schweiz veranstalteten Gesprächsrunde]

Geburtstage sind eine Gelegenheit zum Feiern, sie bieten aber auch einen Anlass, über die Vergangenheit nachzudenken, und darüber, welche Hinweise sie für die Zukunft bieten könnten. Klares Denken erscheint in diesem Zusammenhang wichtig, wenn man nicht große Enttäuschungen erleben möchte.

Während der interministeriellen Konferenz der WTO in Seattle vor fünf Jahren machte sich die Kritikbewegung an der Handelsglobalisierung weltweit bemerkbar. Die soziale Kritik und die Bedeutung der kollektiven Aktion kamen damit wieder auf die Tagesordnung.

Eine junge Bewegung im Realitätstest

Kaum acht Jahre nach der Proklamation der neuen Weltordnung durch den damaligen Bush, nachdem acht Jahre lang die unweigerlich strahlende Zukunft des Liberalismus gefeiert wurde, zeigte Seattle vor allem, dass diese Zukunft für einen Großteil der Menschheit alles andere als strahlend war.

Seit Seattle hat eine Parole, nämlich “Eine andere Welt ist möglich” - später abgewandelt in “ein anderes Europa”, “eine andere Schweiz”, sogar “ein anderer Arc Lémanique” ist möglich - die Idee zur Geltung gebracht, dass eine andere Zukunft als die von der liberalen Logik vorgezeichnete möglich ist.

Jedoch haben, wie es oft geschieht, Stärke und Bedeutung von Seattle auch dessen hauptsächliche Schwäche gezeigt. Eine Schwäche, die darin bestand, an die Allmacht dieser Bewegung zu glauben, die fähig gewesen war, die Mächtigen dieser Welt zum Rückzug gezwungen und die Konferenz der WTO zum Scheitern zu bringen.

Die fünf Jahre, die auf Seattle gefolgt sind, haben in dieser Hinsicht daran erinnert, wie verwickelt gewisse Realitäten sind und wie brutal und gewalttätig die Natur des liberalen Paradieses ist. Bestimmt erinnert sich in diesem Zusammenhang jeder an den Mord an Carlo Giuliani in Genua im Jahre 2001. Aber die gewalttätigen Polizeiaktionen in Genua waren nur eine Etappe auf dem Weg zur Kriminalisierung der globalisierungskritischen Bewegung.

In Prag wie in Kopenhagen, in Barcelona wie in Nizza sind die eindrucksvollen Massenkundgebungen, die dort stattgefunden haben, massiv unterdrückt worden.
Eine weitere Stufe auf dem Weg zur Unterdrückung wurde wahrscheinlich im Juni 2003 in Genf überschritten: es gab nicht nur Angriffe der Polizei, sondern vor allem selbstherrliche Entscheidungen seitens der Justiz mit der Veröffentlichung von Photos "von gewaltbereiten G8 - Demonstranten" auf den Internet-Seiten der Polizei.

Die kürzliche Abschaltung einer Anzahl von Indymedia - Websites durch die amerikanische Justiz unter dem Vorwand, die Identität von Genfer Fahndern zu schützen, gehört zur gleichen Logik der Unterdrückung. Die verschiedenen Maßnahmen zur Beschneidung demokratischer Rechte in den Vereinigten Staaten und in Europa richten sich ebenfalls direkt gegen die globalisierungskritische Bewegung und unterstellen eine einheitliche Logik von Globalisierungskritik und Terrorismus.

Das Vorbild

Selbst wenn die repressiven Maßnahmen und die Logik der Kriminalisierung ihre Auswirkungen gehabt haben, hat aber die Bewegung unleugbar anlässlich des Kriegsausbruchs ihre Stärke und ihre Schwäche erlebt.
Sie hatte große Stärke gezeigt, denn ab dem Europäischen Sozialforum von Florenz ist es ihr gelungen, ihr eigenes Programm mit der Organisierung der großen Anti-Kriegs-Demonstration vom 15. Februar 2003 durchzusetzen. Am 17. Februar 2003 berichtete die New York Times auf der Titelseite über die Millionen Demonstranten von Samstag, den 15. - " A new Power in the Street (*Eine neue Macht auf den Straßen*)" lautete die Überschrift -Nichtsdestoweniger mussten wir am 22. März des gleichen Jahres wieder zu Millionen durch die Straßen ziehen, um gegen den Beginn dieses Krieges zu protestieren, den wir nicht verhindern konnten.

Seit dem ist die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten angesichts von Millionen von Demonstranten Vorbild für die Gesamtheit der Regierungen geworden, für die Regierungen der Kriegsachse sowie für die eher “pazifistisch” genannten Regierungen. Dieses Vorbild läst sich auf die Formel bringen: ihr könnt Millionen auf den Straßen sein, wir sind an der Macht und wir machen, was wir wollen. Sie wollen damit andeuten: wenn ihr es anders machen wollt, braucht ihr uns nur diese Macht zu nehmen…

Das Vorbild hat im Frühling 2003 in Frankreich funktioniert, als die CRS-Regierung (Chirac-Raffarin-Sarkosy) trotz gewaltiger Demonstrationen wegen der Renten und trotz der Lehrerbewegung seine Reform des Rentensystems und des Schulwesens durchgesetzt hat. Überdies - und dies war nicht nur eine Ironie der Agenda? - wurden diese Maßnahmen sowie die Reform des Statuts der “intermittents”(1) -genau zu dem Zeitpunkt verabschiedet (im Juli 2003), als mehr als hunderttausend Menschen aus der globalisierungskritischen Bewegung auf der Hochebene Larzac versammelt waren.

Auch Italien richtet sich nach diesem Vorbild, wo die Regierung Berlusconi-Fini prekäre Arbeitsverhältnisse erweitert, die Ausbeutungsbedingungen ausweitet, beispiellose soziale Gegen-Reformen wie die Schulreform durchsetzt und am Krieg teilnimmt, obwohl es in Italien wohl die stärkste Antikriegsbewegung in Europa gibt.

Voller Arroganz verzichtet diese Regierung im übrigen nicht darauf, die parlamentarische Opposition in doppelter Hinsicht zu provozieren: wegen ihrer Unfähigkeit, ihr die Macht streitig zu machen, das heißt den vorzeitigen Sturz der Regierung herbeizuführen, und wegen des Fehlens politischer Alternativen;

die Opposition hatte z.B. die Notwendigkeit anerkannt, das Rentensystem zu reformieren, allerdings …etwas softer.

Außerdem nährt der in Brasilien vollzogene Wechsel der Regierung der Partei der Arbeiter zum Liberalismus mit denselben Reformvorschlägen nur die Arroganz der bürgerlichen Regierungen und der Arbeitgeber, bestätigt lediglich die Idee Margaret Thatchers, die sie in den 80er Jahren in der Formel zusammenfasste: *There are not alternatives !.*

Und wenn dies in Italien möglich ist, verhält es sich anderswo natürlich genauso: in Österreich, wo der erste Generalstreik seit 1945 nicht die Reform des Rentensystems verhindert hat, in Deutschland oder auch in Großbritannien, wo die Regierung trotz Hunderttausender von Demonstranten in ihrem Feldzug gegen die Armen Kurs gehalten hat und verlässliche Verbündete der Vereinigten Staaten im Krieg gegen die Araber geblieben ist.

Grausame Wirklichkeit

Die fünf Jahre junge Bewegung sah sich somit schnell vor verschiedene Aspekte einer besonders grausamen Wirklichkeit gestellt. Sie muss sich daher eine Reihe von Fragen stellen und dabei die guten von den schlechten unterscheiden.

Ich glaube, **am grausamsten war es, dass die Bewegung nicht in der Lage war, den Krieg zu verhindern**. Grausam ist es in erster Linie für diejenigen, die ihn zu ertragen hatten: die irakische Bevölkerung und die jungen Soldaten. Aber grausam ist es auch, weil der Kriegsausbruch folgende einfache Frage stellt: wie kommt es, dass die britischen Hafenarbeiter und die italienischen Eisenbahner – von denen ein großer Teil sicherlich die Regenbogenfahne des Friedens aus ihren Fenstern gehängt hatten – nicht gestreikt haben, um den Transport der Truppen und des Kriegsmaterials zu blockieren?

Für die Mehrzahl dieser Millionen von neu in die Bewegung integrierter Menschen zeigt die Auslösung des Krieges die **Grenzen der globalisierungskritischen Bewegung**, die Grenzen der großen Zahl – und das ist in dieser Hinsicht eine grausame Feststellung. Man muss diese Grenzen begreifen, um das Problem aufzuwerfen, dass nämlich unbedingt Verbindung mit denen aufgenommen werden müssen, die die neoliberale Politik täglich am Arbeitsplatz, in der Schule, in unsicheren Arbeitsverhältnissen erfahren.

Somit ist gleichzeitig die **Frage nach dem Subjekt** der sozialen Veränderung gestellt - welches ist die soziale Kraft, die diese mögliche andere Welt aufbaut? - und die **Frage nach der Verbindung** zwischen dem täglichen Kampf für die Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse der Menschen und dem Kampf für diese mögliche andere Welt.

Vorsicht vor den kurzen Wegen

In diesem Sinn fürchte ich, dass die globalisierungskritische Bewegung und ATTAC versucht sind, einer doppelten Ersatzlogik zu folgen, eine so falsch wie die andere. Einfacher ausgedrückt, es steht zu befürchten, dass über die Entmutigung hinaus, die ein Teil der Kräfte ergriffen hat, die sich engagiert hatten und dies jetzt nicht mehr tun, wie es die Teilnahme an der Antikriegsdemonstration vom 20. März zeigt, ein Teil der Bewegung die kurzen Wege sucht.

Angesichts der Tatsache, dass die mögliche andere Welt schwieriger zu verwirklichen als zu beschwören ist, steht ein Teil, den man etwas unpassend als "realistisch" bezeichnen kann, in der Versuchung, den Weg durch die Institutionen zu wählen und an Wahlen teilzunehmen, Lobbying bei den politischen Kräften zu betreiben, wie es die NGOs machen, oder auch, wie in der Schweiz, Volksinitiativen zu starten.

Der andere kurze Weg besteht darin, die gesamte Welt nur auf die globalisierungskritische Bewegung mit ihren Sozialisierungsorten, Treffen und Ritualen zu beschränken, wo man über die Inhalte der möglichen anderen Welt, über zu errichtende Konzepte kultureller Hegemonie brüten könnte - als ob der Theoretiker des Konzeptes von der "kulturellen Hegemonie", der italienische Marxist Antonio Gramsci, dieses Konzept ein einziges Mal von seinem **Klasseninhalt** getrennt hätte. Auf diese Weise würde sich die Bewegung – so die Überlegung - in eine Art Bewusstsein umwandeln, das schließlich Mobilisierungen anregen könnte - obgleich die Fähigkeit zur Mobilisierung nie für immer erworben ist.

In dem einem wie im anderen Fall würde man nur die Hürde der **Bildung eines sozialen Klassensubjektes** umgehen, welches sowohl in den Abwehrkämpfen gegen die bürgerliche Politik diese mögliche andere Welt konkretisieren als auch die Notwendigkeit dieser möglichen anderen Welt glaubwürdig machen kann. In dem einem wie im anderen Fall hieße es, sich selbst zum Scheitern zu verurteilen.

Wünsche

Deshalb erlaube ich mir, anlässlich der fünf Jahre ATTAC einen Wunsch auszusprechen, nämlich dass die globalisierungskritische Bewegung weiter eine doppelte Rolle wahrnehme: einerseits weiterhin **Aktionen** gegen die bürgerliche Politik zu initiieren, wobei diese Mobilisierung auf diejenigen ausgerichtet sein müsste, die Leidtragende dieser Politik sind. Und andererseits weiterhin das **dissidente Denken** zu verbreiten, das kritische Denken, ohne das keine andere Welt möglich ist - eine Aufgabe, die bis heute schon im großen Maße durch die Veröffentlichungen und die Konferenzen wahrgenommen wird.

Als junge Bewegung kann ATTAC auf diese Art bei einer kollektiven Aneignung der Lehren der Vergangenheit und der gegenwärtigen Kämpfe helfen. Sie kann und muss dafür sorgen, dass AktivistInnen unterschiedlichen Alters und mit unterschiedlichen Erfahrungen eine gemeinsame Herangehensweise an die Probleme des Wandels finden. Das ist gleichzeitig bescheiden und kostbar.

Übersetzung: Jürgen JANZ, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen coorditrad@attac.org

Denise Mendez
ATTAC-Verbände in Amerika
Ergebnisse ihres Treffens auf dem Weltsozialforum

Vor dem ATTAC Weltforum anlässlich des V. Weltsozialforums fand das Forum der ATTAC-Verbände in Amerika statt. Das Forum war sehr fruchtbar, weil die Leute aus Quebec erlaubten, dass spanisch die einzige Konferenz-Sprache sein sollte.

Während der mehr als vierstündigen Konferenz tauschten ca. 50 ATTAC Vertreter aus Kanada (Québec und Montreal), Venezuela, Kolombien, Ecuador, Brasilien (Porto Alegre und Sao Paulo), Bolivien (Santa Cruz), Chile, Argentinien (Buenos Aires und Rosario) und Uruguay ihre Erfahrungen aus und entwickelten gemeinsame Ziele und Regeln für die Zukunft. All die Informationen zeigten einen bemerkenswerten Reichtum an Initiativen, im Allgemeinen als Antwort auf lokale Probleme. Sie manifestierten ganz klar die großen Fortschritte in der Umsetzung des Weltsozialforums 2003 seit unserer letzten Konferenz in Porto Alegre

Man kann diesen ATTAC Gruppen nur gratulieren zu ihrer Ausdauer. Ihr Hauptverdienst ist es, dass sie trotz geringer Finanzmittel überleben neben einer großen Zahl von sozialen und politischen Organisationen mit ähnlichen Zielen, die sie vielleicht überflüssig erscheinen ließen.

Die Präsentation der Aktivitäten der einzelnen ATTAC Gruppen aus Nord- und Südamerika

Die Kanadier von **ATTAC Quebec** solidarisieren und verbrüdern sich besonders mit den Lateinamerikanern. Sie haben von den Initiativen berichtet, die besonders Lateinamerika betreffen wie ALCA (Freihandelszone für ganz Amerika) und wie sie ihre Erfahrungen mit der Einführung des NAFTA (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen) einbringen konnten. Sie konnten zwar nicht an den Konferenzen der Hemisphäre gegen ALCA teilnehmen, die jährlich in Havanna (Cuba) stattfinden. Die nächste dieser Konferenzen findet im kommenden April statt. Sie kämpfen gegen die WTO (Welthandelsorganisation) und konzentrierten sich auf die Opposition gegen GATS (General Agreement on Trade in Services, Abkommen für die weltweite Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte) wobei sie ihren größten Erfolg errangen, denn die Stadt Quebec war zum ”freien Territorium für das GATS” bestimmt worden. Zugleich entwickelten sie zahlreiche Initiativen zur Volksbildung, da sie einen weit verbreiteten politischen Analphabetismus beobachteten. Sie gaben kleine Handbücher heraus, in denen die grundlegenden Themen des Kampfes gegen den Neo-Liberalismus und die wesentlichen Forderungen von ATTAC erklärt werden.

Die Vertreter von **ATTAC Venezuela** betonten ihre besondere Situation: Die Ziele des Staates Venezuela stimmen weitgehend mit den Zielen von ATTAC überein, so in der Ablehnung von Steueroasen, in der Forderung nach Besteuerung spekulativer Finanztransaktionen, in der Kritik am IWF, in der Ablehnung der Abkommen über den Nord-Südhandel, und in der Ablehnung der Welthandelsorganisation (WTO) usw. In diesem Rahmen unterstützt ATTAC Venezuela die bolivarianischen Organisationen und ist sich einig mit den internationalen Aktionen von ATTAC und teilt mit ihnen die Erfahrungen in der Ablehnung internationaler Finanzspekulationen. Für die Venezolaner ist das ein sehr wichtiges Thema, denn der Staat ist seit der bolivarianischen Revolution schutzlos den wiederholten Attacken der internationalen Finanzorganisationen ausgeliefert. Zu diesem Zweck geht ATTAC Venezuela daran, das Werk von Bruno Jetin über die Tobin-Steuer auf spanisch herauszugeben.

ATTAC Uruguay berichtete auch von seinen besonderen Erfahrungen mit der politischen Linkswende, die seit den letzten Wahlen ein sehr anregendes Klima für ATTAC schuf, ganz besonders in bezug auf die Auslandsschulden und die Finanzspekulationen. In diesem Zusammenhang haben sie auch erwähnt, dass es in Zusammenarbeit mit Banken-Konsortien gelungen ist im Parlament eine Debatte über die Tobin-Steuer und den Schuldennachlass loszutreten. ATTAC Uruguay nahm auch an der Schaffung einer “Schulden-Überwachungs-Plattform” teil. Diese soll die Bedeutung der “Sozialen Schulden” und ihrem Verhältnis zu den bestehenden Schulden und der Entwicklung hervorheben.

Schließlich informierte die Vertreterin von ATTAC über die Erfahrungen, die gemeinsam mit EMAUS Uruguay gemacht wurden. Diese Institution stellte ATTAC ihre Infrastruktur zur Verfügung. Sie bot einen ständigen Raum für Versammlungen und die Gelegenheit zur Zusammenarbeit mit dem Netz aus Organisationen das sie schon geknüpft hatte. Das Ziel war der Beginn gemeinsamer Aktionen besonders zur Verteidigung der Wasserversorgung und anderer öffentlicher Dienste.

ATTAC Argentinien hat durch seine Vertreterin von der Gruppe ATTAC Buenos Aires ihre Teilnahme an Initiativen gegen ALCA und für die Streichung der Schulden durch die Organisierung einer Volksbefragung und mit großen Straßendemonstrationen, die gemeinsam mit Organisationen ähnlichen Charakters organisiert wurden. Sie sind inzwischen so weit, dass sie ihre Teilnahme an der ”Volks-Gipfel-Konferenz” vorbereiten, die nächsten November in Mar del Plata stattfinden wird. .

ATTAC Rosario berichtet von interessanten, originellen und kreativen Erfahrungen. In den großen Themen des Kampfes haben sie sich aktiv in zahlreichen Organisationen eingebunden, die während der großen politischen Krise des Landes entstanden sind. Sie nahmen an Versammlungen aller Arbeitnehmer aus Industrie, Presse und anderer Branchen teil. Bei den genannten Versammlungen ergab sich die Gelegenheit zu erklären, wie sich die Entscheidungen der großen internationalen Finanzinstitutionen auf lokaler Ebene auswirken. Dabei konnten auch die Vorschläge von ATTAC vorgestellt werden. Das hat auch ermöglicht, dass die lokalen Organisationen das Bewusstsein erlangten, dass ihre Aktionen Anteil am internationalen Kampf gegen den Neo-Liberalismus haben können. ATTAC übernahm dabei die Rolle, zwischen der lokalen und der globalen Ebene eine Brücke zu spannen. ATTAC Rosario hat auch am ”Tag des 27. Dezember” teilgenommen, der im ganzen Land als Gedenktag an die während der Militärdiktatur verübten Verbrechen abgehalten wurden.

ATTAC Brasilien war durch Mitglieder von ATTAC Sao Paulo und ATTAC Porto Alegre vertreten, die in unterschiedlichen Bereichen aktiv sind. ATTAC Sao Paulo ist Mitglied im

brasilianischen Netz der "Alianza Social Continental", das sich vor allem im Kampf gegen die Freihandelszone "ALCA" und gegen die Privatisierung von Dienstleistungen, speziell der Wasserbetriebe. Außerdem ist der Verband außerordentlich aktiv in der Kampagne für die Kontrolle von Finanzspekulationen und für die Einrichtung eines globalen Steuersystems. Zu diesem Thema wurden schon drei wichtige Seminare mithilfe der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert.

ATTAC Porto Alegre sieht seine Anbindung eher bei der sozialen Bewegung von Rio Grande do Sul und sie haben sich beispielsweise an den Unterstützungsaktionen für die Arbeiter von PARMALAT beteiligt, die Opfer des umstrittenen und betrügerischen Bankrott geworden sind. Die Verantwortliche von ATTAC Porto Alegre hat darauf hingewiesen, dass sie grundlegend zur Organisation der Foren in ihrer Heimatstadt beigetragen haben. Während des ersten Weltsozialforums ging von ihnen die Initiative aus, ein soziales Netz zur Bewahrung der Erinnerungen an die Foren einzurichten und eine Informationsdatenbank zu schaffen, die die internationale Kommunikation von ATTAC verbessern soll. Andere Themen, die sie speziell beschäftigen, sind Volksbildung (im Sinne von ATTAC Québec), wobei die Bewahrung der Erinnerung an die Foren einen unverzichtbaren Bestandteil bildet. ATTAC Porto Alegre unterstützt die Venezolanische Bolivarische Revolution; zu diesem Zweck fanden mehrere Solidaritätstreffen statt. Die Delegierte von ATTAC Porto Alegre schlug vor, die Arbeit über Militarisierung und Imperialismus, die Jacques Dumesnil koordiniert, auch ins Spanische zu übersetzen.

Die Vertreter von **ATTAC Kolumbien** legen ihr Hauptaugenmerk auf die engen Beziehungen zwischen Spekulationskapital und Drogen- und Waffenhandel. Sie schlagen vor, ein Treffen von Vertretern aus Lateinamerika und aus den Ländern des Nordens zu veranstalten, das am Beispiel des unmittelbar betroffenen Landes Kolumbien die Missverständnisse diskutiert, die aus dem ambivalenten Terrorismuskonzept resultieren. ATTAC Kolumbien, das sich mitten in einem Bürgerkrieg entwickelt, widmet sich vor allem der Verteidigung grundlegender Werte: dem Schutz öffentlicher Güter, vor allem des Landbesitzes und der bäuerlichen Landwirtschaft und unterhält enge Beziehungen zu den Indigena-Bewegungen.

Bolivien war nur durch ATTAC Santa Cruz vertreten. Der Delegierte gab einen detaillierten Bericht über die Probleme beim Schutz des Regenwaldes: 48% des bolivianischen Territoriums sind mit tropischem Regenwald bedeckt, der eine enorme Artenvielfalt aufweist. Seit zehn Jahren verschwinden jährlich 200.000 ha Waldgebiet. An seiner Stelle entstehen Anbaugebiete für genmanipuliertes Soja. Angesichts dieser Tatsache hat sich ATTAC Santa Cruz mit den Guaraya-Indios zusammengeschlossen mit dem Ziel, Aktionen in Gang zu bringen, die dem Artenschutz dienen, Waldhüter zu engagieren, Zentren für Öko-Tourismus zu schaffen und Zentren für Wissenschaftler, um der Offensive der Sojabauern etwas entgegenzusetzen, die von den großen Konzernen wie Monsanto oder Cargill beeinflusst werden.

Die Vertreter von **ATTAC Chile** sind per Bus zwei Tage über die Anden angereist. Sie erwähnen als besonderes Ereignis das chilenische Sozialforum, das im vergangenen November, zeitgleich mit dem APEC und kurz vor dem Bush-Besuch in Chile, stattgefunden hat, und den sie aktiv mitorganisiert haben. Aufgrund der Tatsache, dass Chile derzeit das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens mit den USA und den europäischen Ländern und damit die Folgen des Freihandels Nord-Süd erlebt, kann die chilenische Gruppe mit starken Argumenten gegen die Freihandelszone " ALCA" auftreten.

ATTAC Ekuador erwähnt seine Teilnahme am Foro social de las Américas im Juli 2004 in Quito, zu dem ATTAC Frankreich eingeladen war und dessen Ziel, die Ergebnisse des Neoliberalismus in Europa und Lateinamerika zu vergleichen. ATTAC Ekuador hat eine verdienstvolle Arbeit geleistet, indem sie sich in einem Land etabliert haben, in dem es seit fünfzehn Jahren eine hochentwickelte soziale Bewegung gibt. Der Vertreter stimmte mit der Einschätzung von ATTAC Rosario in der Darstellung überein, dass die anderen Organisationen, die gegen den Neoliberalismus kämpfen, den Nutzen und die Legitimität von ATTAC anerkannt haben. Er berichtet, dass in den letzten Monaten eine neue ATTAC-Gruppe in Guayaquil (dem großen Pazifikhafen) und eine in Cuenca (eine historische Stadt im ekuadorianischen Hochland) gegründet wurde. An beiden Beispielen wurde deutlich, wie wichtig es ist, die lokalen mit den globalen Widerstandsbewegungen (ATTAC) zu verknüpfen.

Alle diese Beispiele aus Lateinamerika zeigen, dass in den Ländern, in denen es eine große soziale Mobilisierung gibt, ATTAC eine wichtige Rolle zukommt: die Rolle des internationalen Mittlers, die Ermöglichung des Zugangs zu globalen Analysen und Entscheidungen des Kollektivs der Widerstandsbewegungen gegen den Neoliberalismus.

Die Versammlung der ATTAC-Organisationen der beiden Amerika hat folgende Resolutionen formuliert:

Wir unterstützen auf Vorschlag der venezolanischen Delegierten die Verurteilung der Entführung des Kolumbianers Rodrigo Granda in Caracas, an dem Spezialkräfte aus Kolumbien und den USA beteiligt waren; sie verstößt gegen das Völkerrecht und belastet das Klima zwischen Kolumbien und Venezuela. Dieses Vorkommnis, dem eine Entführung in Quito des Kolumbianers Simon Trinidad und seine Verschleppung in die USA vor drei Monaten vorausging, ist ein erneutes Signal für eine neue Methode der Unterdrückung von Widerständlern gegen den Neoliberalismus. Es scheint sogar eine Neuauflage der "Operation Condor" zu sein, die in den siebziger Jahren die physische Eliminierung von Kapitalismusgegnern organisierte.

Die Versammlung verabschiedet weitere Resolutionen, die im Anschluss der Internationalen Versammlung von ATTAC am 29. Januar vorgelegt werden:

Die ATTAC-Organisationen beider Amerika sind der Auffassung, dass sie eine wichtige Rolle als Sprachrohr und als Förderer der verschiedenen Formen des Kampfes gegen das neoliberale Programm erfüllen und verpflichten sich, ihre Tätigkeit fortzusetzen. Folgende Bereiche sind dabei von besonderer Bedeutung:

* Unterstützung von Initiativen zur Kontrolle von Finanzspekulationen, die über die Tobin-Steuer hinausgehen
* Kampf für die Bewahrung öffentlicher Güter (Wasser, Wald, Land und strategische Bodenschätze)
* Verbesserung der Kommunikation zwischen den ATTAC-Organisationen beider Amerika und den anderen ATTAC-Organisationen weltweit
*Kampf gegen die Militarisierung Lateinamerikas angesichts der imperialistischen Bedrohung durch die USA.

El Grano de Arena, Nº 277 – 31 JANUAR 2005

Übersetzung: Herbert Kaser, Sabine Zimmermann, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen coorditrad@attac.org

Die Zukunft der Bewegung, Probleme und Strategien.
Seminar auf dem Europäischen Sozialforum, London 15.-17. Oktober 2004

An diesem Seminar, das am Morgen des 15. stattfand, haben neben der Unterzeichnenden teilgenommen: Pierra Khalfa, von Attac Frankreich, Christine Bucholz, von der Initiative für ein Sozialforum in Deutschland, Chris Nineham, von der Koalition Stop the War Großbritannien. Koordiniert wurde es von Alessandro Pellizzari, Schweiz.

Pierre Khalfa hat die Möglichkeit der Bewegungen unterstrichen, die neoliberale Ideologie in Schwierigkeiten zu bringen, mittels der Verweigerung der bestehenden Welt "Eine andere Welt ist möglich". Heute jedoch lautet die große Frage, wie verändern sich die Machtverhältnisse: Wie siegt man über den Neoliberalismus? Wir stehen der europäischen Verfassung sehr kritisch gegenüber, besonders in allen Fragen der sozialen Rechte und einer Politik, die auf Markt und Profit basiert. Wir stehen am Scheideweg: Wir müssen über die erreichte Kritik der dominierenden Ideologien weitergehen zur sozialen Kritik und zur Mobilisierung. Die Versammlung der sozialen Bewegungen am Ende des Forums wird dies tun müssen.

Chris Nineham sieht in der Bewegung die Fähigkeit den Gewerkschaften einen positiven Schub eingeprägt zu haben: Sie baut dort neue Führungsqualitäten auf, ist an den Arbeitsplätzen verwurzelt, kritisiert die Bürokratie. Man muß einen Sieg erringen. Vorrang hat die Opposition gegen den Krieg, auch wenn Bush verliert, Kerry wird nicht viel anders sein. Wir müssen darüber sprechen, wie wir einen weiteren 15. Februar erreichen können, eine große Beteiligung an einer Demonstration gegen den Krieg.

Christine Bucholz hat über den immer engeren Zusammenhang zwischen sozialer Unzufriedenheit und dem Aufkommen der Rechten gesprochen aber gleichzeitig die neuen starken Kämpfe beleuchtet, an den Arbeitsplätzen gegen die Sozialpolitik Schröders und die "Montagsdemonstrationen", die nicht direkt durch die Gewerkschaften organisiert sind, auch wenn sich ein Teil beteiligt, . Sie hat das Problem der neuen politischen Vertretung, die sich in Deutschland dank dieser Kämpfe links der Sozialdemokratie formiert, vorgestellt und abschließend betont das diese neuen Formationen die Frucht der Neuheit der sozialen Bewegungen sind, aber auch sehr wichtig für ihre Zukunft.

Allessandra Mecozzi

1. Um über unsere Zukunft zu sprechen ist es gut daran zu erinnern wo wir entstanden sind, woher wir kommen: Die Bewegung gegen den Neoliberalismus hat sich das erste Mal in sichtbarer Form in Seattle in den USA ausgedrückt, im Protest gegen die Welthandelsorganisation, sie ist gegründet auf dem starken Ruf nach sozialer Gerechtigkeit, nach Demokratie, gegen die von den reichsten und mächtigsten Ländern getroffenen Entscheidungen, die den Süden strangulieren. 2001 in Genua hat eine neue Generation von jungen Menschen deutlich erklärt sich politisch engagieren zu wollen, für eine andere Politik, gegen den G8 Gipfel. Dann hat sich die Bewegung ausgedehnt und hat die Opposition gegen den Krieg ins Zentrum gerückt, ab dem europäischen Sozialforum in Florenz mit einer riesigen Abschlussdemonstration, dem der 15. Februar 2002 in der ganzen Welt folgte, der sich gegen den Präventivkrieg gegen den Irak wandte. Unsere Fundamente sind also der Kampf für soziale Gerechtigkeit und für den Frieden: Es gibt nicht das Eine ohne das Andere.

2. Aus diesem Antrieb ist das erste Weltsozialforum in Porto Alegre entstanden, im Januar 2001, ein großer öffentlicher Raum der Begegnung und Auseinandersetzung, um Alternativen zu entwickeln und nicht nur um die eigene Ablehnung der Ungerechtigkeit auszudrücken. So sind die Foren und die Politik der Bewegungen aufs Engste verbunden und dieser Zusammenhang muss tief verankert bleiben für unsere Gegenwart und unsere Zukunft. Genau dies gibt uns die Möglichkeit uns auszudrücken und immer grösser zu werden mit immer mehr Frauen und Männern, Vereinigungen und Organisationen.

3. Die Kritik an der neoliberalen Globalisierung kann heute nicht mehr getrennt werden von der Ablehnung des Krieges in allen seinen Erscheinungen, jener der verdeckten Kriege und jener der präventiven und permanenten Kriege. Diese Ablehnung verstärkte sich anlässlich der Invasion des Irak durch die USA und Großbritannien - mit dem Einverständnis und der Beteiligung auch unseres Landes (Italien), Diese Invasion ist weit davon entfernt Demokratie zu bringen, und versenkt die Welt in eine immer größere Unsicherheit und Angst. Zwei entgegengesetzte Fundamentalismen, jener der USA und jener sogenannte "Islamisten", versuchen mit den Instrumenten des Terrors einen nicht vorhandenen Gegensatz der Zivilisationen zu bestätigen. Deshalb wird unsere Gegnerschaft zum Krieg, als Basis eines wirklichen Friedens, immer mehr auch auf dem Prinzip des Austauschs der Kulturen, der Zivilisationen fussen. Im Irak und in Palästina, wie in Europa und den anderen Kontinenten. Am 30. Oktober werden wir dafür wieder auf der Strasse sein.

4. Dies sind die Gründe für unsere starke Kritik an einem Europa, wie es in dem Verfassungsvertrag, der demnächst unterzeichnet werden soll, definiert wird ist und der keine Verfassung ist, die nämlich das Ergebnis eines demokratischen und öffentlichen Prozesses sein sollte. Wir kritisieren an ihr ganz entschieden den militaristischen Charakter und das Fehlen einer klaren Option für den Frieden. Wir kritisieren die Annahme des Marktes und der neoliberalen Politik als fundamentale Stütze, im Gegensatz zu einer Strategie der Beschäftigung und der sozialen Rechte und der Aufnahme der Migranten. Dies ist nicht das Europa, dass die Welt braucht. Die Zukunft der Bewegung kann nur darin bestehen diese kritische Analyse weiterzuentwickeln, mit entsprechenden Aktionen.

5. Welches Verhältnis zur Politik? Auf dem europäischen Forum von Florenz haben wir drei Pfeiler entwickelt auf denen unsere Bewegungen basieren: **Radikalität** gegenüber den Angriffen auf die Wurzeln der zivilen Rechte und des gesellschaftlichen Zusammenlebens. **Einigkeit** der verschiedenen Bewegungen im Respekt der teils auch starken Differenzen, denn nur diese Einigkeit macht die Bewegungen interessant und anziehend für viele Einzelne und viele Vereinigungen, die eine andere Politik wollen. **Unabhängigkeit** von der Parteipolitik als entschiedenes Kriterium unseres Denkens und Handelns. Die Bewegungen repräsentieren sich selbst, müssen bessere Formen der Zusammenarbeit finden, - auch in der Lage sein Grenzen der Zusammenarbeit zu

überwinden und etwas von sich selbst zu verändern. Wir müssen fähig sein, mit Politikern zu sprechen und Formen der Auseinandersetzung zu finden, aber nie daran denken Partei zu werden. Das sind keine sich widersprechende Wege sondern verschiedene Naturen und man kann auch auf dem gleichen Weg marschieren; aber ohne jemals die eigenen Entschlüsse zu delegieren.

6. Die sozialen Bewegungen sind Nomaden: Die Foren konstituieren den Raum um etwas gemeinsam zu gestalten und in jedem der Länder, in denen sie stattfinden, hinterlassen sie ein Zeichen, eine Wurzel. Daher sage ich, dass sich die Bewegungen durch ihre Fähigkeit zum Nomadentum und zur Verwurzelung charakterisieren. Daran muss man noch arbeiten, es gibt Stoffe und Themen die zwar Teile der Bewegungen sind, bei den grossen Treffen, jedoch fehlen die abschließenden Aufrufe. Eines ist das Thema der Arbeit, der damit zusammenhängenden Rechte und ihrer Würde. Chris Nineham hob das Problem hervor, dass es notwendig ist Erfolge für die Bewegungen zu erreichen, er hat sogar einige Siege genannt. Ich gebe ein italienisches Beispiel: Jenes des Kampfes der 8000 Fiatarbeiter in einem Werk im Süden, in Melfi, der sich vor wenigen Monaten abspielte. Diese jungen Leute haben spontan entschieden die komplette Fabrik zu blockieren, wegen der unerträglichen Ungerechtigkeit, die sie erduldeten, wegen ihrer scharfen Kontrolle durch die Vorgesetzten, wegen dem Gehaltsunterschied im Vergleich zu ihren Arbeitskollegen im Norden. Sie haben tagelang durchgehalten, die Fiom (Metaller der CGIL-Gewerkschaft) hat mit ihnen den Kampf geteilt, Tag und Nacht. Sie bekamen die Solidarität und Anerkennung von anderen Bewegungen in dieser Region, die Monate zuvor Schauplatz einer ganz anderen Schlacht war, die aber ein umweltpolitisches Zeichen hinterlassen hatte. Am Ende gab es einen Erfolg, eine Vereinbarung entsprechend den Forderungen. Das ist ein Beispiel um zu zeigen, dass wenn die Bewegungen Siege wollen, oder wenigstens Resultate, es notwendig ist an eine Form der Selbstorganisation zu denken, nicht nach politischen Interessenvertretungen suchen und auch um zu zeigen, dass die Dinge verändert werden können, mit Selbständigkeit, Einigkeit und Radikalität.

7. Um abzuschließen, die Zukunft der Bewegung liegt in unseren Köpfen und in unseren Händen. (...)Es tut auch Not, daß die Versammlung der sozialen Bewegungen die Fähigkeit hat zu diskutieren und gemeinsam Analysen und Vorschläge zu finden. Ich denke wir haben die Intelligenz und die Kraft, um gemeinsam Alternativen aufzubauen.

ÜbersetzerInnen: Wolfgang VOGEL et Christofero WIESE, coorditrad@attac.org

Helmut Horst: Attac Italien - klein, aber aktiv!

Die jährliche Generalversammlung von attac Italien fand am 26./27. Februar in Turin statt
Nun ist freilich attac Italien im Vergleich zur Deutschen Schwester (oder Bruder?) nicht sehr groß; die nationale Organisation wie auch die lokalen und regionalen Gruppen sollen aber recht aktiv sein.
Attac Italien versteht sich als Scharnier zwischen anderen Organisationen, die für gleiche oder ähnliche Ziele kämpfen.

Im Zentrum stand am 1. Tag eine **Podiumsdiskussion** mit vier attac Vertretern unter der Moderation von Paolo Prieri, dem Hauptorganisator der Assamblea.
Teilnehmer waren: Marco Bersani aus Italien, Jean-Pierre Beauvais aus Frankreich, Alessandro Vinciarelli aus der Schweiz und Helmut Horst aus Deutschland.

Man war sich einig, dass nur durch eine verbesserte Kooperation auf europäischer Ebene erfolgreich Widerstand z.B. gegen die Bolkestein-Richtlinie, gegen die Wasserprivatisierung oder die in allen Ländern zunehmende Massenerwerbslosigkeit geleistet werden kann.

Um in der europäischen Öffentlichkeit mehr Anklang zu finden und attac europaweit zu stärken, müssten vermehrt positive Vorschläge eingebracht werden, wie eine andere Welt zu erreichen sei. Dazu schlug Bersani konkret vor, dass sich etwa je 10 VertreterInnen von attac in ein einsames Haus zurückziehen sollten, um solche Vorschläge auszuarbeiten und der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Ein weiterer konsensualer Vorschlag: Die nationalen attacs versenden wichtige Dokumente aus ihrem politischen Engagement an die anderen attacs. So berichteten die Italiener, dass sie die ausgezeichnete Stellungnahme von Thomas Fritz zur Bolkestein-RL übersetzt und für ihre Kampagne massenhaft verteilt hätten!

Auch die europäische Verfassung wurde angesprochen. Man war sich in der Ablehnung einig; es wurde vereinbart, die Bemühungen der französischen attacis, beim Referendum ein “non” zu erreichen, nach Möglichkeit zu unterstützen. (Meine Ausführungen in dieser Diskussion sind in deutscher Übersetzung angehängt.)

Im Zentrum der weiteren Diskussionen standen die Themen **Bolkestein und geplante Rentenreform**. Mit großer mediterraner Beredsamkeit – alle sprachen völlig frei! - wurden von allen diese beiden “Projekte” kritisiert und abgelehnt. Zu beiden wurden gemeinsam mit Verbündeten, z.B. Gewerkschaften, Kampagnen gestartet, die sich offenbar beträchtlicher Resonanz erfreuen.

Es wurde ein bereits vorher vom Vorstand verfasstes **Grundsatzpapier “Politisches und programmatisches Dokument”** vorgelegt und ohne größere Diskussion akzeptiert.
Wenigstens die Überschriften will ich an dieser Stelle anführen:
1. Tragödie des Tsunami: ein Spiegel der neoliberalistischen Welt
2. Tiefe der Krise des Neoliberalismus
3. Europa – quo vadis?
4. Die Gründe und Verantwortlichkeiten der Bewegung
5. Der italienische Untergang und die Bewegung der Bewegungen
6. der internationale Raum von attac
7. attac Italien hier und jetzt

8. 2005: die Kampagnen von attac
- Pensionsfonds
- Für die Tobin-Steuer
- Gegen die Wasserprivatisierung mit Schwerpunkt Toskana, wo die Privatisierung bereits durchgeführt wurde
- Gegen die Bolkestein-Direktive und gegen Gats

9. 2005: die Projekte von attac
Es gibt zwei ständige(Sommer-)Universitäten bei Rom (Rocca di Papa) und in Ferrara, die vor allem der Selbstbildung der Anhänger dienen und auf andere Regionen ausstrahlen sollen!
Öffentliche Dienstleistungen und demokratische Teilhabe; das zusammen mit dem Netzwerk Neue Gemeinde, der Gewerkschaft Cgil und der Organisation Arci auf den Weg gebrachte Forschungsprojekt betrifft die Regionen Lombardei, Emilia Romagna, Latium und Sizilien.

Alexandra Strickner und Franziskus Forster

Seattle-2-Brussels
Treffen zur Europäischen Handelspolitik
Budapest, 14.-16.2.2005

Überblick – Einschätzung der aktuellen Lage

Durch die EU-Erweiterung hat sich vieles in Europa verändert. EU Politik zu beeinflussen oder zu verändern ist mit 25 Mitgliedsstaaten weitaus schwieriger. Auch die Macht von Frankreich, Deutschland und Großbritannien hat sich angesichts der Erweiterung verändert. Durch diese Machtverschiebung nehmen auch das Gewicht und der Einfluss der Konzerne auf die EU Politik zu. Hauptziel der EU ist weiterhin die Erreichung der Lissabonziele – die EU zum dynamischten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaft zu machen. Diese Ziele sollen durch die weitere Liberalisierung der Wirtschaft innerhalb der EU und ausserhalb der EU erreicht werden.
Der Eindruck der TeilnehmerInnen des Treffens ist, dass aufgrund der Krise der europäischen Wirtschaft, die Position der EU in den Doha Verhandlungen bzw. in der Handelspolitik allgemein (bilaterale und regionale Handelsabkommen) in den letzten Monaten aggressiver und offensiver geworden ist (siehe offensiver Druck auf Entwicklungsländer, Angebote im GATS zu legen). Zugleich versucht die EU, diese aggressive und offensive Strategie unter dem Deckmantel einer verfälschenden, manipulativen Entwicklungsrhetorik, die das Image der EU als "gute Supermacht" mehr verstärken soll, zu verstecken. Die EU verfolgt über weite Strecken eine divide et impera-Strategie und arbeitet auf verschiedenen Ebenen für die Verwirklichung der Lissabon-Ziele. Die WTO ist eine Ebene, andere Ebenen sind die regionalen und bilateralen Abkommen.
Der Ausbau der Macht der EU Kommission in Handelsfragen schlägt sich auch in der EU Verfassung nieder. Der derzeitige Text sieht vor, internationale Handelsbeschränkungen und Hindernisse für Auslandsdirektinvestitionen zu verbieten.
Im Juli 2004 hat das in Genf verhandelte Abkommen die WTO wieder auf Schiene gebracht. Allgemein wird die Einschätzung geteilt, dass die großen Handelsmächte versuchen werden, den Entscheidungsprozess stärker nach Genf zu verlagern und das nächste Ministertreffen in Hong Kong eher zu einem Treffen einer Zwischenbilanz zu machen. Damit soll ein neuerliches Scheitern einer Ministerkonferenz verhindert werden.

Dienstleistungen (DL)

Die DL sind ein sehr wichtiger Bereich in der EU-Handelspolitik. Im Februar gab es einen dreiwöchigen Verhandlungscluster in Genf. Marktzugangsgespräche finden dabei immer bilateral statt. Es wurde enormer Druck auf Entwicklungsländer ausgeübt, um bis zur Deadline Mai 2005, überarbeitete oder Erstangebote zu legen. Die Interessen der EU liegen vor allem in den Bereichen der TransportDL, UmweltDL (inklusive WasserDL), FinanzDL, BusinessDL und TelekommunikationsDL. Die bisherigen Forderungen der EU richten sich an 109 Länder. Eine Schlüsselrolle nehmen dabei die Konzerne ein, z.T. wurden die EU-Forderungen direkt mit ihnen erarbeitet.
Potentielle Konflikte und Gefahren für einen Durchbruch im DLbereich liegen vor allem im Bereich Wasser, Finanzdienstleistungen, in den Verhandlungen, die Mode 4 betreffen und auch bei den KulturDL, sowie in der Geheimhaltung und Intransparenz des Vorhabens. Die großen Entwicklungsländer (EL) werden in den Verhandlungen eine Schlüsselrolle einnehmen, denn ihre Märkte sind von besonderem Interesse für die EU.
Abgesehen von den GATS Verhandlungen, versucht die EU die Konzerninteressen auch via regionaler Verhandlungen durchzusetzen, u.a. mit den MERCOSUR-Ländern oder über die "Economic Partnership Agreements" (EPAs) mit den AKP-Staaten. EU intern versucht die EU via der DL-Richtlinie ("Bolkestein"), die komplette Liberalsierung des Dienstleistungsmarktes voranzutreiben. Die Interessen sind auf allen Ebenen die gleichen.
Die EU will unbedingt Zusagen im Dienstleistungssektor erhalten, im Bereich der Agrarverhandlungen sind ihre Zusagen de facto jedoch realpolitisch kaum relevant – d.h. die derzeit gemachten Zusagen werden kaum bis gar nicht das Problem des Dumping von EU Produkten in Entwicklungsländer lösen. Zugleich hat die EU aber schon klar gemacht, dass sie zuerst ein Engagement der Entwicklungsländer im Bereich Dienstleistungen sehen will, bevor sie bereit ist, weitere Zugeständnisse im Agrarbereich zu machen. Dieser Trade off stellt somit einen potentiellen Konflikt dar, den man kampagnenmässig nutzen kann.

Landwirtschaft (LW)

Die derzeitige EU-Common Agricultural Policy (CAP) trägt kaum zur Reduktion der Produktionsmengen in wesentlichen landwirtschaftlichen Gütern bei. Die EU versucht die Entkoppelung der Zahlungen von der Produktionsmenge als große Lösung für das Dumping Problem zu verkaufen. Die Erfahrungen aus den USA, die bereits seit Jahren über ein entkoppeltes System verfügen, zeigen das Gegenteil. Noch immer zählt die USA zu jenen Ländern neben der EU, die die Märkte von Entwicklungsländern mit Produkten, die unterhalb ihrer Produktionskosten verkauft werden, überschswemmen. Die in den USA und in der EU vorhandenen Subventionssysteme, sind vor allem indirekte Zahlungen für transnationale Agrokonzerne, welche durch dieses System extrem billige Rohstoffe erhalten. Statt eines remunerativen Preises erhalten die ProduzentInnen zunehmend geringere Marktpreise. In den USA und der EU erhalten sie Ausgleichszahlungen für nicht kostendeckende Preise. Die Situation in den Entwicklungsländern lässt dies nicht zu. Somit vertritt die EU auch hier primär die Konzerninteressen, welche sie ebenfalls über alle Verhandlungsebenen durchzusetzen versucht (WTO, EU-Mercosur, EPAs). Dabei stehen die Kleinbauern weltweit, die KonsumentInnen und die Umwelt klar auf der VerliererInnenseite.
Die Landwirtschaftsverhandlungen dienen für die EU als Instrument, um Marktzugang in die EL-Märkte zu erhalten.

Die Frage des Marktzugangs ist in den Verhandlungen im Bereich LW zentral.
Potentielle Brüche oder Konflikte stellen EU-intern die Interessen der 10 neuen Mitgliedsstaaten gegenüber den "alten" EU15 dar, sowie die CAP, von der vor allem Großbauern profitieren. Die CAP selbst ist innerhalb der EU sehr konfliktträchtig, weil sehr teuer. In der WTO vertritt in diesem Bereich eher eine defensive Position (ausgenommen Marktzugang für die EU in Entwicklungsländern).
Der Kern des Problems in der LW sind die Agrarpolitiken auf nationaler Ebene, insbesondere der USA und EU, welche vorhandene Produktionsbeschränkungen entweder schon abgeschafft haben (siehe USA) oder dabei sind, sie abzuschaffen (EU) sowie in den zunehmend konzentrierten Marktstrukturen entlang der gesamten Nahrungsmittelkette. In fast allen Bereichen – Produktion von inputs (Samen, Pestizide etc.), Anbau selbst, Handel, Verarbeitung und Verkauf – kontrolliert bereits jetzt eine handvoll von Unternehmen den Großteil des Marktes. Der Abbau von Subventionen und die Öffnung der Märkte hilft daher den KleinproduzentInnen überhaupt nicht. Der Hauptwiderspruch in der Landwirtschaft ist nicht Nord-Süd, sondern industrialisierte Landwirtschaft, von Konzernen kontrolliert versus nachhaltige, kleinräumige Landwirtschaft, mit kleinbäuerlichen Strukturen.
Basis für Alternativen ist das Konzept der Ernährungssouveränität. Dabei sind Allianzen mit KonsumentInnen unbedingt notwendig.

Industriegüter (Non Agricultural Market Access) NAMA

Das NAMA-Abkommen umfasst industrielle Produkte sowie Fischerei und Forstwirtschaft. Die EU hat sehr großes Interesse am Abbau von Zollbarrieren und nicht-tarifären Handelshemnissen in diesem Bereich. Das drückt sich auch im aggressiven Vorgehen der EU aus. Die EU spielt in diesen Verhandlungen die dominierende Schlüsselrolle. Die EU fordert möglichst niedrige Zölle, was vor allem die EL betrifft. Bisher weigern sich die EL, den Forderungen nachzugeben. Auch hier geht es wieder um die Frage des Marktzugangs.
Wie in den anderen Bereichen spielen auch hier die Konzerne eine Schlüsselrolle, die neben ihren Exportinteressen auch geringe Kosten in EL wollen.

Bei der WTO-Ministerkonferenz wird voraussichtlich auch der trade-off zwischen NAMA und LW entscheidend sein. Die EU hat in diesem Bereich klare Interessen, jedoch hat sie relativ wenig zu geben.

Gentechnik-Streit EU-USA

In diesem Fall wird die WTO klar als Instrument für Konzerninteressen benutzt. Biotechkonzerne (in USA und in EU: Monsanto, Syngenta, Bayer) haben hier klare Profitinteressen, die sich im Gentechnik (GMO)-Streit ausdrücken: die USA reichten mit Unterstützung von Kanada und Argentinien eine Beschwerde gegen die EU bei der WTO ein. Der Bericht des Panels des Streitbeilegungsverfahrens (DSU) wird im Sommer 2005 erwartet. Die EU-Kommission arbeitet bereits daran, die "Verzerrungen" in Form von Gentechnikverboten (derzeit Österreich, Deutschland, Luxemburg, Dänemark, Griechenland) zu beheben!
Pro GMO in der EU: Niederlande, Finnland, GB, Polen - gegen GMO: Österreich, Dänemark, Griechenland, Zypern - Enthaltung/abwesend: Deutschland, Spanien
Im aktuellen Fall geht es um die Verbote, nicht um die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Produkten. Jedoch ist es sehr leicht möglich, dass die Kennzeichnung in einer zweiten Beschwerde angegriffen werden könnte.
Der Ausgang dieses Streits hat auch Auswirkungen auf die Entwicklungsländer (Nachfrageveränderung, wenn EU auch Gentechnik "will" – die Opposition vieler Entwicklungsländer gegen GMOs wird im Falle der Akzeptanz von GMO in der EU schwieriger bis unmöglich).

Termine 2005 (Auswahl)

21.04.05	EU Trade Council
27.-29.07.05	General Council
Anfang Dez 05	EU Trade Council
13.-18.12.05	WTO Ministerkonferenz

Zu GATS/Bolkestein:

Frühling 05	Meeting zwischen Mandelson und European Services Forum
Oktober 05	Stopp-GATS-Gemeinden-Treffen in Brüssel

Christian Felber

Sonderwirtschaftszone EU

Die umstrittene Dienstleistungsrichtlinie würde das Gemeinsame Haus Europa gefährden

Der Erfolg der bisherigen EU-Liberalisierungen ist zweifelhaft:

Postamtsterben, Nebenbahnsterben, Stromblackouts, höhere Preise bei Post und Bahn, nur teilweise niedrigere Preise bei Telekom und Strom, in allen Sektoren massiver Arbeitsplatzabbau. Der Grünbuch-Weißbuch-Prozess zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse hat ergeben, mit Liberalisierungen, wenn überhaupt, nur sektorweise fortzufahren. Mit der vorgelegten Dienstleistungsrichtlinie hat die Kommission dieses Ergebnis kaltschnäuzig ignoriert: sämtliche Dienstleistungen, auch die heikelsten öffentlichen wie Gesundheit, Personennahverkehr oder Trinkwasserversorgung, sollen mit einem Streich dereguliert und weiter liberalisiert werden. Zahlreiche Handschellen würden die Mitgliedsstaaten bei der Gestaltung der Daseinsvorsorge fesseln. So dürfte kein Bereich der Daseinsvorsorge gemeinnützigen Unternehmen vorbehalten bleiben, Preisregulierungen wären ebenso abzuschaffende "Hürden" wie die Territorialplanung im Gesundheitsbereich.

Der Hammer der Richtlinie ist aber das Herkunftslandprinzip:
Für grenzüberschreitende Dienstleistungserbringer sollen nur noch die gesetzlichen Bestimmungen ihres Sitzlandes gelten, nicht mehr die vor Ort gültigen. Damit schafft die EU-Kommission mutwillig Wettbewerbsverzerrung. Polnische Unternehmen müssten in Österreich nur noch polnische Standards einhalten, während für die österreichischen weiterhin die höheren heimischen Standards gälten: Inländerdiskriminierung. Auch in Polen müssen österreichische Unternehmen die höheren österreichischen Standards einhalten: Ausländerdiskriminierung. Innerhalb eines Landes gelten bis zu 25 verschiedene Rechtssysteme: ein Alptraum für die Konsumenten. Hinzu kommt: Für die Kontrolle der ausländischen Firmen soll nicht mehr das Tätigkeitsland zuständig sein, sondern das Herkunftsland – allzu groß wird dessen Interesse aber nicht sein, die eigene Exportbilanz zu verwässern. Radikales Lohn-, Sozial-, Umwelt-, Qualitäts- und Verbraucherschutzdumping wäre die Folge.
Europa verkäme zur Sonderwirtschaftszone.

Die Kommission begründet die Richtlinie mit der Dienstleistungsfreiheit – die radikale Deregulierung soll Europa aus dem Wachstumstal heben. Doch die kolportierten Beispiele für wachstumshemmende Hürden sind skurril bis amüsant: Der Wegfall des deutschen Bezirksschonsteinfegermonopols wird die EU ebenso wenig aus dem Flaute ziehen wie das Verbot, einheimischen Museumsbesuchern einen günstigeren Tarif zu gewähren. Auch der österreichische Bodenleger, der in Bayern bis zu sechs Ämter abklappern muss, bevor er loslegen darf, wird das Lissabon-Ziel nicht retten, wenn er einen einheitlichen Ansprechpartner bekommt.

Diesen von der Kommission vorgeschlagenen "One-stop-shop" soll er aber ruhig kriegen, da spricht nichts dagegen, auch wenn es zusätzlichen Verwaltungsaufwand bedeutet, weil sich die sechs Behörden untereinander koordinieren müssen. Was aber nicht sein darf, ist, dass im Namen solcher banalen und berechtigten Erleichterungen im Dienstleistungsverkehr zum flächendeckenden Angriff auf die öffentliche Daseinsvorsorge geblasen wird, dass das Subsidiaritätsprinzip gebrochen, der Standortwettbewerb verschärft und ein europaweites Umwelt-, Sozial-, Lohn- und Steuerdumping eingeläutet wird. Das wäre, als würde man unter dem Vorwand, die Führerscheinprüfung zu erleichtern, die halbe Straßenverkehrsordnung abschaffen.

Was Europa vielmehr braucht, ist die progressive Harmonisierung von Sozial-, Umwelt- und Steuerstandards. Das gegenseitige Ausbooten ist nicht nur eines "Gemeinsamen Europäischen Hauses" unwürdig, es kennt am Ende nur Verlierer. So gerne es die Industriellenvereinigung sähe, dass die Mitgliedsstaaten um die niedrigsten Standards rittern, so schädlich wäre das für die Zukunft der EU: Die Staaten müssen zusammenwachsen und gemeinsam weiterreifen.

*Christian Felber ist freier Publizist und Autor
und Mitbegründer von Attac Österreich.*

Hassan Juma'an Awad

Verlasst unser Land jetzt!

Vom ersten Tag der US-Britischen Invasion des Irak haben Ölarbeiter Widerstand gegen die ausländischen Besatzung geleistet.

The Guardian, Freitag, 18. Februar 2005

Unter der Diktatur von Saddam Hussein lebten wir in finsteren Zeiten. Als das Regime fiel wünschten sich die Menschen ein neues Leben: ein Leben ohne Fesseln und Terror; ein Leben in dem wir unser Land wieder aufbauen und seinen natürlichen Wohlstand genießen könnten. Stattdessen wurde unsere Gemeinden mit Chemikalien und Streubomben angegriffen und unsere Mitmenschen gefoltert, vergewaltigt und in unseren Häusern getötet.

Saddams Geheimpolizei kroch gewohnheitsgemäß des Nachts über unsere Dächer und drangen in unsere Häuser, Besatzungstruppen brechen jetzt am helllichten Tage unsere Türen auf. Die Medien zeigen nicht einmal einen Bruchteil der Verwüstung, die über den Irak gekommen ist. Journalisten, die es wagen, die Wahrheit über das Geschehene zu berichten wurden durch die Terroristen entführt. Dies dient den Zielen der Besatzung, die darauf aus ist, Zeugen ihrer Verbrechen zu eliminieren.

Bald nachdem britische Besatzungstruppen Basra besetzt hatten, begannen Arbeiter in den südlichen Ölfeldern des Irak sich zu organisieren. Wir gründeten unsere Gewerkschaft, die Southern Oil Company Union (die Gewerkschaft der Südlichen Ölgesellschaft), nur 11 Tage nach dem Fall von Bagdad im April 2003. Als die Besatzungstruppen beiseite traten und gestatteten, dass die Krankenhäuser, Universitäten und öffentlichen Verwaltungseinrichtungen von Basra angezündet und geplündert wurden, während sie lediglich die Ölfelder und das Ölministerium verteidigten, wussten wir, dass wir es mit einer brutalen Macht zu tun hatten, die ihren Willen ohne Rücksicht auf menschliches Leiden durchsetzen würde. Von Anfang an gab es für uns keine Zweifel, dass die USA und ihre Verbündeten gekommen waren, um die Kontrolle über unsere Ölvorräte zu übernehmen.

Die Besatzungsverwaltung hat viele der unterdrückenden Gesetze aus Saddams Zeiten beibehalten, einschließlich der Richtlinie von 1987, die uns grundlegender gewerkschaftlicher Rechte beraubte, einschließlich des Rechts zu streiken Bis heute haben wir keine offizielle Anerkennung als Gewerkschaft, obwohl wir 23.000 Mitglieder in 10 Öl- und Gasunternehmen in Basra, Nassirya und bis zur Anbar Provinz haben. Wir beziehen unsere Berechtigung jedoch von unseren Mitgliedern, nicht von der Regierung. Wir glauben, dass Gewerkschaften tätig sein sollten, ohne Beachtung der Wünsche der Regierung, bis das Volk endlich in der Lage ist eine wirklich verantwortliche und unabhängige irakische Regierung zu wählen, die unsere Interessen vertritt und nicht die des amerikanischen Imperialismus.

Unsere Gewerkschaft ist von jeglicher politischen Partei unabhängig. Die meisten Gewerkschaften in Großbritannien scheinen sich nur einer Gewerkschaftsföderation im Irak bewusst zu sein, der vom Regime autorisierten Irakische Gewerkschaftsföderation (IFTU). Deren Präsident Ramin Awadi ist der stellvertretende Führer der von den USA eingesetzten Partei von Ayad Allawi. Die Führerschaft der IFTU ist aufgeteilt zwischen der regierungstreuen Kommunistischen Partei, Allwais Iraqi National Accord und deren Satelliten. Tatsächlich gibt es noch zwei weitere Gewerkschaftsföderationen, die mit politischen Parteien verbunden sind und dann noch unsere eigene Organisation.

Unsere Gewerkschaft hat bereits gezeigt, dass sie sich gegen eine der mächtigsten US-Gesellschaften, Dick Cheneys KBR, behaupten kann, die versuchte unsere Arbeitsplätze unter dem Schutz der Besatzungskräfte zu übernehmen.

Wir drückten sie raus und zwangen ihren kuwaitischen Subunternehmer, Al Khourafi, 1.000 der 1.200 Angestellten, die sie mitgebracht hatten, gegen irakische Arbeiter auszutauschen, unter denen eine Arbeitslosigkeit von 70 % herrscht. Wir bekämpften auch den Besoldungsplan des USA-Vizekönigs, Paul Bremer, welcher diktierte, dass die im irakischen öffentlichen Dienst Tätigen ID 69.000 (= US $ 35) pro Monat bekommen sollten, wohingegen den ausländischen Söldnern bis US $ 1.000 pro Tag gezahlt wurden. Im August 2003 streikten wir und brachten die gesamte Ölproduktion für drei Tage zum Stillstand. Als ein Ergebnis hatte die Besatzungsverwaltung die Löhne auf mindestens ID 150.000 anheben müssen.

Wir betrachten es als unsere Pflicht die Vorräte des Landes zu verteidigen. Wir sind dagegen und lehnen alle Versuche ab, unsere Ölindustrie und Naturschätze zu privatisieren. Wir betrachten diese Privatisierung als eine Art Neo-Kolonialismus, als einen Versuch eine dauerhafte wirtschaftliche Besatzung in Folge der militärischen Besatzung aufzuzwingen.

Die Besatzung hat mutwillig eine religiöse Trennung von Sunniten und Schiiten erzeugt. Niemals zuvor gab es eine solche Trennung. Unsere Familien heirateten untereinander, wir lebten und arbeiteten zusammen. Und heute widerstehen wir gemeinsam dieser brutalen Besatzung, Falludschah bis Nadschaf bis Sadr City. Der Widerstand gegen die Besatzungsmächte ist ein gottgegebenes Recht der Iraki, und wir, als eine Gewerkschaft, sehen uns selbst als einen notwendigen Teil dieses Widerstandes – selbst wenn unser Kampf darin besteht, unsere industrielle Arbeitskraft, unsere kollektive Stärke als Gewerkschaft und als Teil der Zivilgesellschaft einsetzen, welche wachsen muss, um sowohl die immer noch starken Eliten der Saddamgefolgschaft als auch ausländische Besatzung unseres Landes zu besiegen.

Bush und Blair sollten sich daran erinnern, dass die irakischen Wahlteilnehmer des letzten Monats ebenso feindselig der Besatzung gegenüber stehen wie die, die die Wahl boykottierten. Jene, die behaupten die Arbeitsklasse des Irak zu vertreten, während sie danach rufen, dass die Besatzung noch etwas länger andauern solle, weil sie einen "Bürgerkrieg befürchten", sprechen in Wahrheit nur für sich selbst und der Minderheit von Iraki, deren Interessen von der Besatzung abhängen.

Wir als Gewerkschaft fordern den Abzug der ausländischen Besatzungskräfte und den Abbau ihrer Militärbasen. Wir wollen keinen Zeitplan, das ist nur eine Verzögerungstaktik. Wir werden unsere Probleme selbst lösen. Wir sind Iraki, wir kennen unser Land und wir können für uns selbst sorgen. Wir haben die Mittel, die Fähigkeiten und die Ausstattung zum Wiederaufbau und zur Erschaffung unserer eigenen demokratischen Gesellschaft.

Hassan Juma'a Awad ist der Generalsekretär der irakischen Gewerkschaft der Südlichen Ölgesellschaft und Vorsitzender der Gewerkschaft der Ölarbeiter in Basra.

Ehrenamtliche ÜbersetzrInnen: Paul WOODS, Heike REAGAN – coorditrad@attac.org

Ungeliebte Public Eye Awards

***Das sechste "Public Eye on Davos" fand am 26. und 27. Januar 2005 in Davos statt** - zeitgleich mit dem Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums (WEF). Diese **Alternativkonferenz zum WEF** ist ein gemeinsames Projekt von mehreren Nichtregierungs-organisationen (NGOs) aus allen Kontinenten. Es wird von der Erklärung von Bern (EvB) koordiniert, die sich seit 1968 auf nationaler und internationaler Ebene für gerechte und umweltverträgliche Nord-Süd-Beziehungen in Politik, Wirtschaft, Kultur und Ernährung engagiert. (Quellen und ausführlichere Texte: http://www.evb.ch/index.cfm?page_id=2561)*

Die "Gewinner"

In den vier Kategorien Menschenrechte, Arbeitsrechte, Umwelt und Steuern hat die "Public Eye"-Trägerschaft jeweils einen **Preisträger ermittelt, der durch die Tragweite seines unverantwortlichen Verhaltens besonders hervorsteche**.

In der Kategorie Steuern:
KPMG International

Hauptsitz: Amsterdam
Umsatz: 12,16 Milliarden US$ (2003)
Branche: Prüfung von Konzern- und Jahres-abschlüssen, Steuerberatung, Begleitung von Transaktionen und Restrukturierungsmassnahmen und Dienstleistungen zur Steigerung der unternehmerischen Performance

Nach einer Untersuchung des US-Senats von 2003 hat KPMG viel in die Entwicklung und Vermarktung potentiell missbräuchlicher und illegaler Steuersparmodelle investiert und dafür erhebliche Honorareinnahmen erzielt. Insgesamt hat KPMG über 500 Steuerprodukte entwickelt. Allein durch vier dieser Produkte entgehen dem US-Finanzministerium jährlich 85 Milliarden Dollar an Steuereinnahmen. Der Konzern behauptet, heute keine dieser beanstandeten Steuermodelle mehr zu verkaufen - laut einem Bericht der New York Times entspricht dies nicht den Tatsachen.
(…) Gemäss der Association for Accountancy & Business Affairs operiert kein anderes Beratungsunternehmen in so vielen Steueroasen wie KPMG. 2003 hatte KPMG Vertretungen in 18 Steueroasen, die alle ursprünglich auf der schwarzen Liste der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) standen.
Durch die weltweit geförderte Steuervermeidung bringen Beratungsfirmen wie KPMG die Staaten und ihre Bevölkerungen jährlich um Milliarden an Steuereinnahmen. Die nationalen Steuersysteme werden ausgehöhlt und es steht immer weniger Geld für soziale Aufgaben, das Bildungs- und Gesundheitswesen und den öffentlichen Verkehr zur Verfügung. Die Steuerlast verlagert sich zusehends von den multinationalen Konzernen und der reichen Oberschicht zu den weniger begüterten BürgerInnen und den KMUs.

In der Kategorie Umwelt:
Royal Dutch / Shell Group

Hauptsitz: Den Haag, Niederlande
Umsatz: US$ 268,892 Milliarden (2003) / Nettogewinn: US$ 12,496 Milliarden (2003)
Branche: Petrochemie, Shell arbeitet in mehr als 145 Ländern
Seit 1956 pumpt Shell Öl in Nigeria und verbrennt dabei konstant und offen Gas. Die Feuer brennen Tag und Nacht und verursachen einen Höllenlärm. Die Luft ist voll mit Russpartikeln, die auf der Haut, den Kleidern, dem Essen und der Lunge kleben.
In den vergangenen vier Jahrzehnten wurden mehr als 4'000 Ölverschmutzungen im Nigerdelta registriert.
Shell weigert sich, Verantwortung für die angerichteten Schäden zu übernehmen. Zusagen, die offene Gasverbrennung zu stoppen, wurden mehrfach gegeben und wieder zurückgenommen.
Das Nigerdelta an der Südküste von Nigeria war einst Nigerias Brotkammer mit fruchtbaren Böden, ausgedehnten Landwirtschaftsflächen und Mangrovenwäldern, die mehr Süsswasserfische enthalten als irgendwo sonst in Westafrika. Wegen seiner Öl- und Gasressourcen ist das Delta für Firmen wie Shell von hoher Bedeutung. Shell ist die Betreiberfirma und grösste Aktionärin in Nigerias wichtigstem Ölkonsortium. Öl bringt Nigeria mehr als 95% der Einkommen an harter Währung. Nur ein minimaler Anteil davon kommt allerdings der betroffenen Bevölkerung zugute.

In der Kategorie Arbeitsrechte:
Wal-Mart Stores, Inc.

Hauptsitz: Bentonville (Arkansas/USA); Über 3 200 Geschäfte in den USA und über 1 100 im Ausland.- Umsatz: Januar 2003 bis Januar 2004 256 Milliarden US$ - Grösster Detailhändler der Welt

Wal-Mart hat bisher jegliche Verantwortung für die teilweise prekären Arbeitsbedingungen in den Kleiderproduktionsbetrieben im Ausland abgelehnt.
In 21 Kleider-Zulieferbetrieben von Wal-Mart in Lesotho (Südafrika) hat ein normaler Arbeitstag zehn Stunden. Hinzu kommen bis zu vier vorgeschriebene Überstunden (14 Stunden täglich). In einigen Werken müssen die ArbeiterInnen gar Doppelschichten leisten. Die meisten Arbeiterinnen erhalten einen kümmerlichen Monatslohn. Arbeitsräume sind im Winter bitter kalt und im Sommer erdrückend heiß und ohne Klimaanlagen, in einer Fabrik für 900 Arbeiterinnen gibt es nur drei Toiletten. Es kommt auch immer wieder zu verbalen, körperlichen und sexuellen Übergriffen. Jede Verhandlungen mit den Gewerkschaften werden von den Fabrikmanagern abgelehnt.
Von mehreren beanstandeten Kleider-Zulieferbetrieben in Kenia arbeiten drei für Wal-Mart. Nach Beschwerden über die schlechten Arbeitsbedingungen und einem eintägigen Streik stellten die Arbeitgeber Verhandlungen mit den Gewerkschaften in Aussicht. Tatsächlich wurden jedoch die Betriebe geschlossen, die Arbeiterinnen entlassen. Den neuen Arbeiterinnen wurde erklärt, dass Beschwerden und Kontakte zu Gewerkschaften nicht geduldet würden.

In der Kategorie Menschenrechte:
The Dow Chemical Company

Hauptsitz: Midland (Michigan/USA), Niederlassungen in 54 Ländern: Umsatz: 2003 : 33 Milliarden US$; Gewinn: 1,7 Milliarden US$ (grösster Chemie-Multi), Branche: Chemikalien, Kunststoffe, Landwirtschaftsprodukte

1984 kommt es in Bhopal/Indien in einer Fabrik von Union Carbide, einer späteren Tochter von Dow Chemical, zu der weltweit schwersten Chemiekatastrophe.
Durch die Explosion einer Pestizidfabrik der Firma Union Carbide entstand eine Giftgaswolke über der Millionenstadt Bhopal, die Augen- und Lungengewebe verbrannte. Innerhalb der ersten Tage starben 8000 Menschen.
Das Unternehmen wurde 2001 von Dow Chemical übernommen.
Die Explosion ist auf Profitgier zurückzuführen, da computergesteuerte Überwachungssysteme, wie sie in den USA und Europa üblich sind, aus finanziellen Gründen nicht eingesetzt wurden. Mehrere Sicherheitsstufen waren kaputt oder nicht eingeschaltet (Kühlung von Lagertanks, Druckventile, Alarmsirenen). Union Carbide behauptete, die durch kriminelle Fahrlässigkeit herbeigeführte Explosion sei durch einen Sabotageakt verursacht worden. Die für die medizinische Behandlung der Opfer wichtige Offenlegung der Zusammensetzung des Giftgases gab die Firma (Geschäftsgeheimnis) nicht preis. Durch die Fusion mit Dow Chemical versuchte Union Carbide sich ihres stigmatisierten Namens zu entledigen und Entschädigungszahlungen zu vermeiden. Dow Chemical bestreitet jeglichen Rechtszusammenhang mit der Katastrophe.
Für die Konzernleitung ist der mit der indischen Regierung abgeschlossene Vergleich und die getätigten Vergleichszahlungen fair und gerecht, der Fall sei abgeschlossen. Das trifft nicht zu, denn in den USA und Indien sind noch immer Gerichtsverfahren anhängig. Darauf angesprochen, ob die gezahlte Kompensation genüge, liess eine DOW-Sprecherin verlauten: "500 Dollar is plenty good for an Indian" - dies im Gegensatz zu den 10 Millionen US$ die DOW einem Kind in den USA als Wiedergutmachung für Gesundheitsschäden zahlte.
Bis heute sind 20 000 Menschen an den Folgen der Chemiekatastrophe gestorben. Über 150 000 sind chronisch krank. Die Böden sowie das Grundwasser sind vergiftet. Die Gesundheitsschäden der dritten heranwachsenden Generation der Geschädigten reichen von Zwergwüchsigkeit und anderen körperlichen Missbildungen bis zu massiven Störungen von Menstruationszyklen und zu Unfruchtbarkeit.

Albert Einstein
Warum Sozialismus?

Im Internationalen Einstein Jahr bleibt eine Seite von Albert Einsteins meistens unerwähnt. Einstein war überhaupt kein Freund des Kapitalismus, eines Systems, das er sehr genau kannte und präzise beschrieb. Im Jahre 1949, auf dem ersten Höhepunkt der antikommunistischen Hysterie in den USA, verfasste er für die marxistische Zeitschrift "Monthly Review" (Herausgeber damals Paul A. Baran, Paul M.Sweezy) den folgenden Text. Die Zeitschrift spielt in der US-amerikanischen Linken auch heute noch eine wichtige Rolle (siehe SiG28: J.B.Forster: "Neuer und alter Imperialismus"). Die Originalversion des Textes ist zu lesen unter http://www.monthlyreview.org/598einst.htm

Ist es nun ratsam für jemanden, der kein Experte auf dem Gebiet ökonomischer und sozialer Fragen ist, sich zum Wesen des Sozialismus zu äußern? Ich denke aus einer Reihe von Gründen, dass dies der Fall ist.

Lasst uns die Frage **zunächst** unter dem Gesichtspunkt der wissenschaftlichen Erkenntnis betrachten. Es mag scheinen, als ob es keine wesentlichen methodologischen Unterschiede zwischen Astronomie und Ökonomie gäbe: Wissenschaftler beider Gebiete versuchen allgemein akzeptable Gesetze für eine fest umrissene Gruppe von Phänomenen zu entdecken, um deren wechselseitigen Verbindungen so verständlich wie möglich zu machen. Aber in Wirklichkeit existieren solche **methodologischen Unterschiede**. Die Entdeckung von allgemeingültigen Gesetzen im Bereich der Ökonomie wird dadurch erschwert, dass die zu beobachtenden ökonomischen Phänomene von vielen Faktoren beeinflusst sind, die einzeln sehr schwer zu beurteilen sind. Außerdem ist wohlbekannt, dass die Erfahrung, die sich seit Beginn der so genannten "zivilisierten Periode" der menschlichen Geschichte angesammelt hat, stark von Faktoren beeinflusst und beschränkt wurde, die **keineswegs ausschließlich ökonomischer Natur** waren. Zum Beispiel verdanken die meisten größeren Staaten ihre Existenz den Eroberungen. Die erobernden Völker machten sich selbst, gesetzlich und wirtschaftlich, zur privilegierten Klasse des eroberten Landes. Sie nahmen Grund und Boden in Besitz und ernannten Priester aus ihren eigenen Reihen. Diese Priester, die die Macht über das Erziehungswesen hatten, institutionalisierten die Teilung der Gesellschaft in Klassen und schufen ein Wertesystem, durch welches von nun an die Menschen großenteils unbewusst in ihrem sozialen Verhalten gelenkt wurden.

Aber geschichtliche Überlieferung ist sozusagen von gestern; doch nirgendwo haben wir das, was Thorstein Veblen die „räuberische Phase" der menschlichen Entwicklung nannte, wirklich überwunden. Die von uns beobachteten ökonomischen Fakten gehören zu dieser Phase und die Gesetze, die wir aus ihnen ableiten können, sind daher nicht auf andere Phasen anwendbar. Da aber der eigentliche Zweck des Sozialismus gerade dies ist, diese **räuberische Phase** der menschlichen Entwicklung **zu überwinden** und über sie hinaus voran zu schreiten, kann die wissenschaftliche Ökonomie, so wie sie heute ist, wenig Licht auf die zukünftige sozialistische Gesellschaft werfen.

Zum **Zweiten** ist der Sozialismus auf ein **sozial-ethisches Ziel** ausgerichtet. Wissenschaft kann jedoch keine Ziele schaffen, geschweige denn sie den Menschen einflößen: Wissenschaft kann bestenfalls die Mittel liefern, mit denen bestimmte Ziele erreicht werden können. Aber die Ziele selbst werden von Persönlichkeiten mit hochgesteckten ethischen Idealen erdacht und, wenn diese Ziele nicht totgeboren, sondern lebendig und kraftvoll sind, werden sie von den vielen Menschen übernommen und weiter getragen, die halb unbewusst die langsame Entwicklung der Gesellschaft bestimmen.

Aus diesen Gründen sollten wir auf der Hut sein und keine Wissenschaft und wissenschaftliche Methode überschätzen, wenn es um menschliche Fragen geht; und wir sollten nicht davon ausgehen, dass nur die Fachleute das Recht haben, sich zu Fragen zu äußern, die die Organisation der Gesellschaft betreffen.

Unzählige Stimmen behaupten seit geraumer Zeit, dass nun, da die menschliche Gesellschaft eine **Krise** durchmache, ihre Stabilität ernsthaft erschüttert worden sei. Es ist charakteristisch für solch eine Situation, dass sich Individuen gleichgültig oder sogar feindlich gegenüber der kleinen oder großen Gruppe verhalten, zu der sie gehören. Hierzu eine persönliche Erfahrung: Ich erörterte vor kurzem mit einem intelligenten und freundlich gesonnenen Mann die Bedrohung durch einen erneuten Krieg, der meiner Meinung nach die Existenz der Menschheit ernsthaft gefährdete, und ich bemerkte, dass nur eine supranationale Organisation Schutz vor dieser Gefahr gewährleisten könnte. Daraufhin sagte mein Besucher sehr ruhig und gelassen: „Warum bist du so vehement gegen das Verschwinden der Menschheit?"

Ich bin mir sicher, dass nur ein Jahrhundert früher niemand so leicht eine derartige Bemerkung gemacht hätte. Es ist die Aussage eines Mannes, der sich vergebens bemüht hat, sein inneres Gleichgewicht zu finden und der mehr oder weniger die Hoffnung auf Erfolg verloren hat. Es ist der Ausdruck einer schmerzhaften Einsamkeit und **Vereinzelung**, an der so viele Leute in dieser Zeit leiden. Was ist die Ursache? Gibt es einen Ausweg?

Es ist einfach, solche Fragen aufzuwerfen, viel schwieriger hingegen, sie mit Gewissheit zu beantworten. Doch das muss ich versuchen, so gut ich kann, obwohl ich mir der Tatsache bewusst bin, dass unsere Gefühle und unsere Bestrebungen oft widersprüchlich und dunkel sind, und dass sie nicht in einfachen Formeln ausgedrückt werden können.

Der Mensch ist gleichzeitig ein Einzel- und ein Sozialwesen. Als **Einzelwesen** versucht er, seine eigene Existenz und die derjenigen Menschen zu schützen, die ihm am nächsten sind, sowie seine Bedürfnisse zu befriedigen und seine angeborenen Fähigkeiten zu entwickeln. Als **Sozialwesen**

versucht er, die Anerkennung und Zuneigung seiner Mitmenschen zu gewinnen, ihre Leidenschaften zu teilen, sie bei ihren Sorgen zu trösten und ihre Lebensumstände zu verbessern. Allein die Existenz dieser vielseitigen, häufig widerstreitenden Bestrebungen macht den speziellen Charakter des Menschen aus, und wie sie kombiniert sind, bestimmt, inwieweit ein Individuum sein inneres Gleichgewicht erreichen und zum Wohle der Gesellschaft beitragen kann. Es ist gut möglich, dass die relative Stärke dieser beiden Grundbestrebungen hauptsächlich erblich festgelegt ist. Aber letztlich wird die Persönlichkeit großenteils von der Umgebung geformt, in der sich ein Mensch während seiner Entwicklung gerade befindet, durch die **Gesellschaftsstruktur**, in der er aufwächst, durch die Traditionen dieser Gesellschaft und wie sie bestimmte Verhaltensweisen beurteilt. Der abstrakte Begriff ,,Gesellschaft" bedeutet für den einzelnen Menschen die Gesamtheit seiner direkten und indirekten Beziehungen zu seinen Zeitgenossen und zu allen Menschen früherer Generationen. Ein Individuum kann denken, fühlen, kämpfen, selbständig arbeiten; aber es ist in seiner physischen, intellektuellen und emotionalen Existenz derart abhängig von der Gesellschaft, dass es unmöglich ist, es außerhalb des gesellschaftlichen Rahmens zu denken oder zu verstehen. Es ist die ,,Gesellschaft", die dem Menschen Kleidung, Wohnung, Werkzeuge, Sprache, die Denkformen und die meisten Denkinhalte liefert, sein Leben wird durch die Arbeit möglich gemacht und durch die Leistungen der vielen Millionen Menschen früher und heute, die sich hinter dem Wörtchen ,,Gesellschaft" verbergen.

Deshalb ist die Abhängigkeit des Einzelnen von der Gesellschaft naturgegeben, sie kann wie bei den Ameisen und Bienen nicht abgeschafft werden. Doch während der gesamte Lebensprozess von Ameisen und Bienen bis hin zum kleinsten Detail durch starre, erbliche Instinkte festgelegt ist, sind die sozialen Muster und Beziehungen der Menschen durchaus **veränderlich**. Das Gedächtnis, die Fähigkeit Neues zu versuchen und die Gabe, miteinander zu sprechen, haben zwischenmenschliche Entwicklungen ermöglicht, die nicht von biologischen Gegebenheiten diktiert sind. Solche Entwicklungen manifestieren sich in Traditionen, Institutio-nen und Organisationen, in der Literatur, in wissenschaft-lichen und technischen Errungenschaften, in Kunstwerken. Das erklärt, wie es kommt, dass der Mensch in gewissem Sinne sein Leben durch sein Verhalten selbst beeinflussen kann und dass in diesem **Prozess bewusstes Denken und Wollen** eine Rolle spielen kann.

Der Mensch erwirbt mit der Geburt durch Vererbung eine **biologische Konstitution**, die wir als fest und unabänderlich betrachten müssen. Dies schließt die natürlichen Triebe ein, die für die menschliche Spezies charakteristisch sind. Darüber hinaus erwirbt er während seines Lebens eine **kulturelle Konstitution**, die er von der Gesellschaft durch Verkehr und viele andere Arten von Einflüssen übernimmt. Es ist diese kulturelle Konstitution, die im Laufe der Zeit Änderungen unterworfen ist, und die zu einem sehr großen Teil die Beziehungen zwischen dem Individuum und der Gesellschaft bestimmt. Die moderne Anthropologie hat uns durch vergleichende Untersuchungen der so genannten ,,primitiven Kulturen" gelehrt, dass das soziale Verhalten von Menschen sehr unterschiedlich sein kann und jeweils von den vorherrschenden kulturellen Mustern und dem in der Gesellschaft vorherrschenden Organisationstyp abhängt. Darauf können diejenigen, die das Los der Menschen verbessern wollen, ihre **Hoffnungen** stützen: **Menschen sind nicht durch ihre biologische Konstitution dazu verurteilt, einander zu vernichten** oder einem schrecklichen, selbst auferlegten Schicksal ausgeliefert zu sein.

Wenn wir uns fragen, wie die Gesellschaftsstruktur und die kulturelle Einstellung des Menschen geändert werden sollen, um das menschliche Leben so befriedigend wie möglich zu gestalten, sollten wir uns immer bewusst sein, dass es bestimmte Bedingungen gibt, die wir unmöglich verändern können. Wie bereits erwähnt unterliegt die biologische Natur des Menschen praktisch keiner Veränderung. Des Weiteren haben technologische und demographische Entwicklungen der letzten Jahrhunderte Bedingungen geschaffen, die bleibend sind. Vergleichsweise dicht siedelnde Bevölkerungen und die Waren, die für ihre Existenz unentbehrlich sind, machen eine sehr hohe Arbeitsteilung und einen hoch zentralisierten Produktionsapparat unbedingt notwendig. Die Zeiten, in denen Individuen oder relativ kleine Gruppen völlig autark sein konnten und die zurückblickend so idyllisch erscheinen, sind unwiderruflich vorbei. Es ist nur eine leichte Übertreibung zu behaupten, dass die **Menschheit** jetzt sogar eine **weltweite Gemeinschaft in Bezug auf Produktion und Verbrauch** bildet.

An diesem Punkt angelangt kann ich kurz aufzeigen, was für mich das **Wesen der Krise** unserer Zeit ausmacht. Es betrifft die **Beziehung des Einzelnen zur Gesellschaft**. Der Einzelne ist sich seiner Abhängigkeit von der Gesellschaft bewusster als je zuvor. Aber er erfährt diese Abhängigkeit nicht als etwas Positives, Organisches, als Schutzgewalt, sondern eher als eine **Bedrohung** seiner natürlichen Rechte oder sogar seiner ökonomischen Existenz. Außerdem ist seine Stellung in der Gesellschaft so, dass die **egoistischen Triebe ständig hervorgehoben** werden, während die **sozialen Triebe**, die von Natur aus schwächer sind, immer mehr **verkümmern**. Alle Menschen leiden unter diesem Prozess der Verkümmerung ganz gleich welche Stellung sie in der Gesellschaft innehaben. Als unwissentlich Gefangene ihrer eigenen Ichbezogenheit fühlen sie sich unsicher, einsam und des ursprünglichen, einfachen und schlichten Genusses des Lebens beraubt. Der Mensch kann den Sinn seines kurzen und bedrohten Lebens nur innerhalb der Gesellschaft finden.

Die **ökonomische Anarchie** der kapitalistischen Gesellschaft heute ist meiner Meinung nach die **eigentliche Ursache des Übels**. Wir sehen vor uns eine riesige Gemeinschaft von Erzeugern, deren Mitglieder unaufhörlich bestrebt sind, einander die Früchte ihrer kollektiven Arbeit zu entziehen, nicht mit Gewalt, sondern im Großen und Ganzen in getreuer Einhaltung der gesetzlich festgelegten Regeln. In dieser Hinsicht ist es wichtig, sich klar zu machen, dass die **Produktionsmittel**, d.h. die ganze produktive Kapazität, die für das Produzieren von Verbrauchsgütern oder Investitionsgütern erforderlich ist, gesetzlich gesehen im **privaten** Besitz von Individuen sein können und zum größten Teil auch sind.

Um es einfacher zu machen werde ich im folgenden all jene als “Arbeiter” bezeichnen, die kein Eigentum an Produktions-mitteln haben, auch wenn dies nicht der üblichen Verwendung des Ausdrucks entspricht. Der Eigentümer der Produktions-mittel ist in einer Position, in der er die Arbeitskraft des Arbeiters kaufen kann. Mit den Produktionsmitteln produziert der Arbeiter neue Waren, die ins **Eigentum des Kapitalisten** übergehen. Wesentlich in diesem Prozess ist die Relation zwischen dem, was der Arbeiter verdient und dem, was ihm dafür bezahlt wird, beides gemessen am wirklichen Wert. Insofern der Arbeitsvertrag ,,frei" ist, wird das, was der Arbeiter erhält, nicht vom wirklichen Wert der von ihm produzierten Waren bestimmt, sondern durch seinen Minimalbedarf und durch das Verhältnis zwischen der Anzahl an Arbeitern, die der Kapitalist benötigt, und der Anzahl der Arbeiter, die miteinander um die Arbeitsplätze konkurrieren. Es ist wichtig zu verstehen, dass sogar in der [ökonomischen] Theorie die Bezahlung des Arbeiters nicht vom Wert seines Produkts bestimmt wird.

Privates Kapital tendiert dazu, **in wenigen Händen konzentriert** zu werden teils aufgrund der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten und teils, weil die technische Entwicklung und die wachsende Arbeitsteilung die Entstehung von größeren Einheiten auf Kosten der kleineren vorantreiben. Das Ergebnis dieser Entwicklungen ist eine **Oligarchie von privatem Kapital**, dessen enorme Macht nicht einmal durch eine demokratisch organisierte Gesellschaft politisch kontrolliert werden kann. Dies ist so, weil die Auswahl der Mitglieder zu den gesetzgebenden Organe durch politische **Parteien** erfolgt, die zum großen Teil **von Privatkapitalisten finanziert** oder auf andere Art **beeinflusst** werden, so dass praktisch die Wähler von der Gesetzgebung abgetrennt werden. Die Folge ist, dass tatsächlich die Volksvertreter die Interessen der unterprivilegierten Schichten der Bevölkerung nicht ausreichend schützen. Außerdem **kontrollieren** unter den gegebenen Bedingungen die Privatkapitalisten unausweichlich direkt oder indirekt die **Hauptinformationsquellen** (Presse, Radio, Bildung). Es ist so für den einzelnen Bürger äußerst schwierig und in den meisten Fällen in der Tat fast unmöglich, objektive Schlüsse zu ziehen und intelligent Gebrauch von seinen politischen Rechten zu machen.

Die Situation in einem Wirtschaftssystem, das auf dem Privateigentum an Kapital basiert, wird durch **zwei Hauptprinzipien** charakterisiert: erstens sind die **Produktionsmittel** (das Kapital) in **privatem** Besitz und die Eigentümer verfügen darüber nach ihrem Belieben; zweitens ist der **Arbeitsvertrag frei**. Natürlich gibt es in diesem Sinne keine reine kapitalistische Gesellschaft. Insbesondere sollte beachtet werden, dass es den Arbeitern in langen und erbitterten politischen Kämpfen gelungen ist, bestimmten Kategorien von Arbeitern eine etwas verbesserte Form des ,,freien Arbeitsvertrags" zu sichern. Aber als Ganzes genommen unterscheidet sich die heutige Wirtschaft nicht sehr von einem ,,reinen" Kapitalismus.

Die Produktion wird für den Profit gemacht, nicht für den Bedarf. Es gibt keine Vorsorge dafür, dass all jene, die fähig und bereit sind zu arbeiten, immer auch Arbeit finden können. Es gibt fast immer ein ,,**Heer von Arbeitslosen**". Der Arbeiter lebt dauernd in der Angst, seine Stelle zu verlieren. Da arbeitslose und schlecht bezahlte Arbeiter keinen profitablen Markt darstellen, ist die Warenproduktion beschränkt und **große Not** ist die Folge. Technischer Fortschritt führt häufig zu mehr Arbeitslosigkeit statt zu einer Milderung der Arbeitslast für alle. Das Gewinnstreben in Verbindung mit der Konkurrenz unter den Kapitalisten ist für die instabile Akkumulation und Auslastung des Kapitals verantwortlich, und dies führt zu immer schwereren Wirtschaftsdepressionen. **Unbegrenzte Konkurrenz** führt zu einer riesigen Verschwendung von Arbeit und zu dieser **Verkrüppelung des sozialen Bewusstseins der Individuen**, die ich vorhin erwähnt habe.

Diese **Lähmung der Einzelnen** halte ich für das größte Übel des Kapitalismus. Unser ganzes Bildungssystem leidet darunter. Dem Studenten wird ein übertriebenes **Konkurrenzdenken** eingetrichtert und er wird dazu ausgebildet, raffgierigen Erfolg als Vorbereitung für seine zukünftige Karriere zu verehren.

Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, diese schweren Übel loszuwerden, nämlich den, eine **sozialistische Wirtschaft** zu etablieren zusammen mit einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielsetzungen orientiert. In solch einer Wirtschaft gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst und werden nach einem **Plan** genutzt. Eine Planwirtschaft, die die Produktion auf den Bedarf der Gemeinschaft einstellt, würde die anfallende **Arbeit unter all denjenigen verteilen**, die in der Lage sind zu arbeiten, und sie würde jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind einen Lebensunterhalt garantieren. Die Bildung hätte zum Ziel, dass die Individuen zusätzlich zur Förderung ihrer eigenen angeborenen Fähigkeiten einen **Verantwortungssinn** für die Mitmenschen entwickeln, anstelle der Verherrlichung von Macht und Erfolg in unserer gegenwärtigen Gesellschaft.

Dennoch ist es notwendig sich daran zu erinnern, dass eine **Planwirtschaft noch kein Sozialismus** ist. Eine Planwirtschaft als solche kann mit der totalen Versklavung des Individuums einhergehen. Um den Sozialismus zu erreichen, ist die Lösung einiger äußerst schwieriger sozio-politischer Probleme erforderlich: Wie ist es angesichts weitreichender Zentralisierung politischer und ökonomischer Macht möglich, eine **Bürokratie** daran zu hindern, allmächtig und maßlos zu werden? Wie können die Rechte des Einzelnen geschützt und wie kann dadurch ein **demokratisches Gegengewicht** zur Bürokratie sichergestellt werden?

In unserem Zeitalter des Übergangs ist Klarheit über die Ziele und Probleme des Sozialismus von größter Bedeutung. Da unter den gegenwärtigen Umständen die offene und ungehinderte Diskussion dieser Probleme einem mächtigen Tabu unterliegt, halte ich die Gründung dieser Zeitschrift für einen wichtigen Dienst an der Öffentlichkeit.

Quelle: http://www.sozialistische-klassiker.org/dir/Einstein.html

Aufruf zum Internationalen Einstein-Jahr 2005

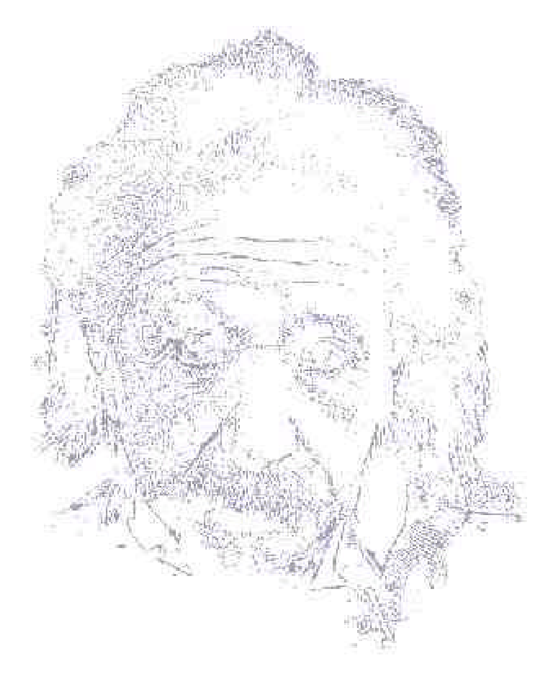
Im Jahr 2005 feiern Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der ganzen Welt den hundertsten Geburtstag der Speziellen Relativitätstheorie und der Lichtquantenhypothese, die beide von Albert Einstein im Jahre 1905 entwickelt wurden. Im Jahr 2005 jährt sich auch Einsteins Todestag zum 50. Mal.

Einstein war nicht nur ein herausragender Wissenschaftler, sondern zudem ein Wissenschaftler, der sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung stellte, sich in die Politik einmischte und für Bürgerrechte kämpfte. Sein ganzes Leben lang war er sozialer Gerechtigkeit, Abrüstung und Frieden verpflichtet.
Einstein lehnte nationale Attitüden und inhaltslose gesellschaftliche Rituale ab. Das Internationale Einstein-Jahr 2005 soll deshalb im Geiste seiner universellen und weltbürgerlichen Gesinnung verwirklicht werden.

Die Zukunft demokratischer Gesellschaften beruht auf der umfassenden Bildung und Ausbildung aller Bürgerinnen und Bürger. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen daher allen Menschen zugänglich sein. Bildung darf kein Privileg einiger weniger sein. Die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger aller Länder hängt von der Bereitschaft der Menschen ab, sich dafür einzusetzen, dass eine kulturell, sozial und wirtschaftlich gerechte Welt, aber auch der ökologisch verträglichen Ressourcennutzung geschaffen wird, die dem Prinzip der Solidarität verpflichtet ist.

Die Zukunft der Menschheit liegt in der friedlichen und verständnisvollen Zusammenarbeit zwischen allen Ländern und Kulturen. Die Abschaffung aller Atomwaffen und anderer Massenvernichtungsmittel muss daher der erste und wichtigste Schritt sein, um eine Welt zu schaffen, in der Krieg als Mittel der Konfliktlösung keine Rolle mehr spielt. Um es mit Einsteins Worten auszudrücken: **“Krieg kann man nicht humanisieren. Er kann nur abgeschafft werden.”**

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt sind aufgerufen, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden und sich dafür einzusetzen, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse als gemeinsames Kulturerbe aller Menschen eingesetzt werden, um Armut, Unterentwicklung und Umweltzerstörung friedlich entgegenzutreten. In einem Interview aus dem Jahre 1929 fasste Einstein seine Vorstellungen einer friedlichen und wirtschaftlich gerechten Welt in folgende Worte:



“Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzten! Ein Zehntel der Energien, die die Krieg führenden Nationen im Weltkrieg verbrauchten, ein Bruchteil des Geldes, das sie mit Handgranaten und Giftgas verpulvert haben, wäre hinreichend, um den Lebensstandard in allen Ländern zu erhöhen sowie die Katastrophe der Arbeitslosigkeit in der Welt zu verhindern. Wir müssen darauf vorbereitet sein, für die Sache des Friedens die gleichen heroischen Opfer zu bringen, die wir widerstandslos für die Sache des Krieges gebracht haben. Es gibt nichts, das wichtiger ist und mir mehr am Herzen liegt. Was ich sonst mache oder sage, kann die Struktur des Universums nicht ändern. Aber vielleicht kann meine Stimme der größten Sache dienen: Eintracht unter den Menschen und Frieden auf Erden.”

Wir, die Initiatorinnen und Initiatoren des Internationalen Einstein-Jahres 2005, wollen im Geiste des großen Wissenschaftlers an der Verwirklichung dieser Zukunftsvision mitwirken und bitten die Menschen in aller Welt um ihre Unterstützung.

Unterzeichner sind u.a. Marion Addy, Ana-Maria Cetto, Paul Crutzen, Jayantha Dhanapala, Hans-Peter Dürr, John Kenneth Galbraith, Johan Galtung, Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), Alla Jaroschinskaja, Beisel Lemke, Rita Levi-Montalcini, Hugo Perez, Horst–Eberhard Richter, Joseph Weizenbaum und Carl-Friedrich von Weizsäcker sowie Nobelpreisträger Josef Rotblat (Initiator des Appells)

Übersetzung: Redaktion der Blätter für deutsche und internationale Politik
Quelle: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/2004, S. 1406, www.einstein.bits.de